Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

In dieser Ausgabe

2-3| Frankreich: Wie lang kann sich die Regierung Bayrou halten? • Polnische EU-Ratspräsidentschaft. Sicherheit in mehreren Dimensionen • Europäische Mindestlohnrichtlinie – umkämpfte Rechtsfortbildung • Kräftiger Reallohnzuwachs für 2024

4| Empörung gegen AfD-Zusammenarbeit. • „Niemand soll jetzt die Hände in Unschuld waschen“

5| Thema „Wirtschaft“ im Bundestagswahlkampf 2025 Dok. BDI: nächste Bundesregierung muss entschlossene Wachstumsagenda verfolgen Dok. Die Linke – Unser Kurzwahlprogramm

7| Wird die Regierung Putin ihre politischen Ziele modifizieren?

8-9| Die Territoriale Agenda 2030 der EU • Schweiz und EU, Verträge, verhandelt, aber noch nicht in Kraft • Fünf Jahre nach dem Brexit

10-11| Wird der Waffenstillstand in Gaza halten? • Grönländer fordern Selbstbestimmung • Donald Trump und die pazifischen Inselstaaten

Pacific Networking in Europe

12-13| Aktionen/Initiativen – Stimmen zur Bundestagswahl • Volkssolidarität • Forum Menschenrechte • GEW • Die 9 wichtigsten DGB-Forderungen in Kürze

13 | München – neue Aufwertungsrunde durch Hochhausplanung • Demos gegen Rechtsextremismus und den aktuellen Rechtsruck

15-17| Bundestagswahl 2025 – Was können die Kommunen erwarten? Aus den Wahlprogrammen von CDU/CSU • SPD • Linke

18-19| Kommunale Initiativen: Gegen Sozialabbau

20-21| Weckruf • Die Situation bei Ford • VW: Kahlschlag verhindert – Zukunft ungewiss • IGM gegen Rechtsverstöße im Tesla-Betriebsrat

22-23| Kalenderblatt: 13.12.2006, UN: Gleiche Rechte – ob mit oder ohne Behinderung • EU, Stand der Umsetzung • Die Krüppelbewegung: Sichtbar werden – hörbar werden – Normalität herstellen

24-25| USA: Trump und die Klimakrise: Wieviel kann er in vier Jahren auf der Erde zerstören? • Anzeige: Alte und neue Strategien zur Verteidigung der Rechte migrantischer Arbeiter*innen

26| Termine: • Hybrid: Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 5./6.4. in Mannheim • Online 22.3. Emanzipatorische Arbeitspolitik • Online 6.3. Programmfindung zur ArGe Sommerschule 2025.

26-27| Demokratie verteidigen – Redaktionsnotizen • Roma und Sinti Wohlfahrtsverband gegründet• Rechtsextremismus und Antisemitismus • AfD Sachsen Anhalt fordert Auflösung der Landeszentrale für Politische Bildung • Protestaktion gegen „Abschiebetickets“ der AfD in Karlsruhe. • 27. Januar 2025 – 80. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz

27| Der Anschlag von Magdeburg und seine rassistische Instrumentalisierung

29| AfD: Wirtschaftspoltik im „Spannungsfeld von Freund und Feind“

30| Rechte Kräfte EU: Schwedendemokraten • FPÖ – inside (Österreich) • Verfassungsänderung trotz Regierungskrise und Kulturkampf (Slowakei). Antisemitischer Präsidentschaftskandidat (Polen)

31| Solidarisches Europa: Kritik an Draghi-Bericht: Zum Verhältnis von Sozialinvestitionen und Wettbewerbsfähigkeit • My Voice-My Choice • The Left • EWSA – Grundrecht Wohnen

32| EU Parlament stimmt für Ausweitung der Rechte der Europäischen Betriebsräte

Beilage: ArGe Rundschreiben Nr. 32, Nächste Ausgabe der Politischen Berichte Nr. 2/2025: 3.4.2025

Ausgabe Nr. 1 am 6. Februar 2025, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

online lesen – www.linkekritik.de

Frankreich: Wie lang kann sich die Regierung Bayrou halten?

Matthias Paykowski, Karlsruhe. Nach dem Misstrauensvotum in der französischen Nationalversammlung Anfang Dezember gegen den Premierminister Barnier, wurde Francois Bayrou, seit 2014 Bürgermeister in Pau und Vorsitzender des Mouvement Demokrate (MoDem) zum Premierminister ernannt. MoDem gehört zum Parteienlager des Staatspräsidenten. Barnier war über den Haushaltsentwurf für 2025 gestürzt durch eine Mehrheit aus NFP (Linksparteien) und RN (Rechte).

Seit 1. Januar gilt ein Sondergesetz, das es erlaubt, ohne einen in der Nationalversammlung verabschiedeten Haushalt zu agieren. Der aktuelle Haushaltsentwurf – noch von Barniers Kabinett vorgelegt – hat mittlerweile den Senat mit etlichen Änderungen passiert. Dort sind die Mehrheiten andere als in der Nationalversammlung. Ende Januar war der Paritätische Ausschuss mit dem Entwurf befasst. In der ersten Februarwoche soll er dann in die Nationalversammlung.

Die erste Misstrauensabstimmung in der Nationalversammlung hat Bayrou überstanden, die Parteien, die sich an der NFP beteiligen, haben nicht geschlossen gegen ihn gestimmt. NFP ist nicht einig über den Kurs. Zusagen der Regierung an die Sozialisten (PS) haben eine ausreichende Anzahl Abgeordneter der PS bewogen, dem Misstrauensantrag die Zustimmung zu verweigern.

Das gegen heftige Kritik und Widerstand verabschiedete Rentenpaket kommt dafür 2025 wieder auf die Tagesordnung. Bedingung: Änderungen sollen einer Reduzierung des Haushaltsdefizits nicht im Weg stehen. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben sich am 17. Januar mit Bayrou und einigen zuständigen Ministern getroffen, in drei bis vier Monaten sollen Ergebnisse vorliegen. Zunächst wird ein Bericht des Rechnungshofs zur finanziellen Situation der Rentenkassen abgewartet werden, der Mitte Februar vorliegen soll. Die Gewerkschaft CFDT hat die Gespräche begrüßt. Die Arbeitgeberverbände, die finanzielle Änderungen fürchten, blocken eher. Bayrou hat aber versichert, die Reform werde auf jeden Fall im Parlament neu verhandelt. Die Gewerkschaft CFDT will insbesondere die 2017 aus der Rentenbewertung ausgeschlossenen Belastungsfaktoren – schwere Lasten, anstrengende Körperhaltungen, mechanische Vibrationen und chemische Stoffe im Arbeitsprozess – wieder verhandeln. Aber auch unterbrochene Karrieren und Teilzeitarbeit, vor allem die Auswirkungen auf Frauenrenten, sollen wieder Gegenstand der Diskussion sein.

Die PS hat der Regierung weitere Änderungen im Haushalt abgerungen: der geplante Stellenabbau im Staatsapparat und öffentlichen Dienst soll zurückgenommen werden. Insbesondere die Rücknahme der Streichung von 4000 Stellen im Bildungswesen dürfte beim Anhang der PS gut ankommen. Bayrou hat dieses Zugeständnis mit jährlich 150 Millionen Euro beziffert, er regiert nach der Devise, dass jede Änderung, die Teile der PS davon abhält, sich am Sturz der Regierung zu beteiligen, preiswerter kommt als die Folgen eines erneut erfolgreichen Misstrauensantrags. Nur 28 der 66 PS-Deputierten reichen, um der Regierung erfolgreich das Misstrauen auszusprechen. Ob Bayrou sich länger im Amt halten kann als sein Vorgänger, bleibt eine Wette. Und Le Pen läuft sich weiter warm für die Präsidentschaftswahl 2027.

Quellen: Le Monde, Le Figaro, Ausgaben 18. bis 30.1.2025

Polnische EU-Ratspräsidentschaft. Sicherheit in mehreren Dimensionen

Jakub Kus, Warschau. Die Polen sind nicht an der polnischen EU-Ratspräsidentschaft interessiert. Ende November 2024 erklärten nur 41 % der Befragten, dass sie von der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Polen wüssten. Die öffentliche Meinung in Polen konzentriert sich auf die Präsidentschaftswahlen und den Krieg in der Ukraine, vielleicht auch noch auf die Amtseinführung des US-Präsidenten. Interessanter ist die wirtschaftliche Lage Deutschlands, die Ziele der polnischen EU-Ratspräsidentschaft sind nicht einmal Thema im polnischen Präsidentschaftswahlkampf.

Offiziell wird Polen die Bemühungen zur Stärkung der europäischen Sicherheit in allen Dimensionen unterstützen: Außen, Innen, Information, Wirtschaft, Energie, Ernährung und Gesundheit.

Premierminister Donald Tusk ist ein erfahrener Europapolitiker und hat die geplanten Aktivitäten des Ratsvorsitzes sicherlich mit der Europäischen Kommission, insbesondere mit Ursula von der Leyen, abgestimmt. Es gibt große thematische Übereinstimmung mit dem EU-Kompass für Wettbewerbsfähigkeit, der von der Europäischen Kommission Ende Januar 2025 angekündigt wurde.

Die Verteidigung steht jedoch ganz oben auf der Tagesordnung der polnischen Ratspräsidentschaft. Uns erwartet eine Debatte über die EU-Verteidigungsfinanzierung, Militärausgaben und eine stärkere Verteidigungsindustrie. Die Sicherheit der EU-Außengrenzen und die Beschränkung der illegalen Migration, die Bekämpfung von Desinformation und sichere digitale Dienste, Vertiefung des Binnenmarktes und Abbau bürokratischer Lasten – hier ist wohl eine neoliberale Agenda seitens der Tusk-Regierung zu erwarten. Und das beunruhigt alle. Gewerkschaften ebenso wie die schwache und viel vermisste politische Linke in Polen. In diesem Zusammenhang plant die polnische Ratspräsidentschaft eine Debatte über die zukünftige Gestaltung der Kohäsionspolitik. Die Versorgungssicherheit mit Energieressourcen, eine vollständige Abkehr von der Einfuhr russischer Energiequellen, die Senkung der Energiepreise, die gemeinsame Agrarpolitik, dies auch im Zusammenhang mit den klimapolitischen Zielen, die digitale Transformation des Gesundheitswesens und die Notwendigkeit der Verbesserung der Arzneimittelsicherheit in

Politische Berichte
ZEITSCHRIFT FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT SECHSMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, E-Mail: info@linkekritik.de.

Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:
Titel: Alfred Küstler (verantw.), alfred.kuestler@politische-berichte.de; Martin Fochler, fochlermuenchen@gmail.com.
Blick in die Medien / Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Alfred Küstler (verantw.), alfred.kuestler@politische-berichte.de; Christoph Cornides, Christoph.Cornides@t-online.de.
Europa: Rolf Gehring (rog, verantw.), rolf_gehring@outlook.de; Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de; Thilo Janssen
Globale Debatten – UN-Initiativen: Horst-Ullrich Jäckel (verantw.), ulli.jaeckel@hotmail.de.
Aktionen – Initiativen / Wir berichteten / Aus Kommunen und Ländern / Kommunale Initiativen / Gewerkschaftliches, Soziales: Thorsten Jannoff (verantw.), t.jannoff@web.de; Jörg Detjen, joerg.detjen@koeln.de; Horst-Ullrich Jäckel, ulli.jaeckel@hotmail.de; Bruno Rocker.
Kalenderblatt: Eva Detscher (evd, verantw.), eva.detscher@politische-berichte.de; Rolf Gehring, rolf_gehring@outlook.de;
Demokratie verteidigen: Rosemarie Steffens (verantw.), rosemarie.steffens@icloud.com; Christiane Schneider, chschneiderhh@posteo.de
Ankündigungen, Diskussion, Dokumentation: Martin Fochler (verantw.), fochlermuenchen@gmail.com.
Solidarisches Europa: Michael Juretzek (verantw.), michael.juretzek@nord-com.net
Beilagenmanagement: Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de
Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, babburkhardt@gmx.de
Die Mitteilungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung" werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4 €. Ein Jahresabo kostet 39 €, Förderabo: 54 €, ermäßigt: 33 € (jeweils 10 € Portoanteil enthalten), Ausland: 51,20 € (22,20 € Portoanteil), Buchläden und andere Weiterverkäufer: 21 €.
Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, alfred.kuestler@politische-berichte.de

der EU – das sind Schwerpunkte der polnischen Ratspräsidentschaft. Weiters: Schutz der Rechtsstaatlichkeit, die EU-Erweiterungspolitik, die Bekämpfung ausländischer Einmischung und Manipulation im Informationsbereich, die Stärkung der demokratischen Widerstandsfähigkeit der EU, den Ausbau der Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich und die Vorbereitung der Verhandlungen über den neuen mehrjährigen Finanzrahmen. Letzteres scheint für die polnische Regierung besonders wichtig zu sein, und der polnische EU-Haushaltskommissar könnte hier eine Schlüsselrolle spielen.

Der Rat „Auswärtige Angelegenheiten" soll sich mit der Maximierung der Unterstützung für die Ukraine und der Beibehaltung der derzeitigen Politik gegenüber Russland und Belarus befassen. Diese Ziele sind Teil des bis Mitte 2026 geplanten „Dreiervorsitzes" Polens, Dänemarks und Zyperns.

Mehr über die Ausrichtung der polnischen Aktivitäten unter der Ratspräsidentschaft lässt sich nach einer Analyse der Tagesordnung der einzelnen EU-Ministerräte und des Verhandlungsplans sagen. „Der Teufel steckt im Detail", wie ein auch in Polen beliebtes Sprichwort sagt. Und die polnische Regierung ist eindeutig entschlossen, sich auf die Details zu konzentrieren, über die sie wenig sagt. Bei der Klimapolitik soll das Tempo zur Erreichung der sehr ehrgeizigen Ziele des Green Deal verlangsamt werden. Und wenn er von der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der Beseitigung von Verwaltungslasten spricht, dann müssen die Linke und die Gewerkschaften besonders sensibel auf Veränderungen beim Schutz der Arbeitnehmerrechte achten. Das ist eine Neuigkeit für diejenigen, die das Kommunikationssystem der Wirtschaftsneoliberalen weniger gut beherrschen.

Europäische Mindestlohnrichtlinie – umkämpfte Rechtsfortbildung

Rolf Gehring, Brüssel. Dänemark hatte nach Verabschiedung der europäischen Richtlinie zu angemessenen Mindestlöhnen die Kommission und den Rat verklagt, mit dem Ziel die Richtlinie aufzuheben, ersatzweise bestimmte Artikel. Schweden unterstützt die Klage. Beide Länder sehen Eingriffe in die Entgeltfestlegung und die Koalitionsfreiheit, hohe Güter in beiden Ländern. Grundsätzlich sehen die EU-Verträge im Kapitel 10 (Sozialpolitik) eine Zuständigkeit der EU bei den Grundrechten und der Arbeitswelt vor. Ausgeschlossen sind die Bereiche Streikrecht, Tarifautonomie und Entgelt. Hier reklamiert der Kläger, die Rechtsetzung sei nicht durch die Verträge legitimiert. Nach Anhörung der Prozessparteien und Vertretern aus Mitgliedsstaaten, hat der Generalanwalt des EuGH Nicholas Emiliou am 14. Januar eine Stellungnahme zu dem Verfahren vorgelegt.

Der Generalanwalt argumentiert, dass die diversen Verweise in den Erwägungsgründen zur Richtlinie, die ausdrücklich betonen, dass die Richtlinie nicht in die Kompetenz der Sozialpartner und die Modalitäten der Entgeltfindung eingreifen soll, tatsächlich zeigen, dass eine große Unsicherheit bestehe.

Namentlich das in der Richtlinie formulierte Ziel von einem angemessenen Mindestlohn, einem angemessenen Lebensstandard, der Bekämpfung von Armut in Arbeit, dem Abbau des Lohnunterschieds zwischen Männern und Frauen werden vom Generalanwalt als unzulässige Eingriffe beurteilt. Gleichermaßen sei die Richtlinie bei den staatlichen Aktionsplänen zur Durchsetzung einer Tarifbindung für mindestens 80 Prozent der Beschäftigten ein Eingriff in die Tarifautonomie. Dies insbesondere, da hier die Dazwischenkunft der Regierung vorgesehen ist.

Aus Sicht des Generalanwaltes sind bestimmte Zielstellungen der Richtlinie direkte Eingriffe in die Rechtsmaterien, womit er eine Abgrenzung zu anderen EU-Richtlinien vornimmt, die zwar auch einen indirekten Effekt auf Entgelte haben, diesen aber nicht als ihren eigentlichen Inhalt haben, wohingegen die Richtlinie zu Mindestlöhnen diesen direkten Bezug schon ihrem Titel zum Ausdruck bringt.

„In Artikel 153 Absatz 5 AEUV wird der weit gefasste Begriff ‚Entgelt' verwendet. Alle früheren Fassungen von Artikel 153 Absatz 5 AEUV, nämlich Artikel 137 Absatz 6 EGV und Artikel 2 Absatz 6 des Sozialkapitels, waren meines Wissens nach gleich formuliert: Sie bezogen sich auf ‚Entgelt', nicht auf die ‚Höhe des Entgelts'. Die Verwendung des Begriffs ‚Entgelt' deutet darauf hin, dass neben der Höhe des Entgelts auch andere Aspekte der Lohnfestsetzungssysteme der Mitgliedstaaten in den Anwendungsbereich der Ausnahmeregelung in Artikel 153 Absatz 5 AEUV fallen. Folglich bin ich der Ansicht, dass die Verfasser der EU-Verträge versucht haben, Maßnahmen, die die Harmonisierung des Lohnniveaus umfassen, aber nicht darauf beschränkt sind, vom Anwendungsbereich des EU-Handelns auszuschließen."

In seiner Schlussfolgerung plädiert der Generalanwalt für die ersatzlose Streichung der Richtlinie. „Vor diesem Hintergrund schlage ich dem Gerichtshof vor: – die Richtlinie (EU) 2022/2041 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union vollständig für nichtig zu erklären".

Der EGB hat entsetzt auf die Stellungnahme des Generalanwaltes reagiert, sieht nach erster Sichtung große Teile der Argumentation als nicht schlüssig. Die Schwierigkeit dürfte weniger sein, den unbestimmten Rechtsbegriff des Entgeltes im Sinne einer Rechtsfortbildung auszulegen, weiter oder neu auszulegen, als vielmehr die materiellen Gründe, die auch zu dem Entschluss der Nichtzuständigkeit geführt hatten, die große Vielfalt bezüglich der historischen Linien und der aktuellen Ausgestaltung der Arbeitsbeziehungen und der daraus erwachsenen Erwartungen bezüglich der EU-Rechtsetzung. Die dänischen und die schwedischen Gewerkschaften hatten schon während des Rechtsetzungsprozesses einen enormen Aufwand gegen die Richtlinie betrieben, und es kam zu schwersten Spannungen im Europäischen Gewerkschaftsbund EGB. Demgegenüber hatten osteuropäische Gewerkschaften, die kaum tariffähig sind, große Erwartungen an die Richtlinie. Für die gewerkschaftliche Diskussion ist vor diesem Hintergrund als Richtschnur Umsicht, Rücksicht und Vorsicht die bessere, als das Gute mit Macht durchsetzen zu wollen.

Kräftiger Reallohnzuwachs für 2024

Bruno Rocker, Berlin. Die Jahresbilanz des Tarifarchivs des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung weist für 2024 einen durchschnittlichen Anstieg der Tariflöhne um 5,5 Prozent aus. Anders als in den Vorjahren stieg die Inflation im Jahresschnitt nur moderat um 2,2 Prozent. Für die Beschäftigten bedeutet das zwar erstmals wieder einen kräftigen Reallohnzuwachs um 3,2 Prozent. Dennoch konnten damit die erheblichen Kaufkraftverluste der Vorjahre erst zum Teil kompensiert werden. Insgesamt profitierten dem WSI zufolge 2024 mehr als 20 Millionen Beschäftigte von tarifvertraglichen Lohnsteigerungen. Einen wichtigen Beitrag leisteten dabei auch die sogenannten Inflationsausgleichsprämien, also steuer- und abgabenfreie Einmalzahlungen bis zu 3000 Euro, die in nahezu allen Tarifbranchen vereinbart wurden. Die Entwicklung unterstreicht die Bedeutung des Kampfes der Gewerkschaften für eine möglichst hohe Tarifbindung. 2025 sind Inflationsausgleichsprämien nicht mehr zu erwarten. Das wird sich zwar einerseits dämpfend auf die Kaufkraftentwicklung auswirken, andererseits erhöhen tabellenwirksame Erhöhungen der Tariflöhne auch die Basis für künftige Erhöhungen in den Folgejahren.

Drastische Reaktionen der Empörung gegen AfD-Zusammenarbeit

„Was Friedrich Merz am Mittwoch im Bundestag durchgezogen hat, ist unverzeihlich. Bei mir hat sein Erfolg mit den Stimmen der AfD Urängste ausgelöst – und so schnell wird mir eigentlich nicht mehr bange.“[1]

31.1.2025: Ca. 5000 Menschen protestierten vor dem CDU-Büro in Darmstadt mit „Merz muss weg“-Rufen. Foto: R. Steffens.

Rosemarie Steffens, Langen. Als Reaktion auf den Antrag der Unionsfraktion für eine verschärfte Asylpolitik, den der Bundestag mit AfD-Stimmen angenommen hatte, erklärte der 99jährige Albrecht Weinberg, dass er die ihm verliehene Auszeichnung des Bundesverdienstkreuzes nicht mehr tragen wolle. Dass die Union ihren Antrag mit Stimmen der AfD durchgesetzt hat, sei „ein Schlag ins Kontor“. Er äußerte sich besorgt darüber, dass „die Rechtsradikalen so stark geworden sind“.

Albrecht Weinberg ist Überlebender des Konzentrationslagers Auschwitz und Bergen Belsen und hat 2017, im Alter von 91 Jahren das Bundesverdienstkreuz erhalten. Erst im Alter von 87 Jahren konnte er über die Gräuel, die er im NS-Staat erlebt hat, sprechen, seine Geschichte als Zeitzeuge in Schulklassen erzählen.

„Ich fühlte eine große, große Ehre, als ich es 2017 erhielt. Nun aber“, sagt er, „will ich es nicht mehr.“ Er war fest entschlossen, das Verdienstkreuz dem Bundespräsidenten wieder zurückzugeben. „Ich bin traurig“, sagt Weinberg, „aber auch wirklich wütend. Hoffentlich erhält Herr Merz, der ja Bundeskanzler werden will, mehr Gegenwind für seinen Kurs.“[2]

Nachdem nun doch deutlicher Widerstand in der CDU- und FDP-Mitgliedschaft den Versuch von Merz, sein „Zustrombegrenzungsgesetz“ mit Zustimmung der AfD durchzusetzen, verhindert hat, hat Albrecht Weinberg mitgeteilt, er wolle sich die Rückgabe noch einmal überlegen.[2]

Auch in zahlreichen Kundgebungen und Demonstrationen an diesem Wochenende brachten Zehntausende ihren Protest gegen den Bundestagsbeschluss DS 20/14698 des CDU-Chefs Friedrich Merz, „der eine Parlamentsmehrheit im Deutschen Bundestag zwischen Union, FDP und AfD hergestellt hatte. Keine Migrant*innen mehr ins Land zu lassen erklärt diese Mehrheit zu einer geeigneten und notwendigen Maßnahme, um Kinder vor dem Erstochenwerden zu beschützen. Migrant*innen erklärt sie zu Menschen, die uns nicht nur vor Verwaltungs-, Verteilungs-, Integrations- und Finanzierungsprobleme stellen, sondern die wir um unserer körperlichen Sicherheit willen von Deutschland fernhalten müssen. Das ist der gemeinsame Wille von Union, FDP und AfD.“[3] Wie weit trägt der Widerstand?

1 Jüdische Allgemeine vom 31.01.25.; **2** SZ, 01.02.25; **3** Verfassungsblog „Juckende Perücken, fallende Masken“

„Niemand soll jetzt die Hände in Unschuld waschen“

JÜDISCHE ALLGEMEINE
01. FEBRUAR 2025 – 3. SCHWAT 5785

Michel Friedman über seinen Austritt aus der CDU, die Debatte um Friedrich Merz und die Bedeutung von Glaubwürdigkeit in der Politik. Von Michael Thaidigsmann

Herr Friedman, nach über 40 Jahren Mitgliedschaft sind Sie heute aus der CDU ausgetreten. War das das Ende eines längeren Prozesses oder war der Grund die von Friedrich Merz forcierte Abstimmung am Mittwoch im Bundestag?

Es gibt immer, wenn man Mitglied einer Partei ist, in konkreten politischen Fragen Divergenzen zwischen der Parteiführung und einem einfachen Mitglied. Solange man zu 50,01 Prozent überzeugt ist, dass das die beste aller vorhandenen Parteien ist, gehört das zum Kompromiss- und Toleranzerleben im politischen Spektrum aber dazu. Was allerdings gestern passiert ist, war nicht Business as usual, das war nicht Tagespolitik.

Könnte man es nicht als einmaligen Betriebsunfall ansehen, der nicht wieder vorkommen wird?

Das war kein Betriebsunfall. Jeder Politprofi musste wissen, dass es so kommen würde, wie es am Ende kam. Niemand soll jetzt die Hände in Unschuld waschen. Aber man sollte nicht daraus schließen, dass das in irgendeiner Form Teil einer Strategie gewesen wäre, sich der AfD so zu nähern, dass sie Partner werden kann. Die CDU in ihrer überwiegenden Mehrheit hat mit dieser antidemokratischen, rassistischen, antisemitischen Partei nichts zu schaffen. Allein, dass jetzt einige überhaupt so etwas über die CDU denken, ist schon eine politische Schwächung. Denn nichts ist bekanntlich wirksamer als ein Gerücht.

Waren es die fünf Punkte zur Migrationspolitik, die Sie gestört haben? Oder die Zustimmung der AfD zum CDU/CSU-Antrag?

Ich will ich jetzt gar nicht diskutieren, ob ich diese fünf Punkte auch so sehe. Das wäre Tagespolitik. Aber wir leben in ernsten Zeiten. Demokratien zerbröseln immer mehr, werden angegriffen, von innen wie von außen. In so einer Lage muss man genau prüfen, dass alle Fenster und Türen des Fahrzeugs geschlossen sind, damit es nicht im Nachhinein heißt, es sei ein Betriebsunfall passiert. Wenn sich die AfD auf den Beifahrersitz des Autos setzen kann, dann hat man genau das nicht getan. Die Union und leider auch die FDP war bereit, das Risiko einzugehen, dass nur mit der AfD eine Mehrheit zustande kommen würde. Das ist ein Tabubruch, ein Dammbruch. Mit einer Partei, die antisemitisch ist, die neonazistische Spuren in sich trägt, die die Würde des Menschen antastet, geistige Brandstiftung in die Gesellschaft trägt und die ausdrücklich nicht auf dem Boden der Demokratie steht, mit der darf es auch keinen Betriebsunfall geben.

Aber tritt man deswegen gleich aus der Partei aus, der man so viele Jahre angehört hat?

Für mich ist das eine sehr grundsätzliche Frage. Wer wie ich seit Jahrzehnten für Demokratie, gegen Antisemitismus, vor allen Dingen aber für Menschenrechte und Menschenwürde kämpft, kann bei einer so grundsätzlichen Frage nur eine grundsätzliche Antwort geben. Und die lautet: Da mache ich nicht mehr mit! Eine Strategie, wie sie Friedrich Merz und die CDU/CSU hier verfolgen, ist niemals zu rechtfertigen, denn sie nutzt letztendlich den Antidemokraten mehr als den Demokraten.

https://www.juedische-allgemeine.de/politik/niemand-soll-jetzt-die-haende-in-unschuld-waschen/

Thema „Wirtschaft“ im Bundestagswahlkampf 2025

Christoph Cornides, Mannheim

„It's the economy, stupid!“, also es geht um die Wirtschaft, mit diesem Slogan soll Bill Clinton 1992 die US-Präsidentschaftswahlen gewonnen haben. Dass es auch bei den Bundestagswahlen 2025 jetzt und vor allem um die Wirtschaft geht, das versuchten am 29. Januar 2025 der Verband „die Familienunternehmer“ sowie „Die jungen Unternehmer“ gemeinsam mit rund 140 Wirtschaftsverbänden und Unternehmerinitiativen der Öffentlichkeit klarzumachen. Dazu riefen sie den „Wirtschaftswarntag“ aus und demonstrierten mit rd. 1000 Beteiligten in Berlin, München, Hamburg und Stuttgart.

Der BDI und Habecks Jahreswirtschaftsbericht 2025 der Bundesregierung

In der Sache drehten sich aber die auf dem „Wirtschaftswarntag“ vertretenen Forderungen und Argumente weitgehend um die Gleichen, die der BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie) bereits im Dezember 2024 veröffentlicht hatte. Das „BDI-Grundsatzpapier zur Bundestagswahl“ steht unter dem Motto: „Die nächste Bundesregierung muss entschlossene Wachstumsagenda verfolgen.“ (s. nachfolgenden Kasten)

Ebenfalls am 29. Januar 2025 erläuterte Bundeswirtschaftsminister Habeck den von der Bundesregierung beschlossenen Jahreswirtschaftsberichts 2025 der Bundesregierung. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands sank 2024 um 0,2 Prozent nach einem Rückgang 2023 um 0,3 Prozent. 2002 und 2003 gab es zuletzt zwei aufeinander folgende Rezessionsjahre. Die Erwartungen, besser die Hoffnungen, für minimales Wachstum für 2025 musste Habeck auf 0,3 Prozent gegenüber früheren Prognosen reduzieren. Auch wenn die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2025 voraussichtlich das Inflationsziel von 2,2 Prozent erreichen würde, ändert das nichts an der Tatsache, dass sich die Wirtschaft in Deutschland gegenüber anderen europäischen Ländern in einer Rezession befindet.

Oder, so Bundesminister Robert Habeck: „Die deutsche Wirtschaft befindet sich zu Beginn des Jahres 2025 in einer schwierigen Ausgangslage. Die globalen Krisen der vergangenen Jahre haben unsere industrie- und exportorientierte Volkswirtschaft besonders hart getroffen. Zwar konnte die Energiekrise – ausgelöst durch Putins Angriffskrieg – erfolgreich abgewendet werden und die Inflation zurückgedrängt werden. Es gibt auch wieder spürbare Reallohnzuwächse, die Menschen haben wieder mehr Geld im Portemonnaie. Es ist aber umso deutlicher zu Tage getreten, dass Deutschland unter grundlegenden strukturellen Problemen leidet: der Arbeits- und Fachkräftemangel, die überbordende Bürokratie, die Investitionsschwäche, sowohl bei privaten als auch bei öffentlichen Investitionen schlagen zu Buche. Die im wahrsten Sinne des Wortes bröselnde Brücken sind ein mahnendes Bild hierfür.“

Generell liegen BDI und Habecks Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz in wesentlichen sehr allgemeinen Ansatzpunkten zur Änderung der Lage scheinbar nicht weit auseinander, nur dass der BDI die Finanzierung seines 315 Milliarden Infrastrukturprogramms der zukünftigen Regierung überlässt – die eine Merz-Regierung aus Sozialkürzungen zu gewinnen gedenkt – und dass Habeck keine Versprechungen oder

DOK BDI-Grundsatzpapier zur Bundestagswahl: nächste Bundesregierung muss entschlossene Wachstumsagenda verfolgen

… Dreiklang für mehr Wachstum

Die in den letzten Jahren weiter gewachsenen Bürokratielasten sind eine enorme Wachstumsbremse. …

Daneben fordert der BDI von der kommenden Regierung angesichts geringer finanzieller Spielräume eine ehrliche Bestandsaufnahme und das Setzen von Prioritäten in den öffentlichen Haushalten. …

„Die kommende Bundesregierung muss die Rahmenbedingungen für wirtschaftlichen Erfolg setzen und ökologischen Fortschritt mit ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit und technologischer Offenheit in Einklang bringen. Sonst droht eine weitere Deindustrialisierung.“ …

Bessere Rahmenbedingungen für einen wettbewerbsfähigen Standort

Der BDI fordert von der nächsten Bundesregierung einen zielgerichteten Neustart, der Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit in einer übergreifenden Agenda in den Fokus des Handelns rückt. „Es muss ein deutliches Signal an die Unternehmen in Deutschland geben, sich zuversichtlich für den Standort entscheiden zu können. Nur dann lassen sich die dringend notwendigen Investitionen entfesseln“, sagte Russwurm. Dafür fordert der BDI in seinem Grundsatzpapier unter anderem:

- wettbewerbsfähige Energiekosten und eine langfristig gesicherte stabile Energieversorgung; u.a. durch eine Senkung der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe auf das europäische Mindestmaß und eine Begrenzung der Netzentgelte durch Bundeszuschüsse auf etwa 3 Cent je Kilowattstunde
- eine grundlegende Steuerreform, nach der die Gesamtsteuerbelastung für Unternehmen auf maximal 25 Prozent absinkt, einschließlich der vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags, einer Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Körperschaftsteuer und einer Abschaffung der gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen
- verbesserte, langfristig planbare Abschreibungsbedingungen und eine Investitionsprämie
- eine massive Infrastrukturoffensive mit einem Investitionsvolumen von 315 Milliarden Euro, für Verkehrsinfrastruktur, Bildungsförderung und den Gebäudesektor
- den Ausbau der digitalen Infrastruktur, damit Unternehmen die Potenziale wichtiger Zukunftstechnologien heben können sowie eine stärker digitalisierte Verwaltung zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren
- verbindliche Ziele für den Abbau von Bürokratie und Berichtspflichten und eine stärker vertrauensbasierte Regulierung
- Verbesserung des Forschungstransfers durch professionelle Transferstrukturen, Förderprogramme und vorrangige Berücksichtigung des 3,5-Prozent-Ziels für F&E-Ausgaben
- Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch gezielte Exzellenzförderung und klar strukturierte Forschungsmissionen mit Wirtschaftseinbindung
- Weitere Vertiefung des europäischen Binnenmarkts und Förderung des Freihandels mittels pragmatischer Abkommen
- Stärkung von Resilienz und Souveränität durch höhere Verteidigungsausgaben sowie eine ganzheitlichen Rohstoffstrategie zur Verringerung der Abhängigkeiten

„Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Den Standort wieder in die Erfolgsspur zurückzuführen und mutig die notwendigen strukturellen Reformen anzugehen, muss erste Priorität beim Amtsantritt der neuen Bundesregierung sein.“

(Quelle: https://bdi.eu/artikel/news/di-grundsatzpapier-zur-bundestagswahl-naechste-bundesregierung-muss-entschlossene-wachstumsagenda-verfolgen , BDI, 17.12.2024)

Unser Kurzwahlprogramm

Du verdienst mehr.

Die letzten Jahre waren hart. Jedenfalls für die große Mehrheit. Lebensmittel, Miete, Gas und Strom: Alles ist teurer geworden. Immer mehr Menschen müssen sich im Winter zwischen einer warmen Mahlzeit und einer warmen Wohnung entscheiden. Doch auch diejenigen, denen es etwas besser geht, spüren den Druck der steigenden Preise. Im Sommer in den Urlaub zu fahren ist für viele inzwischen nicht mehr drin.

Aber statt sich um die alltäglichen Sorgen der Menschen zu kümmern, haben sich die Ampel-Parteien dreieinhalb Jahre lieber gestritten. Nach der Ampel könnte es noch schlimmer kommen: Friedrich Merz plant als Kanzler die härtesten sozialen Einschnitte in der Geschichte der Bundesrepublik. CDU und CSU wollen den Sozialstaat zerschlagen, FDP und AfD sowieso. SPD und Grüne dienen sich Merz schon vor der Wahl als Koalitionspartner an. Aber wer sich gegen Lindner schon nicht behaupten konnte oder wollte, der wird sich gegenüber einem Kanzler Merz erst recht nicht durchsetzen.

Doch es gibt einen anderen Weg: Lautstarke Opposition, die Druck für Veränderung macht. Das ist uns beim Mindestlohn schon gelungen, und das werden wir jetzt wieder tun: Wir könnten die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel streichen und so den Ärmsten helfen und alle beim Einkauf entlasten. Mit einem bundesweiten Mietendeckel könnten wir dafür sorgen, dass die Wohnung bezahlbar bleibt. Und wenn wir den Reichtum teilen, dann kann die Regierung auch in die Zukunft des Landes investieren, damit hier die Industrien und Arbeitsplätze von morgen entstehen. Es gibt viele kluge Ideen, wie der Alltag wieder bezahlbar werden kann. Einige davon haben wir hier zusammengestellt.

Damit die Miete nicht das Leben auffrisst

Es gibt immer weniger bezahlbaren Wohnraum: In vielen Städten haben sich die Mieten in den letzten 10 Jahren verdoppelt. Doch auch auf dem Land steigen sie vielerorts stark an. Die Suche nach einer Wohnung, die man sich noch leisten kann, wird zum Glücksspiel. Die Ampel-Regierung hat ihre selbst gesteckten Ziele für den Wohnungsbau jedes Jahr verfehlt. Der Grund: Die Politik setzt beim Bau von Wohnungen vor allem auf private Investoren – doch die verdienen am Wohnungsmangel prächtig mit. Die Linke will, dass der Staat selbst für mehr günstigen Wohnraum sorgt:

- Wir wollen einen **bundesweiten Mietendeckel:** Die Mieten sollen sechs Jahre lang nicht erhöht werden dürfen. Danach soll es harte Obergrenzen für Mieterhöhungen geben. In Städten mit besonders schlimmem Wohnungsmangel müssen hohe Mieten sofort gesenkt werden.
- **Sanierungen** und Heizungstausch dürfen nicht zu höheren Warmmieten führen.
- **Öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau** wollen wir fördern.

Damit der Einkauf nicht mehr weh tut

Der Wocheneinkauf und die Gasrechnung werden für immer mehr Menschen zum Problem. Während der Regierungszeit von Olaf Scholz sind die Lebensmittelpreise um fast 30 Prozent gestiegen. Viele stehen am Monatsende vor einem leeren Kühlschrank oder haben Angst vor der nächsten Abschlagszahlung. Das muss nicht sein: Die Profite von Energieversorgern, Supermärkten und Lebensmittelkonzernen sind in den letzten Jahren explodiert. Allein der Lidl-Eigentümer Dieter Schwarz hat sein Vermögen in den letzten sieben Jahren nahezu verdoppelt.

- Wir wollen **Grundnahrungsmittel, Hygieneprodukte, Bus und Bahn** von der **Mehrwertsteuer** befreien. Der Staat muss nicht an Grundbedürfnissen mitverdienen.
- Wir fordern **Preiskontrollen** für Energie und Lebensmittel und ein schärferes Kartellrecht.
- **Lebensmittelverschwendung** muss verboten werden.
- Bei Strom und Heizen soll der Durchschnittsverbrauch zu einem **preisgünstigen Sockeltarif** angeboten werden.

Ein gerechtes Steuersystem, das die Mehrheit entlastet

- Wir wollen die **Einkommensteuer** reformieren: Wer weniger als **7 000 Euro brutto im Monat** verdient, zahlt mit unserem Tarif **weniger Steuern** (als Single, Steuerklasse I).
- Alle zu versteuernden Einkommen unter dem **Existenzminimum von 16.800 Euro im Jahr** sollen **steuerfrei** bleiben.
- Der Spitzensteuersatz soll auf 53 Prozent steigen, Superreiche zahlen 75 Prozent **Reichensteuer**.
- Wiedereinführung der **Vermögensteuer für Millionäre und Milliardäre.**

Rente und Krankenversicherung – solidarisch für alle

- Wir wollen eine **Krankenversicherung**, in die alle einzahlen. Dadurch **sinkt der Beitrag** von 17,1 auf etwa 13,3 Prozent.
- Wir wollen den Kahlschlag bei den **Krankenhäusern** stoppen! Krankenhäuser sollen nicht profitorientiert wirtschaften, sondern gehören in die **öffentliche Hand.**
- In vielen Berufen kann man nicht bis 67 arbeiten. Wer 40 Jahre lang gearbeitet hat, soll in Rente gehen können.

Für Frieden in der Welt, Diplomatie und Abrüstung

- Wir setzen uns weltweit für **Diplomatie und friedliche Konfliktlösung** ein. Wir verurteilen völkerrechtswidrige Angriffskriege wie den russischen Überfall auf die Ukraine.
- Wir setzen uns für einen **Waffenstillstand** und einen **gerechten Frieden in der Ukraine,** im **Nahen Osten** und in allen Kriegsgebieten der Welt ein.
- Wir lehnen mehr Geld für **Aufrüstung** ab. Die Bundeswehr wollen wir zu einer reinen Verteidigungsarmee umbauen.

Gute Arbeit und soziale Sicherheit in allen Lebenslagen

- Der **Mindestlohn** muss auf 15 Euro erhöht werden!
- Wir fordern eine **sanktionsfreie Mindestsicherung** und eine solidarische Mindestrente von **1 400 Euro monatlich.** Niemand soll unter das Existenzminimum fallen.
- Wir fordern ein **kostenfreies Mittagessen** in Kitas und Schulen. Kein Kind soll hungrig lernen müssen. Die **Kita** muss **kostenlos** sein, und zwar ab dem ersten Jahr.

Umbau statt Kahlschlag: Klimaschutz geht nur sozial

- Den **unsozialen CO2-Preis fürs Tanken und Heizen** lehnen wir ab. Wir fordern eine umfassende Unterstützung beim Heizungsumbau.
- Wir fordern einen **Investitionsfonds für die Industrie.** Wir wollen Beschäftigte unterstützen, die einen **Betrieb selbst übernehmen und genossenschaftlich weiterführen wollen.**
- Für den Klimaschutz sollen die größten Klimasünder bezahlen: Reiche und Konzerne.

Für eine tolerante Gesellschaft ohne Hass und Rassismus

- Wir lehnen es ab, Menschen gegeneinander aufzuhetzen und Geflüchtete zu Sündenböcken zu machen, um von sozialen Problemen abzulenken. Sie brauchen eine **Arbeitserlaubnis** ab dem ersten Tag. Wir stehen zum Recht auf **Asyl**.
- Wir wollen entschlossen gegen **Gewalt an Frauen** vorgehen und den Rechtsanspruch auf Unterbringung in Frauenhäusern sofort umsetzen.
- Für uns gilt der Grundsatz: **gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.** Wir bekämpfen alle Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung.

Zusagen über zukünftige Finanzierung machen kann. Übereinstimmung gibt es auch noch in einem weiteren Punkt: der BDI thematisiert ihn als „Freihandel“, der Jahreswirtschaftsbericht betont die Bedeutung des europäischen Binnenmarktes und beide warnen vor einer Politik der wirtschaftlichen Abschottung Deutschlands. Anders als die BDI-Pauschalforderung nach Bildungsförderung, thematisiert der Wirtschaftsbericht der Bundesregierung die strukturellen Fehler des deutschen Bildungssystems und stellt u.a. fest: „Aber auch eine strukturelle Unterfinanzierung des Bildungsbereichs muss konsequent begegnet werden, die Zunahme von jungen Menschen ohne Schulabschlüsse muss gestoppt werden.“

Die BDI-Forderungen aber sind dem klassischen Lehrbuch für „Angebotspolitik“ entnommen: Steuersenkungen für die Unternehmen, Verbilligung von Investitionen (Abschreibungen, Investitionsprämien), Energiepreissenkung und – was in den BDI-Forderungen nur indirekt drinsteht: Sozialabbau („Prioritäten setzen“) und Lohnkürzung.

Habeck wiederum hat auch einen Beitrag zu Investitionsprämien und hat dazu das in den USA übliche Mittel der sog. „Tax credits“ in die Diskussion geworfen. Investitionen sollten „unbürokratisch“ durch „Tax credits“, auf Deutsch „Steuergutschriften“, bezuschusst werden. Leider ist zu befürchten, dass es sich dabei eher wieder um die Kommunikation mit einer Idee, als um den Vorschlag und die Kommunikation eines ausgearbeiteten Konzepts mit Realisierungschance handelt. (Es dürfte noch einige Anstrengungen erfordern, das Instrument „Tax credits“ in das deutsche Steuersystem sozial und sachlich treffsicher einzubauen.)

Und die Linke?

In einem TV-Morgenmagazin wurde Co-Parteivorsitzender Jan van Aken von einem Jungunternehmer gefragt: „Im Kurzwahlprogramm der Linken (siehe vorige Seite) steht nichts zur Wirtschaft. Hat die Linke keine Position dazu?“ – v. Aken konnte dazu in seiner Argumentation gelassen auf den sehr ausführlichen Wirtschaftsteil im Wahlprogramm der Linken verweisen (https://www.die-linke.de/bundestagswahl-2025/wahlprogramm/) sowie auf das „Wirtschaftspapier: Wirtschaft für die Mehrheit“, das von der Co-Vorsitzenden Ines Schwerdtner in einer Pressekonferenz vorgestellt worden ist. (https://www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/wirtschaft-fuer-die-mehrheit/)

Die Linke stellt fest, dass die Zeiten des lukrativen Export-Überschuss-Modells-Deutschland vorbei sind. Dass es – auf Grund äußerer Faktoren – so nicht mehr funktionieren wird und also eine noch weitergehende Umorientierung der Wirtschaft in Deutschland notwendig ist: stärker auf den deutschen und den europäischen Binnenmarkt. Das aber geht nur in und mit einer offenen Gesellschaft und Wirtschaft. Einleitend stellt das Wirtschaftspapier fest:

„Über Jahrzehnte basierte das Wirtschaftsmodell Deutschland auf einer starken Industrieproduktion, mit günstiger Energie und einer starken Außenhandelsorientierung. Letzteres hat zu einem massiven Exportüberschuss geführt, den Die Linke schon lange kritisiert hat. Mit dem notwendigen Ausstieg aus den fossilen Energieträgern und dem wirtschaftlichen Aufstieg der BRICS Länder – insbesondere Chinas – kommt das Wirtschaftsmodell Deutschland an seine Grenzen. Etliche Bundesregierungen haben die notwendigen Investitionen in den sozialökologischen Umbau der Industrie, der Infrastruktur und der Bildung über Jahrzehnte verschlafen. Symbolisch dafür steht das Festschreiben der Schuldenbremse im Grundgesetz durch die Große Koalition im Jahr 2009.“

Und der Grundgedanke linker wirtschaftspolitischer Ziele sollte sein: „Die Linke steht für eine Wirtschaftspolitik, die von den Bedürfnissen der Menschen aus denkt. Wir wollen einen planbaren und demokratischen Industrieumbau. (...) Für uns ist aber klar: Im Zentrum steht die zukunftsfähige und wohlfahrtsstaatliche Gestaltung der Wirtschaft zugunsten von Belegschaften, Kommunen, Familien und Regionen. Wir wollen, dass alle Menschen profitieren.” – Dazu werden dann im Wirtschaftspapier sowie im Teil Wirtschaft des Wahlprogramms viele konkrete Maßnahmen und Forderungen unter drei Hauptaspekten entwickelt:

I.) Öffentliche Investitionen für die Transformation. Das von allen angesprochene Thema Investitionen wird also konkretisiert auf Investitionen für öffentliche Güter und Rahmenbedingungen (Energie, Mobilität, Kommunikation, Bildung etc.), aber das sowohl unter dem Aspekt der Transformation der Wirtschaft zur Klimaneutralität wie unter dem des sozialen Ausgleichs.

II.) Preise runter und Löhne rauf. Auch hier eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen, wie Anhebung des Mindestlohns und Auszahlung des Klimageldes.

III.) Reiche besteuern. Behandelt konkret die Steuerthemen und -sätze, Erbschaftssteuer, Vermögensteuer, Spitzensteuersätze, Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenzen.

Hier wurde also einiges an Grundlagen für Auseinandersetzungen im Wahlkampf, aber auch für Diskussionen danach in der gesellschaftlichen Linken gelegt.

Wird die Regierung Putin ihre politischen Ziele modifizieren?

Martin Fochler, München. Gebietsabtretungen, Regimewechsel und Bündnisverbote – solche Ansprüche kann die RF nur durchsetzen, wenn sie die Ukraine militärisch überwältigt. Und zweifellos ist die Ukraine in Bedrängnis:

Gleitbomben, Raketen und Drohnen durchdringen immer wieder die ukrainische Luftabwehr. Aber die Strategie durch eine Totalausfall der Infrastruktur die Bevölkerung vor die Alternative Kapitulieren oder Erfrieren! zu stellen konnte durch verbesserte Luftabwehr durchkreuzt werden.

Im Osten des Landes gewinnt der Aggressor im Kampf um einzelne Siedlungen und Verkehrsknotenpunkte Boden. Aber trotz zahlenmässiger Überlegenheit konnte die RF die Verteidigungslinien der Ukraine nicht durchbrechen, sie muss sich auf den äußerst verlustreichen und langwierigen Kampf um einzelne Orte und Stellungen einlassen. Augenscheinlich reichen die Abwehrmittel der Ukraine aus, um der RF die Aufstellung einer Angriffsarmee zu verunmöglichen.

Erstaunlich bleibt, dass die RF die ukrainischen Truppen, die auf ihr Staatsgebiet in Richtung Kursk vorgedrungen sind, bis jetzt nicht zum Rückzug zwingen konnte.

Lange hat das Regime Putin die Last der Mobilisierung an die geografische und soziale Peripherie – Grenzgebiete und Strafgefangene – verschieben können. Inzwischen führt die Beanspruchung der Produktivkräfte des Landes fürs Militärische aber zur Verknappung von Konsumtionsmitteln und zum Steigen der Preise für das Notwendigste. Die Inflation soll aktuell bei 10% liegen und der für die Investitionstätigkeit der Wirtschaft wichtige Leitzins der Zentralbank steht bei 21% (zum Vergleich: USA: etwa bei 4,5%, EU: 2,75%). Auch sinkt international der Kurswert des Rubel, was die Wirkung von Sanktionen erhöht.

Es zeichnet sich eine Situation ab, in der die RF auf dem Kriegsschauplatz entscheidende Erfolge nicht erzielt und gleichzeitig Gefahr läuft, ihr strategisches Potential zu überfordern. Unter diesen Umständen ist denkbar, dass die Regierung Putin Forderungen, die auf Selbstaufgabe der Ukraine hinauslaufen, modifiziert z.B. indem sie anfängt, über ein Einfrieren der Kampfhandlungen auf Basis des Status Quo zu reden. Dann würde die Frage der Bestandsgarantien, der Sicherung politischen Rahmens für den Wiederaufbau der unabhängigen Ukraine ins Zentrum rücken.

Die Territoriale Agenda 2030 der EU

Rolf Gehring, Brüssel

Forderungen nach gleichen Lebensverhältnissen, Zugang zu gesellschaftlichen Einrichtungen, nach Partizipation und nach wirtschaftlicher Entwicklung für alle Menschen und Regionen weltweit verfolgen emanzipatorische Anliegen, erweisen sich aber vor dem Hintergrund von differenzierten historischen Entwicklungen, geologischen und klimatischen Fakten, sozialen und industriellen Ausdifferenzierungen und anderen Aspekten wie z.B. Ungleichzeitigkeiten in der technologischen Entwicklung als nicht einfach umsetzbar. Will man nicht in allgemeiner Kritik am Bestehenden und inhaltlich nicht konkretisierten Vorschlägen für Wünschenswerte verbleiben, braucht es Beschäftigung mit den materiellen und sozialstrukturellen Voraussetzungen und Möglichkeiten. Die unter dem Titel Kohäsionspolitik auf EU-Ebene entwickelten Instrumente und Programme sind hierfür belangreich. Die folgend vorgestellte „Territoriale Agenda 2030“ * der EU ist eines der konkreten Instrumente in diesem Politikfeld.

Kohäsionspolitik heute

Ausdrücklich werden die EU-Organe in den Artikel 174, 175 und 349 der EU-Verträge darauf festgelegt, dass alle Politiken und Maßnahmen der Union zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt beitragen sollen. Die Idee war bereits tragend mit der Gründung der EWG (Agrarpolitik und ländlicher Raum). Heute ist sie in diverse Programme eingearbeitet. Für den Haushalt 2021 bis 2027 sind 330,2 Milliarden Euro für die Kohäsionfonds vorgesehen. Hinzu kommen noch einmal 78 Milliarden von den insgesamt 336 Milliarden des Agrarfonds, die für die soziale, ökologische und Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum vorgesehen sind.

In der Territorialen Agenda 2030, im Jahr 2020 lanciert und jetzt mit einem Zwischenbericht hinterlegt, sind die allgemeinen Zielsetzungen der Initiative wie folgt beschrieben: „Die Bemühungen um einen nachhaltigen territorialen Zusammenhalt und die Begrenzung der Ungleichheiten zwischen Menschen und Orten erfordern gemeinsame Anstrengungen. Zu diesem Zweck müssen Sektorpolitiken, kommunale, regionale, nationale, EU- und andere Behörden sowie verschiedene gesellschaftliche Gruppen zusammenkommen.“ Und weiter: „Der territoriale Zusammenhalt stärkt die Solidarität, um die Konvergenz zu fördern und Ungleichheiten zwischen besser gestellten Orten und solchen mit weniger guten Aussichten zu verringern.“

Diese Zielstellung wird mit der Ausgangslage kontrastiert. „Die zunehmenden sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten in Europa haben in der Tat eine räumliche Dimension, zum Beispiel die Segregation innerhalb von Städten, ländlichen Gebieten oder Regionen, innerhalb von Regionen oder Ländern und innerhalb Europas. Zunehmende Ungleichheiten und Disparitäten führen zu einer erheblichen Vielfalt an Zukunftsperspektiven.“ Und weiter: „Die sich verändernde soziale und wirtschaftliche Geografie Europas geht mit einer zunehmenden Ungleichheit einher, die Menschen und Orte auseinandertreibt.“

Handlungsfelder – Anknüpfungspunkte

Inhaltlich werden in der Agenda zentrale Politiken und Initiativen der EU als Gegenstände benannt. Im Fokus sind die unter den Titeln Climate Change und Green Deal versammelten Gegenstände. Damit sollen Synergien zwischen der Territorialen Agenda und übergreifenden EU-Strategien und -Politiken gefördert werden.

Konkret werden u.a. benannt: Klimawandel, Flächenverbrauch, Biodiversität, Luft-, Boden- und Wasserqualität, Kreislaufwirtschaft und regionale Wertschöpfung sowie erschwingliche und nachhaltige Energie. Größere Bedeutung wird auch dem lokalen Wirtschaftshandeln beigemessen. Im Fokus außerdem: Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (Zugänglichkeit, Nähe, Erschwinglichkeit und Qualität). Hierzu passt auch die 2023 vorgenommene Schwerpunktsetzung der Kohäsionsfonds auf Gebiete in äußerster Randlage (siehe auch PB 6/2023, Seite 4). Ergänzend soll der Rahmen für die grenzüberschreitende Kooperation ausgebaut werden.

Wesentliches Ziel: Kooperation

Der Politikansatz: „Der ortsbezogene Ansatz für die Politikgestaltung trägt zum territorialen Zusammenhalt bei. Er basiert auf horizontaler und vertikaler Koordinierung, faktengestützter Politikgestaltung und integrierter territorialer Entwicklung. Er richtet sich an verschiedene Ebenen der Governance (Multi-Level-Governance-Ansatz) und trägt zur Subsidiarität bei. Er gewährleistet die Zusammenarbeit und Koordinierung unter Einbeziehung von Bürgern, Zivilgesellschaft, Unternehmen, Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen und Wissenszentren.“

Zur Unterstützung des Ansatzes sollen Regeln für die grenzüberschreitende Kooperation ausgebaut werden, mit den Schwerpunkten Infrastrukturausbau, grenzüberschreitenden Dienstleistungen und Einrichtung von Koordinierungsstellen.

„Die Prioritäten für ein gerechtes Europa unterstreichen die territoriale Dimension und den Beitrag der Raumplanung zu den übergreifenden politischen Prioritäten.“ „Die Zusammenarbeit in polyzentrischen Netzen von Städten, Ballungsräumen und Regionen trägt dazu bei, das Entwicklungspotenzial besser zu verteilen. Daher werden wir Maßnahmen ergreifen, um Nachbarschaften, Gemeinden, Kreise, Regionen und Mitgliedstaaten zu ermutigen, bei der Bewältigung globaler gesellschaftlicher Herausforderungen zusammenzuarbeiten und die Arbeits-, Lebens- und Geschäftsbedingungen an allen Orten zu verbessern“, „wobei die Notwendigkeit der Förderung von Stadt-Land-Verbindungen zu berücksichtigen ist“. Bestehende Hindernisse für die Zusammenarbeit sollen abgebaut werden. Mit Pilotaktionen sollen Verfahren demonstriert werde, die zur Umsetzung der Territorialen Agenda beitragen.

Mit dem Ende 2024 vorgelegten Umsetzungsbericht werden Schwierigkeiten der Implementierung ausgeführt, darunter unklare Antragsprozesse, Schwierigkeiten bei der grenzüberschreitenden Kooperation, zu geringe Finanzausstattung, begrenzte Verbreitung von Projektergebnissen. Auch die allgemeine Wahrnehmung der territorialen Agenda 2030 bleibt bisher begrenzt. Als Stärke werden hervorgehoben, dass niederschwellige Pilotprojekte starken Anklang finden, das Programm insgesamt als Möglichkeit der Kooperation und des Lernens gesehen wird. Schlussfolgernd stellt der Bericht fest, dass die Anwendung des Instruments nach wie vor lückenhaft sei. Daher sollte seiner weiteren Anwendung, Kommunikation und Verbreitung mehr Gewicht verliehen werden.

Vor dem Hintergrund des Draghi-Reports (PB 6/2024, Seiten 8/9) mit seiner schroffen Orientierung auf Mittelzentralisierung und Kerntechnologien und der aktuell sich zugspitzenden Auseinandersetzungen um Bürokratieabbau/Deregulierung, dürften die Ansätze der Territorialen Agenda und die Grundorientierung der Kohäsion allerdings unter Druck geraten. Es scheint also so, dass die Instrumente sowohl genutzt werden können als auch verteidigt werden müssen.

* Alle Zitate stammen aus diesem Dokument
Die Territoriale Agenda 2030 in Deutsch: https://territorialagenda.eu/wp-content/uploads/TA2030_jan2023_de.pdf;
Umsetzungsbericht: https://territorialagenda.eu/news-articles/stocktaking-review-of-ta2030/ (nur Englisch);
Umsetzungsbeispiele Deutschland: https://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/downloads/Webs/BMWSB/DE/effentlichungen/raumordnung/territoriale-agenda.html

Verträge zwischen der Schweiz und EU, verhandelt, aber noch lange nicht in Kraft

Alfred Küstler, Stuttgart

Ende 2024 haben die EU und die Schweiz die Verhandlungen über Verträge im Bereich Wirtschaft beendet. Wieder einmal. Seit 2008 gibt es sowohl von Seiten des Schweizer Parlaments als auch von Seiten der EU-Kommission die erklärte Absicht, den Zugang der Schweiz zum europäischen Binnenmarkt nicht nur in zahlreichen einzelnen Abkommen zu regeln, die immer wieder angepasst werden müssen. Ein Rahmenabkommen würde die Schweiz verpflichten, EU-Rechtsvorschriften in unproblematischen Fällen zu übernehmen, andererseits der Schweiz die Möglichkeiten geben, auf den EU-Rechtssetzungsprozess Einfluss zu nehmen. Zudem würden der Schweiz wichtige Bereiche wie die europäische Stromversorgung als gleichberechtigter Partner zugänglich.

Von Anfang an hat die Schweizerische Volkspartei (SVP) das Rahmenabkommen fundamental angegriffen. Zunächst erfolglos. Die SVP versuchte, das Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der EU und der Schweiz zur Kündigung zu bringen; die Volksinitiative „Für eine maßvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)“ 2018 eingeleitet, wurde am 27. September 2020 mit fast 62 Prozent deutlich abgelehnt. Daraufhin sah die Schweizer Regierung die Chance für einen Abschluss der Verhandlungen und ab Oktober 2020 fanden intensive Verhandlungen statt. Dennoch beschloss die Schweizer Regierung am 26. Mai den Abbruch der Verhandlungen.

In der Schweiz zeichnete sich eine Opposition von rechts und von links gegen das Abkommen ab. Die SVP polemisierte weiterhin gegen die Personenfreizügigkeit und machte mit einer Volksinitiative „Schweizer Recht, statt fremde Richter“ Stimmung gegen die Regelung zur Streitschlichtung. Aber auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) blieb bei der Ablehnung, vor allem wegen des sogenannten Lohnschutzes. Dieser betrifft entsandte Arbeitnehmer. Es soll gelten gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Es gibt ein Anmeldeverfahren mit Kautionspflicht. Die Einhaltung der Regeln wird von Gewerkschaften und Arbeitgebern kontrolliert, keine „dynamische Rechtsübernahme“ von EU-Regelungen in diesem Bereich. Angesichts dieser Rechts-Links-Front war an ein erfolgreiches Referendum (dem das Abkommen Schweiz-EU zwingend unterliegt) nicht zu denken.

Für die Schweizer Regierung war die Sache ungemütlich. Wichtige Beziehungen zur EU waren gefährdet: Der Ausschluss aus dem Forschungsprogramm Horizon bedrohte langfristig das Ansehen der Züricher ETH; dass ein Stromabkommen fehlte, führte zu kritischen (und teuren) Situationen bei der Versorgung in den Wintermonaten. Also wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen; auch die EU ist durchaus interessiert an der Integration der Schweiz, da mit anderen europäischen Nicht-EU-Ländern wie Norwegen durchaus enge und geregelte Beziehungen bestehen.

Wie geht es weiter? Der Verhandlungsstand ist bislang nicht veröffentlicht. Voraussichtlich im Juni wird die Bundesregierung das ganze Paket in die Vernehmlassung schicken, ein Verfahren, bei dem die Kantone, die politischen Parteien, betroffene Verbände von der Regierung den Gesetzesentwurf mit der Einladung zur Stellungnahme erhalten.

Erste vorsichtige Positionierung sind erkennbar. Die beiden großen Gewerkschaftsverbände SGB (370 000 Mitglieder) und Travail Suisse (christlich, 130 000 Mitglieder) haben auf Delegiertenversammlungen Positionen für die anstehende Vernehmlassung festgelegt. Die „Neue Zürcher Zeitung“ hatte den Eindruck: „Im großen Ganzen war die Stimmungslage an der Delegiertenversammlung der SGB entspannter als auch schon.“ Es zeichne sich als Verhandlungsposition ab, dass der SGB dem Rahmenabkommen zustimmen könne, wenn die Unternehmer Zugeständnisse bei der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen machen und beim Thema Zeitarbeit. Travail Suisse hat letzteren Punkt nicht, da es nichts mit der EU zu tun habe.

Bis Ende Februar, also noch vor der offiziellen Vernehmlassung, soll der zuständige Wirtschaftsminister Guy Parmelin von der SVP mit Unternehmerverbänden und Gewerkschaften eine tragfähige Lösung aufgleisen. Wenn es das schafft, was seine Aufgabe ist, steigen die Chancen, dass die neuen Abkommen, die seine Partei bekämpft, angenommen werden.

Andere Faktoren stimmen weniger optimistisch. Die bisherige Verteidigungsministerin Vioala Amherd von der Partei Die Mitte hat für Ende März ihren Rücktritt erklärt. Sie befürwortet engere Beziehungen zur EU. Die Nachfolge ist offen. Bis jetzt hat sich nur der bisherige Bauernpräsident Markus Ritter beworben. Der Schweizerische Bauernverband ist eher EU-skeptisch, falls er Bundesrat würde, käme das einer Verschiebung der Positionen in der Schweizer Regierung gleich (bisher vier Pro-EU, zwei Anti-EU, einer Neutral).

Fünf Jahre nach dem Brexit

Eva Detscher, Karlsruhe. Die Wirtschaftsdaten sind schlecht, seit Monaten schrumpft die Wirtschaftsleistung, die OECD prognostiziert für 2025 einen Zuwachs um 1,7 %, was eher optimistisch ist. Rachel Reeves, die ungeliebte Schatzkanzlerin, zieht alle Register, um positive Stimmung zu erzeugen. Obwohl sie die flächendeckende Auszahlung von Heizkostenzuschüssen auf die Zahlung nur an Bedürftige verordnet hatte (1,7 Milliarden Pfund plus für den britischen Haushalt), die Steuerfreiheit für Privatschulen abgeschafft und etliche Lockerungen und Vereinfachungen bei wirtschaftlichen Prozessen (Infrastruktur, Bauwirtschaft) durchgesetzt hatte, bleibt trotzdem schlechte Stimmung.
der Werkshalle von Siemens Healthcare Oxford beschwor sie vor 600 Wirtschaftsführern und Journalisten die Umkehr von Abschwung und Lähmung: zwischen Oxford und Cambridge soll ein Silicon Valley entstehen! Und eine dritte Landebahn für den Airport Heathrow soll den Weg zum wirtschaftlichen Erfolg ebnen und 10 000 neue Arbeitsplätze schaffen.

Den Zusammenhang zum Brexit herzustellen ist nach wie vor kein Thema in der öffentlichen Debatte, am ehesten noch in der Form, dass zu Europa größere Nähe in wirtschaftlichen Fragen gesucht wird. „Die entscheidende Frage lautet, ob es der britischen Wirtschaft in der EU besser ergangen wäre. Nicht zwangsläufig ..., weil es mit der Corona-Pandemie und dem Energiepreisschock durch den Ukraine-Krieg sehr schwierig geworden ist, einzelne Faktoren zu trennen.“

Während innerhalb der EU der Handel seit dem Brexit stärker gewachsen ist als der Welthandel, ist der britische Handel zurückgegangen. „Während ein klarer Brexit-Benefit schwer auszumachen ist, spüren die Briten die negativen Seiten des Wegfalls der Personenfreizügigkeit. Und die Einwanderung, ein wichtiger Grund für den EU-Ausstieg, ist sogar gestiegen. Mit dem Brexit hat Grossbritannien eine Taube in der Hand gegen einen Spatzen auf dem Dach getauscht.“ (NZZ vom 2.2.25)

In Fragen der globalen Sicherheit, der Wachsamkeit gegenüber der russischen aggressiven Strategie, der Unterstützung der Ukraine gibt es enge Zusammenarbeit. Mit Nato und der „Joint Expeditionary Force“ (neben Geroßbritannien die baltischen und skandinavischen Länder sowie die Niederlanden) wird vor allem den Aktivitäten russischer Spionageschiffe in der Nordsee und in der irischen See große Aufmerksamkeit gewidmet.

Wird der Waffenstillstand in Gaza halten?

Ulli Jäckel, Hamburg

Am 19. Januar hat in Gaza ein Waffenstillstand begonnen, der zunächst für 42 Tage gelten soll. In diesem Zeitraum sollen gegen die Freilassung von 33 Geiseln der Hamas mehrere hundert Palästinenser aus israelischer Haft entlassen werden. Die Verhandlungen über eine zweite Phase sollen am 16. Tag nach Beginn des Abkommens aufgenommen werden. Bei den Verhandlungen soll es dann auch darum gehen, dass die Hamas weitere Geiseln freilässt und Israels Streitkräfte damit beginnen, sich dauerhaft aus dem Gazastreifen zurückziehen. In der dritten Phase spätestens sollen alle Geiseln freigelassen werden – erst dann würden sich die israelischen Streitkräfte vollständig aus dem Gazastreifen zurückziehen. Ebenso sollen die sterblichen Überreste ermordeter israelischer Geiseln zurückgegeben werden. Der Wiederaufbau des Gazastreifens soll beginnen.

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels sind die ersten Geiseln freigelassen worden und über 450 000 Menschen haben sich auf den Rückweg in den Norden Gazas gemacht, aus dem sie vertrieben worden waren. Was dort auf sie wartet, ist Zerstörung. Mehr als 70 Prozent der Gebäude in Gaza-Stadt und der umliegenden Region sind zerstört oder beschädigt. Unter den Trümmern befinden sich wahrscheinlich noch zahlreiche Tote, sowie nicht explodierte Munition (z.B. Landminen.) Ihre Situation wird erschwert durch das Verbot der UNRWA in Israel, das die Tätigkeit der Flüchtlingsorganisation gefährdet. Roland Friedrich, Leiter der UNRWA in den Westbanks, bestreitet die strukturelle Unterwanderung durch die Hamas. Dafür habe die israelische Regierung keine Beweise vorgelegt. Die UNRWA ist der Hauptpfeiler der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung, Unterkünften, Schulen Krankenhäusern. Das Vorgehen Israels ist präzedenzlos, da noch nie ein UN-Mitgliedsstaat einseitig das Mandat einer UN-Organisation aufgehoben hat.

Das Waffenstillstandsabkommen, das offensichtlich unter dem Druck von Trumps Nahost-Gesandtem Witkoff zustande kam, steht seitens der israelischen Rechten stark unter Druck. Sowohl Ben-Gvir, der mit seiner Partei aus der Regierung ausgetreten ist, als auch Smotrich wollen der Koalition wieder beitreten, wenn Netanyahu – z.B. nach einem Scheitern der zweiten Phase der Verhandlungen – den Krieg wieder aufnimmt. Bereits jetzt ist der Waffenstillstand begleitet von einer Eskalation der Gewalt gegen Palästinenser sowohl durch radikale Siedler als auch durch die IDF im Westjordanland, was auch der UN-Menschenrechts-Kommissar und die EU kürzlich kritisierten. Verteidigungsminister Katz hat mehrere rechtsextreme Siedler aus der Haft entlassen. Auch US-Präsident Trump gießt Öl ins Feuer, indem seine Regierung die Sanktionen gegen gewalttätige Siedler aufhob, die unter Biden verhängt worden waren. Auch der Stopp der Lieferung schwerer Bomben durch die Biden-Administration wurde aufgehoben. Der Vorschlag Trumps, die Bewohner des Gazastreifens in andere arabische Länder umzusiedeln, beflügelte die Vertreibungs- und Besiedlungsphantasien von Smotrich und Ben-Gvir. Die arabischen Außenminister lehnten die Umsiedlung von Palästinensern aus ihrem Land „unter allen Umständen und mit allen Begründungen“ ab und zeigten damit eine einheitliche Haltung gegenüber der Forderung des US-Präsidenten Donald Trump an Ägypten und Jordanien, Bewohner des Gazastreifens aufzunehmen. Sie forderten Trump auf, mit ihnen über einen Frieden auf der Basis einer Zwei-Staaten-Lösung zu verhandeln. Die Palästinensische Autonomiebehörde wies die Vorschläge ebenfalls scharf zurück. Omer Shatz, israelischer Völkerrechtler und Anwalt am Internationalen Strafgerichtshof sagte, die Vorschläge seien ein „Aufruf zu ethnischer Säuberung“, die den Aufrufen extremer israelischer Politiker vom Beginn des Krieges gleichkämen.

Donald Trump hat es auf Nachfrage vermieden, sich zur Zwei-Staaten-Lösung zu äußern und darauf verwiesen, dass er in der kommenden Woche bei einem Treffen mit Netanyahu über Lösungen verhandeln will. Dieser hat sich bisher stets gegen eine Beteiligung der PA an der Verwaltung Gazas ausgesprochen. Die Hamas hat sich erstmals bereiterklärt, die Kontrolle über das Gebiet abzugeben, wie ein führender Vertreter gegenüber der dpa erklärte.

Grönländer fordern Selbstbestimmung

Ulli Jäckel, Hamburg. In einem Telefonat mit der dänischen Premierministerin Mette Frederiksen kurz vor seiner Amtsübernahme hat Donald Trump ihr mit „konkreten Maßnahmen gegen Dänemark wie gezielten Zöllen“ gedroht, falls Dänemark sich weigere, Grönland an die USA zu verkaufen. Trump hat zuvor gesagt, dass die USA Grönland kontrollieren müssen, und sich geweigert, den Einsatz militärischer Gewalt zur Übernahme des Gebiets auszuschließen. Während einer Pressekonferenz vor einigen Wochen sagte Trump, dass die USA Grönland „für die wirtschaftliche Sicherheit“ brauchten. Die 2 166 007 Quadratkilometer große arktische Insel ist reich an Öl und Gas sowie an verschiedenen Rohstoffen für grüne Technologien.

1953 wurde Grönland Teil des Königreichs Dänemark und 1979 wurde die Selbstverwaltung eingeführt. Obwohl Dänemark die Außen- und Sicherheitspolitik Grönlands kontrolliert, hat Grönland ein eigenes Parlament. Frederiksen sagte, dass aus Sicht der dänischen Regierung Grönland den Grönländern gehöre. Der Nordische Rat, das offizielle Gremium für die nordische interparlamentarische Zusammenarbeit mit 87 gewählten Mitgliedern aus Dänemark, Finnland, den Färöer-Inseln, Grönland, Island, Norwegen, Schweden und Åland unterstützt nachdrücklich die Aussagen der Regierungschefs Grönlands, Dänemarks und anderer nordischer Regierungen, dass über Grönlands Zukunft vom grönländischen Volk entschieden wird.

Der grönländische Premierminister Múte Egede strebt mit seiner Partei die Unabhängigkeit Grönlands an. „Unsere Zusammenarbeit mit anderen Ländern und unsere Handelsbeziehungen können nicht mehr ausschließlich über Dänemark erfolgen“, sagte er. Trumps imperialistische Überlegungen ernteten scharfe Kritik von Egede, der erklärte, Grönland stehe „nicht zum Verkauf“. Seit 2009 hat Grönland das Recht, sich durch ein Referendum für unabhängig zu erklären. Trotz großer Bodenschätze wie Öl und Gas ist die Wirtschaft fragil und Grönland stark von Zuwendungen aus Kopenhagen und dem Fischfang abhängig. „Die Geschichte und die gegenwärtigen Bedingungen haben gezeigt, dass es in unserer Zusammenarbeit mit dem Königreich Dänemark nicht gelungen ist, völlige Gleichberechtigung herzustellen“, sagte Egede. Wie andere Länder der Welt müssen wir daran arbeiten, die Hindernisse für eine Zusammenarbeit – die wir als Fesseln des Kolonialismus bezeichnen können – zu beseitigen und voranzukommen.“

https://www.norden.org/en/news/nordic-council-president-strongly-supports-greenlands-right-decide-its-own-future • https://www.politico.eu/article/greenland-prime-minister-mute-egede-independence-denmark-colonialism-donald-trump-arctic/ • https://www.theguardian.com/world/2025/jan/25/trump-greenland-denmark?utm_

Trump und der Pazifik – Edda Lechner, Norderstedt. Ein von mir geplanter Artikel über die Forderung der pazifischen Staaten, eine dauerhafte finanzielle Unterstützung durch die wohlhabenden westlichen Staaten zu erhalten, sollte darstellen, wie deren Existenz seit langem durch die von diesen Industrienationen verursachte Klimaerwärmung bedroht wird. Um ihren befürchteten Untergang in den steigenden Fluten des Pazifik zu stoppen und/oder sich in anderen Teilen der Welt eine neue Existenz aufbauen zu können, verlangen sie – immer wieder auf den weltweit stattfindenden Klima-Konferenzen – dauerhafte finanzielle Entschädigung und Unterstützung. Der unten angebotene Artikel, den Oliver Hasenkamp zu diesem Thema, im Dezember vergangenen Jahres v o r Antritt der Präsidentschaft von Donald Trumps in den USA am 20. Januar im „Pazifik Rundbrief" verfasst hat, behandelt dieses ökonomische und ökologische Problem der Menschen und Länder geradezu „prophetisch" im Voraus. Deshalb gebe ich diesen von mir leicht gekürzten Text hier wieder. Einige von mir beigefügte Anmerkungen sind dabei in Klammern gesetzt.

Oliver Hasenkamp: Pazifik-Rundbrief Nr. 138 – 4/2024 von der Pazifik-Infostelle und dem Pazifik-Netzwerk. Zu finden bei: https://www.pazifik-infostelle.org/publikationen/rundbrief/index.html

Welche Auswirkungen könnte die Wahl von Donald Trump für die pazifischen Inselstaaten haben?

Bekämpfung des Klimawandels: Bei dem für viele der pazifischen Inselstaaten wichtigsten Thema stehen der Welt und insbesondere dem Pazifik unruhige Zeiten bevor: Donald Trump gilt als Leugner des Klimawandels und möchte die für US-Verhältnisse weitreichenden, aber für die Inselstaaten immer noch viel zu geringen Klimaschutzmaßnahmen der vorherigen Biden-Regierung zurückfahren oder ganz streichen. Dazu zählen staatliche Investitionen etwa in erneuerbare Energien oder Standards in der Wirtschaft. Vor allem möchte er im großen Stil weiter auf fossile Brennstoffe setzen, obwohl auch in den USA manche Energieriesen mittlerweile ein wirtschaftliches Interesse an erneuerbaren Energien haben.

Internationale Klimapolitik: Es steht zu befürchten, (bzw. es ist nach der Übernahme der Präsidentschaft so eingetreten), dass Trump wie bei seiner ersten Amtszeit erneut aus dem Pariser Klimaabkommen (von 2015) austreten will. Selbst wenn dieser Austritt formal erst in vier Jahren – und somit nach Ende von Trumps Amtszeit – in Kraft treten würde, würde dies einen sofortigen vollständigen Rückzug der USA aus den internationalen Klimaverhandlungen bedeuten. Das könnte auch andere Staaten, z.B. die Länder Europas, dazu veranlassen, sich mit weniger ambitionierten Zielen bei den Konferenzen einzubringen und lieber mehr Geld für andere Zwecke wie etwa Rüstung zu verausgaben. Für die pazifischen Inselstaaten sind diese Welt-Klima-Konferenzen (COP, seit 1995) der wichtigste Ort, um auf ihre Positionen und Forderungen aufmerksam zu machen.

Machtkampf zwischen den USA und China:

Trump wird sich – wie wohl auch Kamala Harris im Falle einer Wahl es getan hätte – stärker dem asiatisch-pazifischem Raum zuwenden. Bei Trump bedeutet das womöglich: einen Handelskrieg mit China provozieren. Die Interessen der pazifischen Inselstaaten dürfte er dabei noch weniger auf dem Schirm haben als seine Konkurrentin. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass der Machtkampf um den Pazifik sich weiter zuspitzt – mit diversen negativen Folgen für die Inselstaaten, die noch stärker zwischen die Fronten geraten könnten. Die Biden-Regierung hat in den letzten Jahren deutlich mehr Anknüpfungspunkte mit dem Pazifik gefunden als frühere US-Regierungen. Absurderweise könnten gerade durch einen Politikwechsel unter Trump (z.B. beim Klimawandel) die Chancen steigen, dass die Volksrepublik China in den Inselstaaten weiteren Einfluss gewinnt. Sie versucht in den letzten Jahren mit Erfolg durch geeignete Allianzen, diesen Ländern mehr Wohlstand, soziale Verbesserungen und Umweltunterstützung zuzusichern (vgl. PB 6/23: Gründung einer Filiale der „Bank of China" in Papua-Neuguinea).

Krieg und Militär: Trump gilt als unberechenbar. Neue militärische Konflikte lassen sich deshalb für Europa oder Russland nur schwer ausschließen. Noch ist das vom Pazifik sehr weit entfernt und Trump gilt eigentlich eher als Gegner eines „militärischen Interventionismus", wie die USA ihn früher zum Teil gezeigt hat. Unmittelbar könnten die Gefahren militärischer Konflikte – etwa mit Nordkorea – mit möglichen Auswirkungen auf den Pazifik also sogar sinken. Gleichzeitig möchte Trump trotzdem mehr Geld ins Militär stecken. Es ist wahrscheinlich, dass dies auch Stützpunkte im Pazifik wie etwa auf Guam (ein Außengebiet der USA) betreffen könnte. Diese würden dann möglicherweise weiter ausgebaut werden und die Stationierung von Atomwaffen im Pazifik ermöglichen. Ein Handelskrieg mit China könnte einen chinesischen Angriff auf Taiwan provozieren, bei dem im Falle einer US-Antwort höchstwahrscheinlich auch pazifische Stützpunkte beteiligt wären.

Zölle: Trump gilt als großer Anhänger von Zöllen. Damit möchte er die amerikanische Wirtschaft stärken und China und auch Europa schwächen. Die meisten der pazifischen Inselstaaten dürften weltweit eher zu den Ländern gehören, die aufgrund ihres geringen Handelsvolumens vergleichsweise wenig von den Zöllen betroffen wären. Trotzdem würde sich ein globaler Handelskrieg langfristig wirtschaftlich auch negativ auf den Pazifik auswirken.

Entwicklungszusammenarbeit: Trump möchte im großen Stil staatliche Ausgaben reduzieren. Davon dürfte die Entwicklungszusammenarbeit, aber auch die Finanzierung internationaler Programme betroffen sein. Dadurch würde die humanitäre Hilfe vor allem nach Naturkatastrophen, die den pazifischen Inselstaaten über US-Programme oder über von den USA mitfinanzierte multilaterale Organisationen – zum Beispiel das UN-Nothilfsprogramm UNOCHA – zur Verfügung stehen, deutlich sinken. Gleichzeitig dürfte auch der bisherige finanzielle Spielraum anderer Geber wie Australien, Neuseeland oder Europa weiter abnehmen, vor allem angesichts der von Trump eingeforderten Erhöhung von Militärausgaben. Dies könnte die Zivilgesellschaft im Pazifik oder andere Akteure, die sich dort für Menschenrechte einsetzen, erheblich treffen. Es ist insbesondere zu erwarten, dass die USA wie unter Trumps erster Präsidentschaft die Förderung solcher Programme einstellenie sich z.B. für die Gleichberechtigung und eine reproduktive Gesundheit von Frauen – wozu auch Abtreibungen gezählt werden – einsetzen. Abzuwarten bleibt, inwieweit bisherige finanzielle Mittel für die mikronesischen Staaten Palau, Marshall-Inseln, Föderierte Staaten von Mikronesien, die vertraglich an die USA gebunden sind, gekürzt werden – oder ob die militärischen US-Interessen in diesen Staaten aus Sicht Trumps weitere Entwicklungsgelder rechtfertigen.

Migration: In den USA leben große Communities von Menschen aus dem Pazifik. Das sind vor allem Menschen aus den drei genannten Staaten, die bis heute durch Verträge an die USA gebunden sind, sowie aus den nicht unabhängigen Gebieten Guam und den Nördlichen Marianen. Sie halten sich legal in den USA auf. Daneben gibt es aus den pazifischen Inselstaaten aber auch jene „Undokumentierten", die von Trump als „illegal" bezeichnet werden. Ihre absolute Zahl in den USA ist zwar eher gering, es ist jedoch denkbar, dass es auch zu Abschiebungen von Insulanerinnen und Insulanern aus dem Pazifik in ihre Heimatländer kommt.

Volkssolidarität: Unsere zentralen Forderungen zur Bundestagswahl

Zivilgesellschaft und Ehrenamt. Zivilgesellschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung müssen vom Bund gestärkt und allen Menschen ermöglicht werden.

Chancengerechtigkeit in Ost und West, auf dem Land und in der Stadt. Die Volkssolidarität fordert gleiche Lebensverhältnisse durch eine starke soziale, technische und kulturelle Infrastruktur, besonders im ländlichen Raum.

Armut bekämpfen – Reichtum verteilen. Eine gerechte Steuerpolitik soll soziale Ungleichheit verringern und die Finanzierung des Sozialstaats sichern, etwa durch eine Vermögenssteuer und höhere Spitzensteuern.

In Würde altern – Für eine Rente, die den Lebensstandard sichert. Erhöhung des Rentenniveaus, Ausweitung der Erwerbstätigenversicherung und faire Regelungen für Erwerbsminderungsrenten sind zentrale Forderungen.

Menschenwürdige Grundsicherung und existenzsichernde Arbeit. Die Volkssolidarität fordert einen höheren Mindestlohn, eine Tariftreuegesetzgebung und die Neuberechnung des Existenzminimums.

Für bezahlbares Wohnen. Ein Sondervermögen für sozialen Wohnungsbau, die Entfristung der Sozialbindung und ein Mietenstopp in angespannten Regionen sind notwendig.

Gegen Einsamkeit – Für ein neues Miteinander. Generationengerechte Begegnungsorte und Mobilitätsangebote sollen Isolation vorbeugen, ehrenamtliche Netzwerke gezielt gefördert werden.

Pflegebedürftigkeit solidarisch absichern. Eine solidarische Pflegevollversicherung soll Pflegekosten langfristig deckeln und gerechter verteilen.

Starke Pflege und Gesundheit – Nachteile ländlicher Regionen ausgleichen. Flächendeckende Pflege- und Gesundheitsinfrastruktur muss ausgebaut und ländliche Regionen für Fachkräfte attraktiver gestaltet werden.

Pflegepersonal stärken – Pflegeträger entlasten. Bessere Arbeitsbedingungen und ein Pflegekompetenzgesetz sollen die Pflege entlasten und Leiharbeit regulieren.

Kinderrechte verankern, Kinderarmut überwinden. Die Volkssolidarität fordert Kinderrechte im Grundgesetz, eine einkommensabhängige Kindergrundsicherung und gleiche Bildungschancen.

Bildungsstrukturen erhalten und Qualität sichern. Trägervielfalt und familienfreundliche Infrastruktur sollen gesichert und Standards in Kitas und Horten bundesweit verbessert werden.

Inklusion braucht Ressourcen. Barrierefreiheit und Fachpersonal müssen finanziert werden, um Teilhabe für alle Generationen zu gewährleisten.

Lebenslang lernen! Weiterbildung und digitale Schulungsangebote sollen ausgebaut und analoge Zugänge gesichert werden.

Gekürzt aus: https://www.volkssolidaritaet.de/beitraege/sozialpolitik-forderungen-der-volkssolidaritaet-zur-bundestagswahl-2025/

Wahlforderungen des Forum Menschenrechte

Das Forum Menschenrechte hat seine Wahlforderungen zur Bundestagswahl 2025 beschlossen. Es ist ein Netzwerk von über 50 deutschen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich für einen verbesserten, umfassenden Menschenrechtsschutz einsetzen – weltweit, in einzelnen Weltregionen, Ländern und in der Bundesrepublik Deutschland. Auch der Paritätische Gesamtverband ist Mitglied in dem Netzwerk.

Die Mitgliedsorganisationen des Forums arbeiten zu vielfältigen menschenrechtlichen Themen, was sich auch in den Wahlforderungen erkennen lässt. Besonders bemerkenswert ist aus Paritätischer Sicht, dass sich in diesem Jahr neben zahlreichen flüchtlings- und migrationspolitischen sowie frauen- und queerpolitischen auch zahlreiche armutspolitische Forderungen in dem Papier befinden.

Im aktuellen Forderungspapier zur Bundestagswahl wird eingangs betont:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Die universellen, unteilbaren und unveräußerlichen Menschenrechte sind unverzichtbare Grundlage unserer freiheitlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Ordnung … Die bevorstehenden Bundestagswahlen nehmen wir zum Anlass, alle politisch Verantwortlichen aufzufordern, für eine solche menschenrechtsgeleitete Politik aktiv eintreten und ihrer politischen und persönlichen Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte gerecht werden.

Wir ermutigen jede*n Wähler*in, sich bei der Bundestagswahl für eine Gesellschaft zu entscheiden, in der Menschenrechte für alle gelten.“

https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/forum-menschenrechte-zur-bundestagswahl-2025-das-mindeste-was-wir-erwarten/

Sammlung: Forderungen zur Bundestagswahl 2025 rund um Engagementpolitik und Gemeinnützigkeit

Die verkürzte Zeit bis zur Bundestagswahl stellt nicht nur Parteien und Kandidat:innen vor Herausforderungen, sondern auch zivilgesellschaftliche Organisationen, die selbstlos Themen vertreten und zu diesen Themen auf Festlegungen der demokratischen Parteien drängen. Viele Organisationen hatten sich darauf vorbereitet, ab Jahresende auf den Programmprozess der Parteien einzuwirken – doch nun werden Programme von Parteitagen bereits im Januar 2025 beschlossen. Die Parteivorstände legen ihre Entwürfe vor, die kaum noch verändert werden, weil der Wahlkampf bereits läuft. Damit ist ein demokratischer Willensbildungsprozess beschnitten: Innerhalb der Parteien, aber auch durch Einwirkung darauf. Die demokratischen Parteien sollten das Problem sehen und den Austausch weitmöglichst nachholen. Papiere, die jetzt veröffentlicht werden, sollten in Koalitionsverhandlungen und in der Regierungsbildung eine Rolle spielen.

Hier eine Zusammenstellung sicher nur eines Ausschnitts von Positionen und Papieren rund um Gemeinnützigkeitsrecht, Engagementpolitik, Recht der Zivilgesellschaft.

Unsere Allianz hat Impulse an CDU, SPD, Bündnis ’90/Die Grünen, FDP, Partei die Linke und Bündnis Sahra Wagenknecht gesandt. Darin regen wir unter anderem an:

- „Demokratie braucht zivilgesellschaftliches Engagement. Der demokratische Rechtsstaat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen kann, wie zum Beispiel Zusammenhalt, Akzeptanz von Werten, Solidarität. Demokratie schützen heißt demokratische Institutionen schützen; sie sturmfest machen, bevor der Sturm da ist.“
- „Das Basisrecht der Zivilgesellschaft ist das Gemeinnützigkeitsrecht. Es ist für bürgerschaftliches Engagement prägender als etwa Vereinsrecht (bürgerliches Recht) oder Fördermittel-Richtlinien (öffentliches Recht).“

Unsere Forderungen zum Gemeinnützigkeitsrecht gelten (leider) weiterhin.

Das Bündnis für Gemeinnützigkeit, ein Zusammenschluss einiger großer Dachverbände, hat mit Stand 28. November 2024 auf nur zwei Seiten Forderungen zur Bundestagswahl vorgelegt. Das Bündnis schreibt unter anderem:

- „Eine aktive Zivilgesellschaft ist Überlebensvoraussetzung einer freiheitlichen Demokratie und das Fundament des gesellschaftlichen Zusammenhalts.“
- „Das Prinzip der Selbstorganisation der Zivilgesellschaft wird zum allgemeinen

Prinzip von Engagementpolitik gemacht. Akteure des zivilgesellschaftlichen Engagements werden als kritische und konstruktive Partner von Politik und Verwaltung konsequent bei der Vorbereitung und Umsetzung von relevanten politischen Entscheidungen eingebunden."

• „Wichtig ist die Schaffung von Rechtssicherheit auch in der politischen Betätigung und die Reduzierung von Haftungsrisiken im Ehrenamt z.B. durch die Einführung einer Business Judgement Rule."

• „Engagementpolitik ist Querschnittspolitik und muss ein Arbeitsbereich in allen Ministerien sein. Ein:e Staatsminister:in im Bundeskanzleramt muss als zentral verantwortliche Ansprechperson in der Bundesregierung den ausdrücklichen Auftrag zur Koordinierung der Engagementpolitik und Stärkung der Zivilgesellschaft erhalten."

Mit einem Appell zur Demokratiepolitik haben sich 29 zivilgesellschaftliche Organisationen an die Generalsekretär:innen der Parteien gewandt. Darin steht unter anderem:

• „Wir fordern alle demokratischen Parteien auf, bereits in ihren Wahlprogrammen und dann in Koalitionsverhandlungen Demokratiepolitik als eigenes Thema zu behandeln."

Einen Zwölf-Punkte-Plan für die Zivilgesellschaft nach der Wahl hat Rupert Graf Strachwitz, Gründer und Senior Strategic Advisor der Maecenata Stiftung, Anfang Januar 2025 veröffentlicht, unter anderem darin:

• „Wir brauchen die Anerkennung der Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Dimension. Dazu gehören etablierte Wohlfahrtsverbände und Protestgruppen, Fördervereine und Think Tanks, Laienchöre und Aktivisten, Sportvereine und Stiftungen, global agierende NGO und spontane Helfergruppen nach Katastrophen.

• Wir brauchen die Akzeptanz des weltweit eingeführten Begriffs Zivilgesellschaft (civil society)."

• „Wir brauchen die Anerkennung des politischen Mandats der Zivilgesellschaft und ihrer Akteure im Sinne einer deliberativen Demokratie."

• „Gemeinnützigkeitsrecht ist Gesellschaftsrecht! Es muss endlich vom Obrigkeitsstaat des 19. in den freiheitlichen ermöglichenden Staat des 21. Jahrhunderts überführt werden."

In den fünf Impulsen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) für die nächste Bundesregierung steht unter anderem:

• „Gemeinnützige Organisationen sind das Rückgrat des sozialen Zusammenhalts. Fern von Profitlogik und Gewinnmaximierung stellen sie den Menschen in den Mittelpunkt."

• „Verbände und Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege sind wichtige Strukturen der Demokratieförderung. Sie sind auf politische und finanzielle Unterstützung des Bundes angewiesen, um zivilgesellschaftliche Netzwerke insbesondere im ländlichen Raum aufrechtzuerhalten und Extremismusprävention zu leisten."

https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/forderungen-zur-bundestagswahl-2025/

GEW-Forderungen zur Bundestagswahl 2025

Eine andere Bildungspolitik braucht das Land. Durch die vorgezogene Bundestagswahl können politische Weichen neu gestellt werden. Deutschland braucht einen klaren Kurswechsel in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Bildungspolitische Reformvorhaben wie der Ausbau des Ganztags und die Digitalisierung des Bildungssektors müssen oberste Priorität erhalten. Für mehr soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit durch Bildung sind eine deutlich bessere und sozial indizierte Finanzierung des Systems und damit eine andere Steuerpolitik sowie eine Umverteilung von oben nach unten notwendig ...

GEW-Forderungen für ein starkes Bildungssystem:

1. Alle Bildungsbereiche gut ausfinanzieren.
2. Fachkräftemangel beseitigen, zukünftigen Fachkräftebedarf sichern.
3. Ganztag qualitativ ausbauen.
4. Kita-Qualitätsgesetz mit bundeseinheitlichen Standards.
5. Digitalisierung gestalten.
6. Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.
7. Integration durch Bildung.
8. Prekäre Beschäftigung in Weiterbildung und Hochschule.

https://www.gew.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=151400&token=e5e9cc97865787f2f5f8f74c2f2a25d4fca42d4d&sdownload=&n=2025-GEW-Oversize-02-2025-Bundestagswahl.pdf

Die neun wichtigsten DGB-Forderungen in Kürze:

1. Ende der Sparpolitik und gezielte Investitionen: Die Bundesregierung investiert seit Jahren viel zu wenig. Wir fordern, die strikte Sparpolitik zu beenden, die Schuldenbremse zu reformieren und verstärkt in Infrastruktur, Bildung, bezahlbaren Wohnraum, öffentliche Verwaltung und Modernisierungen zu investieren ...

2. Einhaltung von Klimazielen und Entlastung bei Energiepreisen: Die Klimaziele müssen eingehalten werden. Unternehmen und öffentliche Einrichtungen sollten angesichts hoher Energiepreise gezielt entlastet werden.

3. Reform des Steuersystems: Das Steuersystem muss gerechter werden, damit Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen entlastet werden. Wer dagegen ein sehr hohes Einkommen oder Vermögen hat, soll stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Die Vermögensteuer muss wieder eingeführt werden.

4. Stärkere Tarifbindung: Wir fordern dringend ein wirksames und unumgehbares Bundestariftreuegesetz, damit Unternehmen nur dann öffentliche Aufträge bekommen, wenn sie Tarifverträge anwenden und nach Tarif zahlen. Die Bundesregierung muss außerdem schnell einen Aktionsplan zur Stärkung der Tarifbindung vorlegen.

5. Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes und Investitionen in Fachkräfte: Unbezahlte Überstunden, ständige Erreichbarkeit und steigender Arbeitsdruck müssen gestoppt werden. Zudem sollen Fachkräfte aus dem In- und Ausland, junge Menschen sowie Aus- und Weiterbildung stärker gefördert werden. Um mehr Frauen die Möglichkeit zu geben, erwerbstätig zu sein, brauchen wir verlässliche Kinderbetreuung, bessere Pflegeangebote und eine gerechte Aufteilung der Sorgearbeit.

6. Mitbestimmung im Betrieb: Betriebsratsgründungen müssen erleichtert, die Behinderung von Betriebsräten („union busting") muss verhindert und strafrechtlich als Offizialdelikt eingestuft werden. Wer einen Betriebsrat gründen will, soll besser vor Kündigung geschützt werden.

7. Stabilisierung und Erhöhung des Rentenniveaus: Das Rentenniveau soll bei 48 Prozent stabilisiert und im nächsten Schritt auf 50 Prozent erhöht werden. Das Rentenalter darf keinesfalls weiter angehoben werden.

8. Verbesserung der Gesundheits- und Pflegeversorgung: Krankenhäuser müssen besser organisiert werden, mit mehr Investitionen für Personal und Gesundheitszentren. Pflegebedürftige sollen weniger aus eigener Tasche bezahlen müssen. Wer Angehörige pflegt, soll durch Geld vom Staat unterstützt werden. Langfristig muss es eine Versicherung für alle geben, die alle Pflegekosten abdeckt.

9. Bezahlbares Wohnen: Es braucht dringend eine Politik, die bezahlbare Mieten sichert und den Bau neuer Wohnungen vereinfacht. Die Bereitstellung von Mitarbeiterwohnungen durch Unternehmen muss gefördert werden. Privathaushalte müssen wegen der steigenden Energiekosten entlastet werden.

https://www.dgb.de/mitmachen/kampagnen/bundestagswahl-2025/#c14247

Paketpost-Areal in München – neue Aufwertungsrunde durch Hochhausplanung

Brigitte Wolf, München. Am 15. Januar 2025 beriet der Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung ausführlich über den Bebauungsplan für das Paketpost-Areal und die erforderliche Änderung des Flächennutzungsplans. Anfang Februar wird dann die Vollversammlung des Stadtrats damit befasst.

Im Westen Münchens, zwischen München-Pasing und der Donnersberger Brücke, sollen außer einem dicht gepackten urbanen Quartier noch zwei ca. 150 Meter hohe Hochhäuser entstehen. Das wären nach dem Olympiaturm die höchsten Bauwerke in München. In dem Viertel soll mit einer Geschossflächenzahl (GFZ) von 5,7 eine sehr hohe bauliche Dichte realisiert werden. Die Orientierungswerte für Freiflächen werden weit unterschritten, zudem soll ein großer Teil der „Freiflächen“ innerhalb der Paketpost-Halle entstehen, und damit überdacht. Die Hochhäuser sollen mit verschiedenen Nutzungen belegt werden, neben Büros und Wohnungen sind auch ein Hotel, Gastronomie und eine „Spieletage“ geplant, um ausreichend Spielflächen für die Kinder zu generieren. Denn im Freien reicht dafür der Platz nicht.

Bestandteil des Bebauungsplanes ist zudem die Sanierung und dauerhafte Erhaltung der denkmalgeschützten Paketposthalle.

Eine sehr große Mehrheit im Münchner Stadtrat ist begeistert von dem geplanten „Stadtzeichen“ – vom Oberbürgermeister über die Stadtbaurätin, von CSU über FDP, SPD bis zu den Grünen. OB Reiter meinte, die Stadt müsse sich immer weiterentwickeln, Stillstand sei nicht möglich. Viele im Stadtrat möchten München in einer Liga mit London, Paris oder New York sehen, das Projekt Paketpost-Areal soll dafür ein Startschuss sein.

Lediglich die Fraktionen ÖDP/München Liste und Die Linke/Die Partei lehnten die Hochhauspläne im Ausschuss ab. Wichtigstes Argument der Linken: Hohe Hochhäuser sind weder sozial noch nachhaltig, sie führen immer zu Luxusnutzungen und sind ein weiteres Signal an die Superreichen weltweit: Seht her, in München gibt es noch Angebote für Euch. Für die große Mehrheit der Münchnerinnen und Münchner steigt damit aber die Gefahr weiterer Verdrängung aus der Stadt. Bereits jetzt können sich viele in der Stadt nicht mehr halten.

Das Landesamt für Denkmalschutz ist ebenfalls ein gewichtiger Gegner der Höhenentwicklung. Es fordert eine Reduktion der Pläne auf maximal 60 bis 80 Meter, um das denkmalgeschützte Ensemble des Nymphenburger Schlosses nicht zu beeinträchtigen. Bei einer geplanten Bebauung vor ca. 15 bis 20 Jahren hatte dieses Argument noch Gewicht. Jetzt will sich die Stadt einfach darüber hinwegsetzen.

Gestoppt werden kann das geplante Luxusprojekt allerdings noch durch ein Bürgerbegehren, das in der Stadtplanung erfahrene Akteure bereits bei Bekanntwerden eingeleitet haben.

Die erforderlichen Unterschriften sind laut eigener Aussage inzwischen gesammelt worden. Nach der Bundestagswahl sollen sie beim Kreisverwaltungsreferat eingereicht werden. Es zeichnet sich aber ab, dass die Stadt die rechtliche Zulässigkeit in Frage stellen wird. Es gibt jedenfalls eine Reihe von Äußerungen dazu, unter anderem auch von Oberbürgermeister Reiter, der monierte, dass die Unterschriften mit unredlichen Mitteln gesammelt worden seien.

Falls es im Laufe des Sommers zu einem Bürgerentscheid kommt, ist zudem offen, wie die Stadt München darauf reagieren wird. Strittig ist im Stadtrat, ob dem Bürgerbegehren ein eigenes Ratsbegehren gegenüber gestellt werden soll, oder ob lediglich die Ablehnung der Stadt begründet wird. Zwischen den beiden Mehrheitsparteien Grüne und SPD besteht hier keine Einigkeit. Offen ist auch, wie sich CSU und FDP in dieser Frage positionieren werden.

Die Münchner Linke wird sich jedenfalls für den Erfolg des Bürgerbegehrens einsetzen, eine weitere Spirale der Aufwertung muss verhindert werden.

Links: Die offiziell „Gleishalle des Paketpostamtes“ genannte Halle ist eine 1965 bis 1969 mit flachen Kreissegment-Bögen gebaute freitragende Betonfertigteilhalle, die mit einer Spannweite von 146,8 Metern, einer Höhe von 27,3 Metern und einer Länge von 124 Metern die damals weltweit größte ihrer Art war. Quelle: Wikipedia, https://de.wikipedia.org/wiki/Paketposthallen. Rechts: Schattenwurf der geplanten 155-Meter-Hochhäuser an der Paketposthalle am 21. Dezember von 9 bis 16 Uhr im Zwei-Stunden-Takt. Quelle: https://hochhausstop.de/allgemein/

Gegen Rechtsextremismus und den aktuellen Rechtsruck

200 000 demonstrieren am letzten Januarwochenende – Demonstrationen in mehr als 60 Großstädten und kleineren Orten

Alleine in Köln fanden sich laut Angaben der Veranstalter 75 000 Menschen zusammen. Die Demonstrationen richteten sich gegen die AfD und auch gegen den CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz und die Bundestagsanträge der Union zur erheblichen Verschärfung der Migrationspolitik, für die diese eine Unterstützung durch die AfD in Kauf nimmt. Für das erste Wochenende im Februar – und damit nach Redaktionsschluss – sind weitere Demonstrationen geplant.

Bundestagswahl 2025 – Was können die Kommunen erwarten?

Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen

Ende letzten Jahres äußerte der Hauptgeschäftsführer des Städtetags, Helmut Dedy, dass die finanzielle Lage der Städte „wirklich dramatisch“ sei (siehe auch Seiten 18 und 19). Diese Einschätzung gilt mittlerweile für ganz Deutschland und betrifft längst nicht mehr nur Kommunen, die durch jahrzehntelangen Strukturwandel, etwa im Ruhrgebiet, besonders belastet sind.

Dennoch konnten einige dieser Städte in den vergangenen Jahren teilweise ihre Altschulden reduzieren. So hat z.B. die Stadt Essen seit 2017 ihre Kassenkredite um fast 900 Millionen Euro auf rund 1,5 Milliarden Euro verringert. Auch Gelsenkirchen gelang es, seine Altschulden seit 2016 um etwa 330 Millionen Euro auf 480 Millionen Euro Ende 2023 zu senken.

Laut Dedy ist die Zeit von ausgeglichenen Haushalten jedoch vorbei. Anfang 2025 berichtete das Statistische Bundesamt, dass das kommunale Finanzierungsdefizit bis zum 30. September 2024 auf 24,9 Milliarden Euro gestiegen ist, im Vergleich zu 11,2 Milliarden Euro im Vorjahr. Die Ursachen hierfür sind vor allem die strukturelle Unterfinanzierung, gestiegene Ausgaben durch Inflation, höhere Zinsen, wachsende Soziallasten und sinkende Steuereinnahmen. Dedy fordert eine Erhöhung des kommunalen Anteils an den Gemeinschaftssteuern, eine Lösung der Altschuldenproblematik sowie die konsequente Umsetzung des Konnexitätsprinzips.

Doch wie realistisch ist es, dass eine neue Bundesregierung diese nicht gerade neuen Herausforderungen angeht? Abgesehen davon, dass die Parteien, die künftig die Regierung stellen könnten, seit Jahrzehnten an der Vertiefung dieser Probleme beteiligt sind, lässt auch ein Blick in die Wahlprogramme wenig Hoffnung. Handfeste und konkrete Aussagen, z.B. in die Richtung der o.g. Forderungen, finden sich kaum und wenn, sind so formuliert, dass sie hinterher beliebig ausgelegt werden können. Bei der FDP kommen die Kommunen als Subjekte nur am Rande und in Erwähnung mit anderen Maßnahmen vor. Die konkretesten Forderungen finden sich – neben viel Wünschenswerten – im linken Wahlprogrammentwurf.

Das gemeinsame Programm von CDU/CSU, ohne die es aufgrund der aktuellen Umfragewerte wohl keine neue Regierung geben wird, enthält zur Kommunalpolitik größtenteils wolkige Formulierungen und Floskeln („orientieren uns am Grundsatz der Konnexität“, „Mehr auf die Kommunen hören“) statt konkreter Aussagen für eine bessere Finanzierung. Stattdessen streben beide Parteien Steuersenkungen an, die sich negativ auf die Kommunalfinanzen auswirken dürften. Eine Lösung für die Altschuldenproblematik wird bei CDU/CSU gar nicht erst thematisiert.

Im Gegensatz dazu haben SPD, Grüne, Linke und BSW diesen Punkt in ihren Wahlprogrammen aufgenommen. Doch selbst wenn die SPD nach der Bundestagswahl wieder in einer großen Koalition mit der Union regieren sollte, ist die Wahrscheinlichkeit einer Umsetzung gering. Schließlich hat die SPD in ihren drei Regierungsjahren keinerlei Schritte zur Lösung der Altschuldenfrage unternommen – Kanzler Scholz entdeckte das Thema erst kurz vor der Wahl als Wahlkampfslogan wieder.

Fazit: Es ist nicht zu erwarten, dass eine neue Bundesregierung die Kommunalfinanzen „vom Kopf auf die Füße stellt“ und eine nachhaltige Lösung findet. Drei Landkreise und eine kreisfreie Stadt haben 2019 und erneut 2024 beim Bundesverfassungsgericht stellvertretend für alle Kommunen Verfassungsbeschwerde für eine finanzielle Mindestausstattung eingereicht.

Zusätzlich wäre ein stärkerer Widerstand aus den Kommunen sicherlich hilfreich, so wie es die Linke im Chemnitzer Stadtrat (Seite 19) formuliert hat: „Hier braucht es endlich auch einmal den Aufstand aller deutschen Kommunen, dass es so nicht weitergehen kann.“

Aus dem Wahlprogramm von CDU/CSU

Für ein erfolgreiches Miteinander von Bund, Ländern und Kommunen

Deutschland ist ein schönes Land: abwechslungsreiche Naturlandschaften, weltbekannte Sehenswürdigkeiten, vielfältige Kultur und Geschichte, zahlreiche Volksfeste und lebendiges Brauchtum. Unser Land lebt von den vielen Menschen, die es mit ihrer Tatkraft tagtäglich tragen. Mittelstand und Familienunternehmen schaffen Beschäftigung und engagieren sich vor Ort. Ob in Städten, Gemeinden oder Landkreisen, bei uns lässt es sich gut leben. Damit das so bleibt, nehmen wir noch stärker die Verantwortung für gleichwertige Lebensverhältnisse und die Bedürfnisse der Menschen wahr und setzen auf einen erfolgreichen Föderalismus mit starken Ländern und starken Kommunen.

• **In Stadt und Land gut leben**. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse. Das unterstützen wir durch kluge Stadt- und Dorfentwicklung. Wichtig sind eine gute kommunale Daseinsvorsorge und vitale kommunale Unternehmen.

• **Staatliche Effizienz steigern, Regionalität und Bürgernähe stärken.** Wir lösen die Herausforderungen einer technischen und digitalen Standardisierung im Bundesstaat. Der Verwaltung geben wir größere Freiräume, um auch mal etwas auszuprobieren.

• **Mehr auf die Kommunen hören.** Bei der Bund-Länder-Koordinierung müssen die Kommunen frühzeitig eingebunden werden. Für einen besseren Gesetzgebungsprozess berücksichtigen wir stärker die kommunale Praxiserfahrung.

• **Auf volle Subsidiarität setzen.** Wir wollen die Subsidiaritätsprüfung der EU stärken und eine solche auch national etablieren, um die Auswirkungen von Gesetzesvorhaben auf die kommunale Selbstverwaltung besser abschätzen zu können.

• **Demokratie vor Ort stärken.** Kommunale Amts- und Mandatsträger tragen unseren Staat mit. Deshalb müssen wir sie unterstützen und schützen.

• **Wer bestellt, bezahlt. Wir orientieren uns am Grundsatz der Konnexität**. Für uns ist klar: Wer eine Leistung veranlasst oder ausweitet, muss für ihre Finanzierung aufkommen. Besonders darauf zu achten ist, wenn Bundesgesetze oder andere Maßnahmen des Bundes bei den Ländern und Kommunen zu Mehrausgaben oder Mindereinnahmen führen.

• **Mischfinanzierungen abbauen.** Die Menschen müssen nachvollziehen können, wohin das Geld fließt. Die Länder sollen transparent machen, inwieweit sie Geld vom Bund zweckmäßig eingesetzt haben und welche Kommune in welcher Höhe profitiert.

• **Lebenswerte Heimat.** Wir wollen, dass Projekte der kommunalen Daseinsvorsorge solide finanziert sind. Die Prozesse müssen schneller, die Rechtswege kürzer werden.

• **Ausgaben im Griff haben.** Bund und Länder müssen in Abstimmung mit den Kommunen Lösungen finden, die Ausgabendynamik bei den Sozialausgaben zu stoppen.

• **Vertrauen in die Kommunen.** Wir stärken Städte, Gemeinden und Landkreise sowie die kommunale Selbstverwaltung. Um eine stabile Finanzlage zu gewährleisten, brauchen die Kommunen auch dauerhaft sichere Einnahmequellen.

• **Ampel-Wahlrecht abschaffen.**

Wir stehen zur Verkleinerung des Bundestages, nicht aber zur Schwächung des Direktmandats. Direkt gewählte Abgeordnete sind Garanten für Bürgernähe und Unabhängigkeit. Zudem muss das Wahlrecht den föderalen Charakter unserer Bundesrepublik stärker wertschätzen. Unter diesen Gesichtspunkten streben wir eine Reform an.

• **Förderungen vereinfachen.** Wir machen die kommunal relevanten Förderprogramme des Bundes einfacher in der Abwicklung, indem wir sie zusammenfassen und auf einer Online-Plattform bündeln. Fristen fassen wir realitätsnah, vereinfachen Antragsverfahren und reduzieren Nachweispflichten (...)

• **Ländliche Räume entwickeln, gleichwertige Lebensverhältnisse realisieren**. Dazu nutzen wir die Raumplanung stärker. Wir können Ballungsräume entlasten, wenn wir die Verkehrswege und den Nahverkehr bedarfsgerecht ausbauen. Insbesondere die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ bleibt dafür das Leitinstrument.

https://www.politikwechsel.cdu.de

Aus dem Wahlprogramm der SPD

Wir müssen zum Beispiel kraftvoll in Bildung investieren, den sozial-ökologischen und digitalen Strukturwandel bewältigen und die Infrastruktur landauf und landab modernisieren. Nicht allein der Bund, auch Länder und Kommunen brauchen dafür die nötigen finanziellen Spielräume. Wir schlagen deshalb einen Zukunftspakt Bund, Länder, Kommunen vor. Dazu gehört die bereits beschriebene Reform der Schuldenregel, um auch den Ländern mehr finanziellen Spielraum zu verschaffen. Darüber hinaus wollen wir die höchsten Vermögen in unserem Land bei der Finanzierung der Gemeinschaft stärker in die Verantwortung nehmen. Erbschafts- und Schenkungsteuer sowie Vermögensteuer stärken dann die Einnahmeseite der Länder, denen das Aufkommen aus diesen Steuern zusteht. Überdies sind die Länder dafür verantwortlich, den Kommunen eine adäquate Finanzausstattung für die Bewältigung ihrer Aufgaben zukommen zulassen.

Auf der kommunalen Ebene fällt ohnehin ein großer Teil der für den Strukturwandel notwendigen Investitionen an. Gleichzeitig ist die finanzielle Situation vieler Kommunen ernst. Das müssen und wollen wir ändern. Es bedarf endlich einer Lösung des spezifischen Problems der kommunalen Altschulden. Dabei wollen wir dafür Sorge tragen, dass auch die Situation der ostdeutschen Kommunen berücksichtigt wird, welche ebenfalls durch unverschuldete Altlasten herausgefordert sind, etwa durch die Situation der alten kommunalen Wohnungsgesellschaften oder das Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG). Darüber hinaus setzen wir uns für langfristige Unterstützung- und Finanzierungsvereinbarungen zwischen den staatlichen Ebenen, vor allem für die Bereiche Bildung, Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur, Städtebau, Wärmeplanung und Energieeffizienz ein. Außerdem sind größere und moderne Kapazitäten zur Infrastrukturplanung der Kommunen erforderlich, etwa für kommunenübergreifende Investitionsplanung oder gemeinsamen Personaleinsatz. Förderprogramme wollen wir im Rahmen der Möglichkeiten deutlich vereinfachen und entbürokratisieren. Wir wollen eine systematische Verbesserung der Kommunalfinanzen erreichen. Über den Deutschlandfonds wollen wir kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Energieversorger und Verkehrsunternehmen durch Eigenkapitalzuschüsse bzw. langfristige Darlehen stärken (...)

Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse und den ländlichen Raum stärken. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland schaffen, indem wir Regionen mit besonderen Herausforderungen gezielt unterstützen. Durch Investitionen in Infrastruktur und die Stärkung lokaler Stärken fördern wir wirtschaftliche Dynamik und soziale Stabilität. Die ländlichen Räume in Deutschland sind unterschiedlich dynamisch, wohlhabend und zukunftsfest. Diese strukturellen Herausforderungen müssen bewältigt werden. Speziell in den Handlungsfeldern Modernisierung, Zusammenleben, Landwirtschaft, Mobilität und Gesundheitsversorgung stehen die ländlichen Räume vor Herausforderungen. Hier müssen differenzierte politische Antworten gefunden werden (...) Um leerstehende Gebäude im ländlichen Raum wieder nutzbar zu machen und damit die Attraktivität und Wirtschaftskraft dieser Regionen zu stärken, brauchen wir eine umfassende Leerstand-Strategie für den ländlichen Raum. Durch gezielte Förderprogramme und Anreize sollen Kommunen und private Eigentümer motiviert werden, leerstehende Immobilien in Wohn- oder Gewerberaum umzuwandeln. Mehr denn je erfüllen die Kleingärten heute eine wichtige ökologische Ausgleichsfunktion in den Städten und Gemeinden, unterstützen die Biodiversität und sind überdies Orte sozialer Integration, die wir weiter unterstützen werden.

https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD_Programm_bf.pdf

Aus dem Wahlprogramm Bündnis 90 / Grüne

Für handlungsfähige Kommunen

Staatliche Leistungen müssen funktionieren – von Krankentransporten bis zu Kindergärten. In den Kommunen zeigt sich unmittelbar, ob der Staat seinen Aufgaben hinreichend nachkommt und Bürger*innen verlässliche öffentliche Infrastruktur und soziale Dienstleistungen ermöglicht. Wenn diese Aufgabe gelingt, stärkt dies das Vertrauen der Menschen in die Demokratie. Die Kraft unseres Landes liegt in erster Linie in den Kommunen, bei den Menschen vor Ort.

Aktuell ist jede zweite Kommune nicht mehr in der Lage, notwendige Vorhaben zu finanzieren. Allein zum Erhalt und zur Sanierung der kommunalen Infrastruktur, dazu zählen zum Beispiel Straßen, Schwimmbäder, Jugendclubs, Sportplätze und Kultureinrichtungen, fehlen bundesweit 186 Milliarden Euro. Durch den Deutschlandfonds geben wir Kommunen endlich die Möglichkeit, diese dringend notwendigen Investitionen zu finanzieren.

Viele finanzschwache Kommunen stecken in einem Teufelskreis. Um ihnen wieder eine Perspektive zu geben, setzen wir uns für eine faire Unterstützung bei kommunalen Altschulden ein. An die Kommunen übertragene Aufgaben wie die Bereitstellung von Rettungsdiensten, die Unterbringung von Geflüchteten oder Jugendsozialarbeit müssen vollständig von Bund und Ländern übernommen werden.

Über die Bedürfnisse vor Ort sollen die Kommunen entscheiden – nicht allein die Vorgaben aus den Hauptstädten. Wir haben die Möglichkeiten der Kommunen, von Energieprojekten zu profitieren, gestärkt und werden sie weiter ausbauen. Förderprogramme für die Kommunen werden wir daher weiter vereinfachen und nach klaren Regeln gestalten. Indem wir die Gelder den Kommunen künftig direkt zur Verfügung stellen und die ungebundenen kommunalen Mittel stärken, richten sich die Programme stärker nach den tatsächlichen Bedürfnissen vor Ort. Für mehr Transparenz im Umgang mit Fördergeldern bauen wir die Förderdatenbank aus (...) Wer dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt in Deutschland hat, muss die Möglichkeit haben, an Wahlen, Abstimmungen und allen anderen demokratischen Prozessen gleichberechtigt teilzunehmen. Deshalb wollen wir in einem ersten Schritt das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige einführen.

https://cms.gruene.de/uploads/assets/20241216_BTW25_Programmentwurf_DINA4_digital.pdf

Aus dem Wahlprogrammentwurf Die Linke

Die Gewerbesteuer in Deutschland gleicht einem Flickenteppich, von Region zu Region ist sie unterschiedlich. Manche Kommunen werben mit besonders niedrigen Gewerbesteuern, um mehr Unternehmen anzulocken und die kommunalen Steuereinnahmen aufzubessern. Das Ergebnis: viele Kommunen sind unterfinanziert und können keine Investitionen mehr tätigen – die Schere zwischen armen und reichen Kommunen geht immer weiter auseinander.

Die Linke tritt für eine Reform der Gewerbesteuer in eine Gemeindewirtschaftsteuer ein. Die Bemessungsgrundlage wird ausgeweitet (Pachten, Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren werden berücksichtigt) und gutverdienende Selbstständige und Freiberufler werden einbezogen. Dafür werden wir den Freibetrag auf 30 000 Euro anheben und die festgesetzte Steuer bei der Einkommensteuer berücksichtigen. Die Gewerbesteuerumlage wird abgeschafft, was Städte und Gemeinden finanziell entlastet.

Den allergrößten Teil der Investitionen müssen Länder und Kommunen leisten. Um die Kommunen zu unterstützen, brauchen wir eine Gemeindefinanzreform, die 100-prozentige Anrechnung der kommunalen Finanzkraft im Länderfinanzausgleich und einen Altschuldenfonds für überschuldete Kommunen. Die Einnahmen der Vermögensteuer würden ebenfalls den Ländern zufließen (...) Die kommunalen Haushalte müssen von den Sozialleistungen entlastet werden. Diese muss in vollem Umfang der Bund tragen. Kosten, die von Bund oder Ländern verursacht werden, müssen auch von dort finanziert werden (Konnexität).

Die Linke tritt für eine Reform der Gewerbesteuer in eine Gemeindewirtschaftsteuer ein. Es soll einen höheren Mindeststeuersatz für die Kommunen geben, um Steuerdumping einzelner Kommunen auf Kosten der Allgemeinheit zu vermeiden.

Förderung auch ohne Eigenmittel der Kommunen: Wenn die Kommunen nur auf Fördermittel zugreifen können, wenn sie Eigenanteile erbringen, sind die Kommunen ausgeschlossen, die die Förderung am dringendsten benötigen. Wir wollen Bundesprogramme für Kommunen verstetigen und bürokratische Hürden abbauen!

Die Kommunen müssen ihre Aufgaben stärker eigenständig wahrnehmen können, statt sie an private Anbieter zu vergeben! Der lokale Energieversorger und kommunale Wohnungsbaugesellschaften sollten keine Profite machen müssen, um den kommunalen Haushalt zu sanieren. Wir fordern einen Re-Kommunalisierungsfonds aus Bundesmitteln, auf den Kommunen und Länder zurückgreifen können, um privatisierte Betriebe zurück in die öffentliche Hand zu holen und gemeinnützig zu betreiben. (...)

Wir wollen Sorgearbeit vergesellschaften! Um die Nahversorgung im Wohnumfeld zu sichern, wollen wir leerstehendes Gewerbe (insbesondere große Gewerbeflächen wie Shoppingmalls oder Warenhäuser) in kommunale oder genossenschaftliche Hand überführen und zu Sorgezentren umnutzen. Sie sollen Menschen entlasten durch Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige und leicht zugängliche soziale Dienstleistungen wie Gesundheitsberatung, Bildungsberatung und administrativer Hilfe. Zudem braucht es konsumfreie Orte, an denen sich Menschen treffen können.

Die Städtebauförderung muss auf inklusive und umfassend barrierefreie Stadtentwicklung ausgerichtet werden, in denen ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen mit und ohne Behinderung erreicht wird: universelles Design (Design für alle bzw. Nutzen-für-alle-Konzept) gemäß Artikel 2 der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen.

Bundesregularien sollen es Stadtplaner*innen ermöglichen, verstärkt „Freiräume“, wie für Clubkultur, zu berücksichtigen, die für eine partizipative und experimentelle Nutzung offenstehen.

Außerdem fordern wir für alle Städte und Gemeinden:

– Ein Bildungssystem, das Ungerechtigkeit bekämpft, anstatt sie zu verstärken. Wir wollen den Ausbau einer familienentlastenden Infrastruktur mit guter Erreichbarkeit vorantreiben. Gute Schulen und Kitas müssen in allen Stadtteilen selbstverständlich sein.

– Pünktliche Busse und Bahnen, die auch ins Umland regelmäßig fahren und in Zukunft kostenfrei sind.

– Zugang für alle zu überwiegend lokal und gemeinwirtschaftlich produzierter, preiswerter Energie zu sozial gestaffelten Preisen.

– Die Gesundheitsversorgung und die Pflege an den Bedürfnissen der Patient*innen und Beschäftigten ausgerichtet anstatt an Wettbewerb, Kostendruck und Profit. Wir unterstützen Modellprojekte für neue Versorgungsformen wie die bestehenden und entstehenden Stadtteilgesundheitszentren und Polikliniken.

https://www.die-linke.de/bundestagswahl-2025/wahlprogramm/

(Bei der Erstellung dieses Artikels stand auf der Internetseite Die Linke eine Woche nach der Verabschiedung des Programms nur der Entwurf zur Verfügung)

Gefahr für den sozialen Zusammenhalt: Berlin. Die Beratungen zum Nachtragshaushalt 2025 im Berliner Abgeordnetenhaus haben gezeigt: Es ist nicht egal, wer regiert. Drei Milliarden Euro hat der Senat aus SPD und CDU zu wenig, um die Stadt am Laufen zu halten. Das Nachsehen haben diejenigen, die am wenigsten haben. Das Sozialticket wird von 9 auf 19 Euro angehoben. Und das in einem Jahr, in dem es keine Erhöhung des Bürgergelds geben wird. Die SPD begründet die Erhöhung damit, dass die Krise vorbei sei. Zwar steigen die Preise für die Lebenshaltung nicht mehr so krass wie 2022/23, aber das Preisniveau ist immer noch sehr hoch. Da machen zehn Euro weniger im Geldbeutel für Menschen mit wenig Geld viel aus. Stattdessen gönnt sich Berlin lieber zwölf Millionen Euro für drei American Footballspiele, lässt die Gebühren für Anwohnerparken bei lächerlichen zehn Euro pro Jahr und träumt von Olympia. Die Politik gegen arme Menschen reiht sich ein in eine Strategie vor allem der CDU, sie zu brandmarken. Was Schwarz-Rot in Berlin macht, gefährdet den sozialen Zusammenhalt in Berlin. Dagegen steht Die Linke und arbeitet gemeinsam mit Initiativen, Verbänden, Gewerkschaften gegen diese Kahlschlagpolitik.
https://www.die-linke-pankow.de/

Kürzungen im Kölner Haushalt zurücknehmen! Die Haushaltslage der Stadt Köln ist höchst kritisch. Oberbürgermeisterin und Kämmerin reagieren darauf, indem sie einen Haushalt vorlegen, der massive Kürzungen vorsieht und soziale Strukturen zerschlägt. Die Linksfraktion hat sich intensiv mit dem Haushaltsentwurf auseinandergesetzt und bereits Ende des letzten Jahres die Rats-Resolution „Kommunen brauchen eine Zukunft mit höheren Einnahmen und Steueranteilen!“ initiiert. Gefordert wird eine echte Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung durch eine Erhöhung der Zuweisungen im Gemeindefinanzausgleich und eine Anhebung des sogenannten Verbundsatzes. Für den Finanzausschuss am 17. Januar hat die Linksfraktion nun konkrete Anträge erarbeitet. Dazu erklärte Güldane Tokyürek, Fraktionssprecherin und Mitglied im Finanzausschuss: „In unserem Haushaltsantrag haben wir fast 300 Haushaltspositionen zwischen 150 Euro und 42 Millionen Euro bewegt. Die Kürzungen sind enorm und oft sehr kleinteilig und gehen an die Substanz. Uns geht es um den Erhalt und die Stärkung der sozialen und kulturellen Strukturen in unserer Stadt. Ohne Mehreinnahmen sind die Probleme nicht zu lösen.“ Fraktionssprecher Heiner Kockerbeck ergänzt: „Viele Menschen, besonders mit mittleren und kleinen Einkommen, haben hart mit Preissteigerungen auf allen Gebieten zu kämpfen. Sie brauchen verlässliche und preisgünstige städtische Leistungen: bei öffentlichem Verkehr, Sozialem, Bildung und Kultur. Unser Haushaltsantrag nimmt die geplanten Kürzungen zurück. Die Stadt darf nicht zusehen, wie sich soziale Problemlagen immer weiter verschärfen.“
https://www.linksfraktion-koeln.de

Sozialen Zusammenhalt stärken – Austerität verhindern: Mainz. Nach einer kurzen Phase der sprudelnden Steuereinnahmen und des Schuldenabbaus findet sich die Landeshauptstadt Mainz im Jahr 2024 wieder in der finanziellen Krise. Grund hierfür ist nicht, dass die Mainzer*innen in den letzten Jahren in Saus und Braus lebten, sondern zum einen eine Bundespolitik, welche die Kommunen seit Jahrzehnten mit immer mehr Aufgaben und Kosten belastet, ohne einen angemessenen Ausgleich zu schaffen und zum anderen einer katastrophal gescheiterten Finanzpolitik des Mainzer Stadtrats. Der Mainzer Stadtrat hatte im Herbst 2021 den Hebesatz der Gewerbesteuer, in einem gescheiterten Versuch ein rheinland-pfälzisches Steuerparadies für Unternehmen zu werden, auf den geringsten Steuersatz im ganzen Bundesland gesenkt – nur Die Linke stimmte gegen dieses kurzsichtige Vorhaben. Die Folge: Ein gigantisches Steuergeschenk an die in Mainz ansässigen Unternehmen von über 600 Millionen Euro – im Übrigen ist das fast genau der Fehlbetrag, den die Finanzverwaltung für den städtischen Haushalt bis 2028 prognostiziert. Die erhoffte Ansiedlung von Unternehmen durch den geringen Steuersatz blieb aus. Als Folge dieser Faktoren sieht die Mainzer Stadtgesellschaft jetzt einem Kürzungs- und Teuerungsprogramm entgegen.
https://www.dielinke-mz.de

Investitionen in Bildung und Zukunft statt Sparkurs auf dem Rücken der Stadt! Halle (Saale). Im Stadtrat wurden erneut Stimmen laut, die pauschale Einsparungen fordern. Die Fraktion Die Linke stellt sich entschieden dagegen. „Wir haben immer für den Weg der Investitionen in unsere Kinder und Jugendlichen gekämpft und halten diesen Weg auch heute für richtig. Bildung und soziale Infrastruktur sind keine Kostenfaktoren, sondern zentrale Zukunftsinvestitionen, die wir entschlossen verteidigen werden“, sagt Dr. Bodo Meerheim, finanzpolitischer Sprecher der Linksfraktion. Die Entscheidung des Stadtrats, überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für Zinsaufwendungen in Höhe von 1,2 Millionen Euro zu genehmigen, markiert eine notwendige Maßnahme. Die gestiegenen Zinsen sind eine Herausforderung, aber keine Begründung für einen Kurswechsel. Investitionen in Kitas und Schulen waren und sind der richtige Weg. Jede Kita und jede Schule, die heute saniert wird, verbessert die Lernbedingungen für kommende Generationen. Wer hier spart, spart an der Zukunft der Kinder in Halle.

Die Linksfraktion betont, dass die Kreditaufnahmen der vergangenen Jahre kein Selbstzweck waren, sondern gezielt in die Sanierung und den Ausbau von Kitas, Schulen und sozialer Infrastruktur geflossen sind. „Während andere fordern, pauschal zu sparen, haben wir für den Ausbau der Bildungsinfrastruktur gestritten – und das aus gutem Grund. Diese Investitionen sichern die Grundlage für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit in unserer Stadt“, führt Meerheim weiter aus.
https://www.dielinke-halle.de/

Unnötige Umsatzsteuerbelastung – Konsequenzen gefordert: Erfurt. „Wir fordern politische Konsequenzen seitens des Oberbürgermeisters und des Finanzdezernenten, sollte tatsächlich ohne gesetzlichen Zwang in Erfurt die Umsatzbesteuerung für städtische Leistungen am 1. Januar 2025 eingeführt werden“, erklärt die Stadträtin der Linken Carolin Held. Auf Forderung der Verwaltung hat eine Mehrheit im Finanzausschuss dieser vorgezogenen Steuererhöhung zugestimmt. Die Linke hatte die gesetzlich mögliche Verschiebung um zwei Jahre gefordert. Diese Umsatzbesteuerung macht insgesamt fast 100 städtischer Leistungen teurer. Die Stadt erzielt dadurch keine Mehreinnahmen, weil die Umsatzsteuer an das Finanzamt abzuführen ist. Die Stadt hat aber in dem Zusammenhang Verwaltungsmehraufwand.
https://www.die-linke-erfurt.de

Die Linke kritisiert fehlende Haushaltsberatungen im Stadtrat: Jena. Die Linke im Stadtrat kritisiert das Vorhaben der Stadtspitze, den Doppel-Haushalt 2025/26 schon im Dezember-Stadtrat am 18. Dezember beschließen zu lassen. „Eine ernsthafte und tiefergreifende Auseinandersetzung mit dem Haushalt und den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe ist uns so nicht möglich“, kritisiert Jens Thomas, der Fraktions-

vorsitzende. „Bis heute liegt uns keine Beschlussvorlage vor, eine Beratung im Finanzausschuss fand jenseits allgemein gehaltener Aussagen nicht statt. Obwohl unsere Fraktion das Zahlenwerk zum Doppelhaushalt 2025/2026 mehrfach angefordert hat, wurde es uns noch immer nicht zugänglich gemacht. In weniger als zwei Wochen soll nun schon die abschließende Abstimmung stattfinden. Daher ist es ein unhaltbarer Zustand, dass wir über die genauen Zahlen und Pläne der Verwaltung, zum Beispiel für den Hebesatz der Grundsteuer, weiterhin im Dunkeln gelassen werden.“ Durch dieses Vorgehen wird im Endeffekt eine ausführliche Haushaltsdebatte verhindert, sagt Thomas. Änderungsvorschläge für den Haushalt, die auch Die Linke einbringen will, können so in den Ausschüssen, den Fraktionen und im Stadtrat gar nicht mehr ausdiskutiert werden. „Mir scheint hier der Unwillen des Oberbürgermeisters, alle Fraktionen des Stadtrates in eine Haushaltsdebatte einzubinden, auf die Bereitschaft des amtierenden Finanzdezernenten zu treffen, das Zahlenwerk so lange wie möglich den Stadträten vorzuenthalten. Und ich kann nur spekulieren, dass eine Mehrheit aus CDU, Grünen, SPD und FDP dieses Vorgehen unterstützt. Das ist kein guter Stil. Bereits der Doppelhaushalt 2023/24 wurde im Hauruck-Verfahren durchgedrückt, das diesjährige Verfahren sei aber beispiellos, so Thomas.

https://www.die-linke-jena.de

Aus dem Stadtrat vom 25. September: Fraktionserklärung. Chemnitz. Die finanzielle Lage unserer Stadt ist ernst … Bund und Land lassen ihre Kommunen ausbluten; von einer bedarfsgerechten oder flexiblen Finanzierung ihrer Gemeinden sind wir weit entfernt … Hinzu kommt die heilige Schuldenbremse. Wobei Investitionsbremse das passendere Wort ist. Das Beispiel der Carolabrücke in Dresden zeigt auf dramatische Weise, was passiert, wenn Investitionen in die Infrastruktur zu lange hinausgezögert werden. Chemnitz ist nächstes Jahr Kulturhauptstadt Europas – ein Titel, der unsere Stadt weit über die Landesgrenzen hinaus sichtbar macht. In ein solches Jahr Kürzungen einfließen zu lassen, wäre fatal. Wir müssen sicherstellen, dass diese Chance nicht durch finanzielle Engpässe untergraben wird. Natürlich stehen wir als Linke weiterhin für eine Diskussion über unsere Haushaltslage bereit. Denn auch wir wollen eine handlungsfähige Kommune. Aber Sparen um jeden Preis? Die Schließung von wichtigen Einrichtungen und Streichung von Projekten, die unsere Stadt lebenswert machen? Ohne das wir als

Knappe Kasse
Susanne Schaper zur finanziellen Lage der Stadt Chemnitz » Seite 3
Kurze Schulwege
Bericht zu unserer öffentlichen Fraktionssitzung » Seite 4
Gemeinsam statt einsam
Unser Antrag zu Plauderbänken » Seite 4
Links im Stadtrat
Die Linksfraktion im Chemnitzer Stadtrat berichtet
Ausgabe 01
Dezember 2024
Chemnitz spart sich kaputt
Ob Schulen, Kindergärten, Kultur oder Sozialarbeit: Der neue Haushalt setzt den Rotstift überall an

Kommune die Hauptschuldigen sind? Wir meinen und das schon viele Jahre, da müssen auch andere erst einmal ihre Hausaufgaben machen. Hier braucht es endlich auch einmal den Aufstand aller deutschen Kommunen, dass es so nicht weitergehen kann. Wir sind zwar die kleinste politische Ebene, aber ohne die Arbeit der kommunalen Verwaltungen, der Räte und der vielen engagierten Menschen vor Ort, würde vieles schon lange nicht mehr laufen. Das müssen Bund und Land auch endlich mal honorieren und ihrer Pflicht der auskömmlichen Finanzierung nachkommen.

https://www.linksfraktion-chemnitz.de

Unser Ziel im Haushalt: 20 Stimmen für eine deutliche Korrektur: Dresden. Oberbürgermeister Hilbert (FDP) hat im November einen Rotstift-Haushalt mit „Listen der Grausamkeiten“ vorgelegt. In den Bereichen Soziales, Jugend und Kultur drohen nun massive Einschnitte. Daraufhin haben sich in den vergangenen Wochen Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen von SPD, BSW, Linke und PVP mehrfach getroffen, um eine gemeinsame Verhandlungsgrundlage für die Haushaltsberatungen zu erarbeiten. Ausgangspunkt war dabei die Überlegung, dass diese Fraktionen ihre Stimmen bündeln müssen, um in den Haushaltsverhandlungen bessere Ergebnisse hinsichtlich sozialer Fragen erzielen zu können. Die SPD verfügt über 6 Stimmen, Linke und BSW über jeweils 5 Stimmen und PVP über 4 Stimmen. Gelingt es diesen Fraktionen, sich für die Haushaltsverhandlungen auf gemeinsame Ziele zu verständigen, können sie 20 Stimmen in die Waagschale

Unser Ziel im Haushalt: 20 Stimmen für eine deutliche Korrektur

werfen – mehr als die größte Fraktion im Stadtrat. Die Vertreter der Fraktionen von SPD, BSW, Linke und PVP haben in den vergangenen Wochen gemeinsame haushaltspolitische Ziele bestimmt. Nunmehr steht an, die erreichten Ergebnisse in jenen Fraktionen zu beraten sowie über die nächsten Schritte zu entscheiden. Stimmen die Fraktionen zu und verständigen sich auf ein weiteres gemeinsames Vorgehen, wäre das ein wesentlicher Schritt hin zur Sicherung der geförderten Bereiche bei Sozialem, Jugendhilfe und Kultur …

https://www.linke-fraktion-dresden.de

Kommunales Defizit dramatisch gestiegen: Berlin. Die kommunalen Spitzenverbände hatten für 2024 zunächst mit einem Defizit von gut 13 Milliarden Euro gerechnet. Laut dem Statistischen Bundesamt beträgt dieses zum Ende des dritten Quartals nun fast 25 Milliarden Euro und damit erheblich mehr als prognostiziert. DLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke hat dies gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (Freitagsausgabe) und in einem Gastbeitrag für diese Zeitung (Samstagsausgabe) wie folgt kommentiert: „Bricht man diese schier unvorstellbare Summe auf die Kommunen herunter, bedeutet dies: Auf jeden Einwohner entfallen durchschnittlich 318,30 Euro ungedeckter kommunaler Ausgaben. Ohne eine massive Kursänderung ist auch in den kommenden Jahren keine Veränderung absehbar.“ In der Statistik des Statistischen Bundesamts fallen vor allem die gestiegenen Personal- und Sozialkosten auf. In Nordrhein-Westfalen etwa sind sie innerhalb eines Jahres um mehr als 10 % gestiegen, in Baden-Württemberg und Hessen um mehr als 13 %, in Rheinland-Pfalz um mehr als 14 %. Weit weniger hoch ist die Steigerung der Investitionen. In den Städten weniger Länder sind sie gar gesunken. Mehrere Landkreise haben gegen die mangelhafte Ausstattung ihrer Haushalte schon vor längerer Zeit eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht.

Einfache Lösungen gebe es nicht, so Henneke. „Gefordert sind sowohl die Städte, Landkreise und Gemeinden selbst, das bereits Ende 2019 und erneut Ende 2024 angerufene Bundesverfassungsgericht, die Länder, der Bund, aber auch die in Kürze wieder verhandelnden Tarifpartner.“

https://www.landkreistag.de/presseforum/nachrichten/3436-kommunales-defizit-dramatisch-gestiegen

https://www.landkreistag.de/images/stories/publikationen/250126_Kernforderungen.pdf

Weckruf auch mit leisen Tönen

Rolf Gehring, Brüssel. Schnell haben die Verwerfungen in der Automobilindustrie die Europäische Kommission auf den Plan gerufen. Frau von der Leyen postuliert die Krise zu einem ihrer (vielen) Schwerpunkte, ein strategischer Dialog wird eingerichtet.

IndustriAll als gewerkschaftliche Vertretung der Automobilbeschäftigten und einer der Akteure des Dialoges, hat nach Debatten mit den Belegschaftsvertretungen ein Positionspapier vorgelegt. Als Krisenursachen werden wesentlich strategische Fehler bei den Unternehmen und mangelnde Visionen der europäischen und nationalen Politik ausgemacht. Gefordert wird ein Moratorium und eine Garantie für alle Arbeitsplätze und Standorte.

Die Forderungen des Papiers:

1. ein Moratorium für die Verschrottung von Industrieanlagen und betriebsbedingte Kündigungen,

2. eine europäische Industriestrategie für einen emissionsfreien Automobilsektor und seine Lieferkette,

3. eine Handelspolitik, die auf die Wiederherstellung fairen internationalen Wettbewerbs ausgerichtet ist,

4. einen Rahmen für einen gerechten Übergang.

Punkt eins fordert, keine Standortschließungen, Erhalt aller Arbeitsplätze, Umstrukturierungen nur mit Qualifikation und Sozialplänen, keine Absenkung der Arbeitsstandards. Die neu eingerichtete Beobachtungsstelle für einen gerechten Übergang soll hier überwachen und dokumentieren. Behandelt wird unter Punkt vier auch das Recht auf Mobilität, vor allem in den ländlichen Räumen.

Die im Punkt 2 verarbeiteten Aspekte, (europäische Industriestrategie, Aufbau von Lieferketten, CO_2-Ziele, ökologischer Umbau, Emissionen, Verbrenneraus plus Technologieoffenheit, strategische Autonomie) wirkt ein wenig wie die Aneinanderreihung des Wünschenswerten. Auch klar, dass Entwicklungen in die gewünschte Richtung nicht ohne enorme Investitionen auskommen. Im Blickpunkt also die EU und die nationalen Haushalte als öffentliche Investoren. Anderswo als Subvention kritisiert, hier Heilmittel.

Anders ist der Tonfall im Kapitel zum Thema Handelspolitik. Die Strafzölle auf chinesische Autoimporte werden verteidigt.

Die Perspektive sieht IndustriAll allerdings in einem „fairen Wettbewerb auf Grundlage universeller Regeln“. Als Grundlagen werden WTO-konforme Regeln sowie Umwelt- und Sozialstandards entlang der Lieferketten genannt.

Die Situation bei Ford

DOK: **Gastkommentar von** Hans Lawitzke, **Sekretär des Europäischen Betriebsrates bei Ford, aus platzjabbeck Nr. 7 vom 31.12.2024*, hier gekürzt**

Die Ford-Werke haben zwei verschiedene Probleme: eines besteht in der Produkt- und Technologiestrategie, und das zweite ist eher ein taktisches und existiert wegen der aktuellen Marktbedingungen. Das große, grundlegende Problem teilt Ford mit allen anderen klassischen Autoherstellern den deutschen, den französischen, denen aus Japan und Nord-Amerika.

Nachdem Tesla 2019 ihr Werk in Shanghai aufbaute und entschied, ihre Technologie offen in die chinesische Wirtschaft einzubringen, haben die chinesischen Autobauer einen großen Sprung gemacht. Zusammen mit chinesischem Know-how im Bereich Batterien, Elektronik (Chips und Platinen) und Software erarbeiteten sie sich große Technologie-Innovationsgeschwindigkeit. Seither können diese Hersteller Elektroautos etwa 20–30 % billiger herstellen als die klassischen Firmen ihre Verbrenner.

Die klassischen Autohersteller können ihre E-Autos selbst unter Verlusten nur deutlich teurer anbieten als ihre bisherigen Fahrzeuge … Die E-Autos von Ford sind nicht profitabel und werden – auch aufgrund der im Verhältnis zum Verbrenner hohen Preise – nicht im nötigen Umfang gekauft. Zusätzlich droht auch in allen anderen Märkten außerhalb Chinas und Marktsegmenten die Verdrängung durch die neuen Wettbewerber.

Neben den Vorsprüngen in Software, Elektronik und Batterien ist die höhere Eigenfertigung „der Neuen“ ein wesentlicher Teil der Befähigung zur kostengünstigen Fertigung. BYD baut 75 % des Autos selbst; die meisten klassischen Hersteller 25 bis 30 %.

Fords Antwort auf diese Herausforderung ist: Kosten sparen, Personalabbau und Outsourcing von allem, was nicht „Kerngeschäft“ ist. Damit bewegt sich Ford aber genau in die falsche Richtung. Das kann keine Wettbewerbsfähigkeit und damit ökonomische Perspektive erzeugen … Das eher taktische Problem: Der konkrete E-Auto-Absatz in Deutschland und der EU. Der Kern des Problems ist hausgemacht. Trotzdem spielt die deutsche Gesellschaft eine Rolle. Auch wenn große Teile der gesellschaftlichen Linken das falsch fanden, so haben doch unsere Regierungen der letzten Jahrzehnte das Problem mit verursacht. Es gab keinerlei steuernden Eingriffe in Infrastruktur, Hochschul- und Forschungsausrichtung, Regulierungen der Autoindustrie zu schnellerem Umbau. All dies ist in China passiert. Die dortige Industrie ist nun in einer deutlich besseren Ausgangssituation.

Eine aktive Industrie- oder Mobilitätspolitik wird aber gar nicht diskutiert. Die verlorenen 20 Jahre (die KP China hat bereits in den 2000er Jahren die Autoindustriestrategie so festgelegt, wie sie jetzt erfolgreich ist!) lassen sich aber nicht über Nacht nachholen.

Um von diesem Totalversagen abzulenken, wird stattdessen gerade von den Neoliberalen in AfD, CDU, FDP das E-Auto kaputtgeredet. Dabei ist sowohl fürs Klima als auch für den Erhalt der industriellen Kerne eine E-Auto-Industrie nötig …

Der Ford-Gesamtbetriebsrat fordert daher von allen verantwortlichen Politikern:

- Klares Bekenntnis zur Elektromobilität
- Förderung des Kaufs von Elektrofahrzeugen
- Ausbau der Ladeinfrastruktur und bezahlbarer Ladestrom

Dies ist kurzfristig nötig – wir können nicht auf die nächste Bundesregierung warten. Wenn nämlich die Verkaufszahlen der E-Autos sich nicht erholen, wird aus der aktuell vereinbarten Kurzarbeit sehr bald eine Diskussion um die Abschaffung der zweiten Schicht im Werk Köln. Davon wären noch einmal zusätzliche 1300 Stellen betroffen.

Die aktuellen Abbaupläne des Konzerns mit 2900 neuen Stellenstreichungen in Köln haben nämlich entgegen der Ford-Propaganda gar nichts unmittelbar mit den schlecht verkäuflichen Autos aus Köln zu tun. Der Plan wurde im Grundsatz schon Anfang Juni angekündigt (ungefähr zeitgleich zum Produktionsstart des neuen Autos). Auch ist die Kölner Fertigung gar nicht betroffen von den jetzt vorgestellten Plänen. Aber: Bei der Vorstellung der Pläne ist klar kommuniziert worden, dass „weitere Maßnahmen“ ergriffen werden müssten, falls die Verkaufszahlen sich nicht erholen.

* https://www.linksfraktion-koeln.de/fileadmin/lcmslfkoeln/alles_thematisch/Platzjabbeck/Platzjabbeck_7_2024_12Seiten.pdf

VW: Kahlschlag verhindert – Zukunft jedoch ungewiss

Bruno Rocker, Berlin

Mit der Notwendigkeit der Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit des in die Krise geratenen Konzerns begründete der VW-Vorstand seine drastischen Sanierungspläne gegenüber der Belegschaft. Mehr als 35 000 Stellen, so der im Dezember 2024 vereinbarte Plan, werden abgebaut, allerdings gestreckt bis Ende des Jahres 2030. Der Abbau geschieht sozialverträglich über Abfindungen und Altersteilzeit. Kapazität wird drastisch reduziert, jedoch kein Werk unmittelbar geschlossen. Ferner werden die zuletzt im Flächentarif der IG Metall vereinbarten 5 Prozent mehr Geld bei 25 Monaten Laufzeit nun zwar auch für VW übernommen, allerdings gelangt dieser Zuwachs sechs Jahre lang nicht auf die Konten der Beschäftigten, sondern fließt in einem Fonds zur Beschäftigungssicherung und dient beispielsweise der Finanzierung von erweiterten Altersregelungen und dem (Teil-) Entgeltausgleich bei Arbeitszeitreduzierungen.

Trotz der Zugeständnisse konnten Betriebsrat und IG Metall ein vom VW-Vorstand gegenüber der Belegschaft vorgestelltes Horrorszenario letztlich abwenden:

Keine Massenentlassungen – Keine Werkschließungen – Monatsentgelte bleiben! So lautete nach der Einigung am 20. Dezember 2024 die Botschaft an die Beschäftigten. Die Mobilisierung der Belegschaft über Warnstreiks sorgte in der Tat am Ende für ein zunächst nicht erwartbares gutes Verhandlungsergebnis.

Der VW-Vorstand konnte seine Forderungen u. a. nach

- Schließung von bis zu drei Standorten,
- betriebsbedingten Kündigungen bis hin zu Massenentlassungen,
- 10 Prozent Minus beim Monatsentgelt,
- Entfall der tariflichen Zulage,
- ersatzlosen Abschaffung der Ergebnisbeteiligung,
- ersatzlosen Streichung des Jubiläumsgeldes,
- drastischen Reduzierung der Ausbildungsplätze

nicht durchsetzen!

Im Ergebnis konnten Betriebsrat und IG Metall durchsetzen:

- den Erhalt aller Standorte, verbunden mit Perspektiven,
- den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen,
- die Verhinderung von Einbußen beim Monatsentgelt,
- den Erhalt der tariflichen Zulage,
- Kompromisse bei Angleichungen und Teilreduzierungen beim Jubiläumsgeld, tariflichem Urlaubsgeld sowie der Ergebnisbeteiligung,
- geringere Reduzierung der Ausbildungsplätze und Erhöhung der Ausbildungsvergütung.

Ob VW wieder auf die Beine kommt, bleibt dennoch ungewiss. Der VW-Konzern will mit vielen neuen Fahrzeugen die Verkäufe ankurbeln. Quer über seine Marken werde der Konzern in 2025 etwa 30 neue Modelle auf den Markt bringen, kündigte Vorstandschef Oliver Blume an. Dass Impulse nötig sind, zeigen die letzten Zahlen. Insgesamt ging der Absatz an E-Autos um 3,4 Prozent zurück, allein in China brachen die Verkäufe um fast zehn Prozent ein, in den Vereinigten Staaten sogar um mehr als 30 Prozent.

Es handelt sich nicht einfach um eine konjunkturelle Delle bei VW, in der Automobilindustrie oder der Industrie insgesamt. Es geht um drastische strukturelle Verschiebungen auf den globalen Märkten, insbesondere auf den Exportmärkten in China und den USA. Die IG-Metall-Vorsitzende Christiane Benner unterstreicht in einem Interview mit dem „Berliner Tagesspiegel“ vom 21. Januar dieses Jahres die Positionen der IG Metall zur aktuellen Situation:

„Ohne massive öffentliche Investitionen ist die Deindustrialisierung nicht zu stoppen – und ein Kurswechsel beim Klimaschutz wäre gefährlich. (...)

Wenn wir versuchen, den Wandel zu verlangsamen oder sogar anzuhalten, gefährdet das den Industriestandort und Arbeitsplätze. Ohne Investitionen in die Infrastruktur und ohne einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis geht es richtig bergab. (...) Wir müssen Künstliche Intelligenz stärker in die Industriekerne bekommen und dadurch die Produktivität steigern, um nur ein Beispiel zu nennen.

Sehr gute Handlungsempfehlungen zeigt der Draghi-Report auf: Bereiche identifizieren, in denen Europa stark ist oder stark werden kann, und diese Bereiche dann pushen. Das erwarten wir auch von der neuen Bundesregierung. (...)

Wir lassen die Politik nicht vom Haken und rufen zu unserem bundesweiten Aktionstag (15. März) auf unter dem Motto Dein Arbeitsplatz, unsere Industrie, unsere Zukunft.“

Quellen: Mitbestimmen Dezember 2024, Zeitung des Volkswagen Betriebsrates, Interview mit Christiane Benner, Tagesspiegel vom 21.1.2025

IG Metall geht gegen Rechtsverstöße im Tesla-Betriebsrat vor

Bruno Rocker, Berlin. **Am 12. Dez. 2024 informierte die Bezirksleitung der IG Metall / Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen über folgenden Sachverhalt:**

„In enger Abstimmung mit den IG Metallerinnen und Metallern im Betriebsrat hat die IG Metall beim Arbeitsgericht Frankfurt/Oder beantragt, die Betriebsratsvorsitzende aus dem Betriebsrat auszuschließen oder mindestens die Rechtsverstöße festzustellen, um eine permanente Fortsetzung zu verhindern.“

Auf der Website der IG Metall begründet die Gruppe „IG Metall – Tesla Workers GFBB“ im Tesla-Betriebsrat den Antrag wie folgt:

„Genug ist genug! Wir stellen diesen Antrag auf Amtsenthebung der Betriebsratsvorsitzenden, weil sie sich immer wieder über das Gesetz hinweggesetzt hat, um uns in unserem Einsatz für die Interessen der Belegschaft zu behindern: Betriebsrats-Newsletter werden ohne vorherige Abstimmung an die Belegschaft verschickt – zum Teil mit Angriffen und falschen Behauptungen über uns IG Metallerinnen und Metaller. Unsere Themen werden nicht oder zu spät auf die Tagesordnung gesetzt. Und ein von uns geladener Kollege von der IG Metall wurde mit fadenscheiniger Begründung aus der Betriebsratssitzung verwiesen und von der Werkssicherheit abgeführt. Unsere Umfrage im Herbst hat deutlich gemacht: für viele ist die Arbeit in der Gigafactory ein Knochenjob. Nur jeder Zehnte glaubt, bis zur Rente durchhalten zu können. 83 Prozent fühlen sich oft oder sehr oft überlastet. Damit wir Zeit zum Durchatmen, Trinken und auf die Toilette gehen haben und nicht krank werden, brauchen wir dringend zusätzliche bezahlte Kurzpausen, wie es sie in anderen Automobilwerken gibt. Wir wollen Übernahmeregelungen für Leiharbeiter und Azubis durchsetzen und dass endlich Schluss ist mit dem Druck auf die Kranken ... Wir müssen akzeptieren, wenn die Mehrheit im Betriebsrat gegen unsere Vorschläge stimmt. Das ist Demokratie. Aber wir können und wollen uns nicht länger damit abfinden, dass wiederholt und wissentlich demokratische Regeln verletzt werden ... “

Quelle: www.igmetall-bbs.de (letzter Zugriff 25.1.2025)

13. Dezember
2006
UN-Generalversammlung

Gleiche Rechte – ob mit oder ohne Behinderung

Ulrike Detjen, Köln

Am 13.12.2006 beschloss die UN-Generalversammlung das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK). Die UN-BRK ist am 3.5.2008 in Kraft getreten, nachdem gemäß der Konvention 20 Staaten das Übereinkommen ratifiziert hatten. Inzwischen ist die Konvention von 182 Staaten ratifiziert worden. Zum ersten Mal in der Geschichte der UN-Konventionen waren bei der Erarbeitung der Behindertenrechtskonvention auch die Betroffenen durch Vertretungen beteiligt. Schon zu diesem Zeitpunkt hat die Teilhabe bereits begonnen.

Zu den Staaten, die als erste unterzeichnet haben, zählt auch Deutschland. Mit der Verkündung des Gesetzes zur Ratifikation der UN-BRK konnte sie am 26. März 2009 in Deutschland in Kraft treten.

Diesen völkerrechtlich bindenden Vertrag unterzeichnete auch die Europäische Union. Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen ist der allererste Menschenrechtsvertrag, der von der Europäischen Union als Staatenbund und Institution angenommen worden ist. Mit dem Beitritt ist die EU auch im Umfang ihrer Zuständigkeit daran gebunden.

In den ersten zehn Jahren nach Inkrafttreten der Konvention beschlossen Bund, Länder und Kommunen eine Reihe von Maßnahmen, um dem Gebot der UN-BRK – Gleiche Rechte für Alle, ob mit oder ohne Behinderung – Wirkung zu verschaffen, die wichtigste ist das Bundesteilhabegesetz. Mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) gibt es eine wichtige Neuregelung, um zu ermitteln, wie die umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderungen gesichert werden soll. Die Ermittlung des jeweiligen Bedarfes sich soll nun an der „Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit“ orientieren. Die englische Abkürzung für die Klassifikation lautet ICF (für International Classification of Functioning, Disability and Health). Diese Definition sagt, alle Einschränkungen, die länger als ein halbes Jahr andauern, sind als Behinderungen und nicht als Krankheit zu betrachten.

Zur UN-BRK gehört eine regelmäßige Überprüfung und Überwachung, die hier vom Deutschen Institut für Menschenrechte wahrgenommen wird. Außerdem finden regelmäßig Staatenprüfungen durch den zuständigen UN-Ausschuss

Bei Protesten (vor der Dortmunder Westfalenhalle) werden Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe gefordert, Protest für inklusive Bildung aus allen Bundesländern vor der zweiten Staatenprüfung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK). – EU-Bericht zum Stand der Umsetzung

Eva Detscher, Karlsruhe. Die irrige Auffassung, dass Behinderte immer die anderen sind, übersieht die Tatsache, dass die überwiegende Zahl nicht von Geburt an, sondern die allermeisten durch Unfälle, Krankheiten, Kriege oder andere Lebensrisiken zu Behinderten werden. Behinderungen stellen große, zum Teil auch fast nicht bewältigbare Aufgaben an die Betroffenen und Beteiligten im persönlichen und privaten Umfeld. Die politische Herausforderung wurde von der UN angegangen (siehe Beitrag von U. Detjen), weil das Beseitigen von Barrieren in der Lebenswirklichkeit von Behinderten Voraussetzung für einen Wandel in der Wahrnehmung und im selbstverständlichen gegenseitigen Umgang ist – und weil die Achtung der Menschenwürde verlangt, alle Menschen mit Rechten auszustatten. Auf Hilfe und Unterstützung angewiesen zu sein, darf nicht ein Ausschlussgrund von Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sein. Alle Mitgliedstaaten und die EU haben das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (CRPD) ratifiziert, auch wenn einige Mitgliedstaaten Erklärungen und Vorbehalte, auch zu Artikel 12, abgegeben haben. (Anm.: Art. 12 Gleiche Anerkennung vor dem Recht).

Am 29. Mai 2024 hat die Agentur der EU für Grundrechte (FRA) den aktuellen Stand der Umsetzung der BRK in den Mitgliedsstaaten in ihrem Bericht „Indikatoren für das Recht auf politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen – neue Entwicklungen“ vorgelegt.

Es geht dabei u.a. um das Wahlrecht an sich: „In den Gesetzen mehrerer Mitgliedstaaten wurden die Einschränkungen des aktiven und passiven Wahlrechts aufgrund der Geschäftsfähigkeit aufgehoben. Selbst dort, wo es noch rechtliche Beschränkungen gibt, geht die gerichtliche Praxis dazu über, pauschale rechtliche Beschränkungen außer Kraft zu setzen und in jedem Einzelfall zu prüfen, ob Personen, die unter Vormundschaft stehen, das aktive und/oder passive Wahlrecht verweigert werden sollte.“

Es geht aber auch um die Ermöglichung des Zugangs zum Wahlprozess: Barrierefreiheit (Wahllokale) und auch Barrierefreiheit im Internet. „Die Mitgliedstaaten haben inzwischen zunehmend Strategien für Menschen mit Behinderungen verabschiedet. Sie sehen spezifische Maßnahmen vor, um die Zugänglichkeit von Wahlen und die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten. Allerdings fehlt es noch immer an einer systematischen und sinnvollen Konsultation der Behindertenorganisationen. Das Gleiche gilt für die regelmäßige Schulung von Wahlbehörden und Beamten zu den Themen Diskriminierung von Behinderten, Zugänglichkeit und angemessene Vorkehrungen.“

Political participation of people with disabilities – new developments | European Union Agency for Fundamental Rights

statt. Schon in der ersten Staatenprüfung im Jahr 2015 kritisierte der Ausschuss die Segregation im Schulsystem und auf dem Arbeitsmarkt. In der zweiten Staatenprüfung im Jahr 2022 fordert der Ausschuss: „In Deutschland herrscht in der Politik und auch in weiten Teilen der Gesellschaft ein verfehltes Inklusionsverständnis. So wird die Mehrheit der Kinder mit Behinderungen weiterhin nicht inklusiv beschult und wächst ohne schulischen Kontakt zu nichtbehinderten Kindern auf. Das Ziel einer inklusiven Gesellschaft ist so nicht zu erfüllen. Die Landesregierungen müssen ihre menschenrechtliche Umsetzungspflicht gezielter und engagierter wahrnehmen. Der Bund kann sich seiner Gesamtverantwortung nicht durch den Verweis auf die Länderzuständigkeit im Bildungsbereich entziehen. Bund und Länder sind gemeinsam in der Pflicht, das Bildungssystem inklusiv umzugestalten.“ Nachdem es in Jahren nach 2010 verschiedene Anstrengungen gab, das Schulsystem inklusiver zu gestalten, verbleibt inzwischen der Anteil der Förderschüler:innen auf hohem Niveau.

Ähnlich die Kritik am Werkstattsystem der BRD: „Alle Bemühungen, den Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt für Werkstattbeschäftigte zu verbessern, fruchten bisher kaum. Bedenklich ist die unveränderte, auch in den letzten Jahren wiederholt geäußerte grundsätzliche Positionierung der Bundesregierung, wonach WfbM Teil eines inklusiven Arbeitsmarktes im Sinne von Artikel 27 UN-BRK seien.“ Das sieht der Ausschuss vollständig anders, zumal die Beschäftigung in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen kein normales, sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis ist.

Neben den gesetzlichen Änderungen hat sich die gesellschaftliche Diskussion verschoben. In der Schulpolitik waren es in einem beträchtlichen Teil Lehrerinnen und Lehrer, die eine inklusive Beschulung für unmöglich erklärten. Aber auch die für die Lehrerausbildung zuständigen Landesregierungen reagierten nicht. Anstatt eine inklusionsorientierte, für jede Lehrerin und jeden Lehrer verpflichtende Ausbildung zu entwickeln, ist die Förderung der Sonderausbildung für Förderschulen verstärkt worden. Auf dem Arbeitsmarkt entwickelt sich langsam eine Veränderung in der beruflichen Bildung – die demografischen Verschiebungen zeigen Wirkung und die Bemühungen insbesondere im Handwerksbereich, Ausbildungsgänge zu schaffen, die auch Förderschülerinnen und -schüler in etwas längerer Zeit bewältigen können, nehmen zu. Ebenso werden in einigen Bereichen theoriereduzierte Ausbildungsgänge entwickelt. Bis das jedoch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat, wird es mehrere Jahre dauern.

Mit dem Messerattentat in Aschaffenburg und dem Anschlag in Magdeburg kommt ein neuer Diskussionsstrang auf. Die seit langem herrschende Diskriminierung psychisch Kranker nimmt zu – bis hin zu erbärmlichen Forderungen. Der Generalsekretär der CDU, Carsten Linnemann, äußerte am 30.12.2024 im Deutschlandfunk: „Wir haben große Raster angelegt für Rechtsextremisten, für Islamisten, aber offenkundig nicht für psychisch kranke Gewalttäter“ und etwas später im selben Interview: Es reiche nicht aus, „Register anzulegen für Rechtsextremisten und Islamisten, sondern in Zukunft sollte das auch für psychisch Kranke gelten“. Der Protest der Selbstorganisationen und vieler Psychiaterinnen und Psychiater folgte auf dem Fuß. Etwa 30 % der Bevölkerung hat psychische Erkrankungen erlitten, bei etwa 4,8 Millionen Menschen ist eine psychische oder geistige Behinderung festgestellt. Wer davon zu unkontrollierten Gewalttaten neigt, ist nicht bekannt und nicht prognostizierbar. Diese Art Forderungen gehört in den Bereich Hetze gegen Minderheiten und muss zurückgewiesen werden.

Seit 1993 wird am 3. Dezember der internationale Aktionstag für die Rechte von Menschen mit Behinderungen begangen. Nach dem Ersten Weltkrieg gründeten in Österreich unter der Parole „Arbeit statt Mitleid“ eine ganze Reihe Betroffene, Selbsthilfegruppen, -organisationen und -einrichtungen sowie ReHa-Personal (wie Ärzte) und Sonderschüler die „Krüppelarbeitsgemeinschaft / Vereinigung der Körperbehindeten“ einen Dachverband. Das Faksimilie zeigt deren Mitteilungsblatt von 1933.

Die Krüppelbewegung: Sichtbar werden – hörbar werden – Normalität herstellen

Rolf Gehring, Brüssel. Mit den politischen und sozialen Bewegungen entstanden Ende der 60er und in den 70er Jahren die sich selbst so nennenden Krüppelbewegungen, auch im deutschsprachigen Raum. Vorläufer hatten sie in den meisten Ländern, jetzt ging es aber um Teilhabe am gesellschaftlichen und um ein eigenständiges Leben. Mit dem provokanten Wort „Krüppel“ wurde auf die Stigmatisierung behinderter Menschen als Mitleidsobjekte hingewiesen.

Die österreichische Zeitschrift „LOS“ (1983–1992) formulierte in der ersten Nummer exemplarisch Ziele: „Wir verstehen unsere Zeitschrift als einen Teil einer Bewegung gegen Aussonderung [...]. Wir hoffen, dass es uns gelingen wird, Missstände deutlich beim Namen zu nennen. Es ist das System selber, das radikal geändert gehört.“

Themen der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung: Hilflose Medizin, Krüppelbewegung, Absonderung im Schulwesen, Literatur, Arbeitswelt, Euthanasie und Faschismus in Österreich, Eltern am Wort, behinderte Sexualität, selbstbestimmt leben, Medien und Öffentlichkeit, Leben ohne Privatheit, Hungerstreik für Pflegegeld.

1973 konfrontieren Teilnehmer eines VHS-Kurses bei einem Go-In den Amtsleiter einer Postfiliale mit der mangelnden Barrierefreiheit. Selbstverständigung und Aktion machen aus der Behinderung immer weniger einen Gegenstand der Fürsorge als vielmehr einen politischen.

1980 sorgte ein Urteil des Frankfurter Landgerichts für Empörung. Einer Urlauberin wurde die Minderung des Reisepreises zuerkannt, da sie sich von Behinderten am Urlaubsort gestört fühlte. Etwa 5 000 Menschen kamen zu Protesten gegen das Urteil nach Frankfurt.

1981 ruft die UNO zum Jahr der Behinderten aus, verbleibt aber in den Augen der Betroffenen im Modus der Aussonderung und Fürsorge.

Ebenfalls zum Jahr der Behinderten und ebenfalls in Dortmund muss der damalige Bundespräsident Karl Carstens nach der Bühnenstürmung durch Behinderte seinen Auftritt in einem Nebensaal beenden.

Quelle: Meilensteine der Behindertenrechtsbewegung | Aktion Mensch

PB Redaktion (M.F.). Für die Entwicklung international wirksamer linker Politik ist die Reorganisation der institutionellen und zivilgesellschaftlichen Opposition in den USA von enormer Bedeutung. Unvergessen ist das Beispiel der Bewegung gegen den Vietnamkrieg. Das rls-Büro in New York bietet eine Möglichkeit, die Herausbildung strategischer Ansätze zu verfolgen in der Hoffnung, transatlantische Anhaltspunkte für die globale linke Strategiediskussion zu finden.

Leider sprengt der Umfang dieser außerordentlich instruktive Reportage das Format unserer Zeitschrift (mit Bildern ca. 12 Seiten). Wir müssen uns auf diese Form einer Anzeige beschränken.

https://rosalux.nyc/de/the-evolving-strategy-for-defending-immigrant-workers/

Alte und neue Strategien zur Verteidigung der Rechte migrantischer Arbeiter*innen

David Bacon*

Der aktuelle Streit in der Republikanischen Partei zeigt wieder einmal: Trump wird trotz aller migrationsfeindlichen Rhetorik alles tun, um US-amerikanischen Unternehmen eine stetige Zufuhr von billigen Arbeitskräften zu sichern. Ich schreibe „wieder einmal“, weil wir das, was heute passiert, bereits aus dem Jahr 2017 kennen. Damals traf Trump sich mit Landwirtschaftsvertretern und Großfarmern und versprach ihnen, die Durchsetzung strengerer Einwanderungsbestimmungen werde für sie keine personellen Engpässe hervorrufen. Und er hat geliefert ...

Bestimmte Gruppen wie die über eine Million Erntehelfer*innen ohne Papiere werden sicherlich die Hauptlast der von Trump angekündigten Verschärfungen des Einwanderungs- und Aufenthaltsrechts zu tragen haben. Der anhaltende Bedarf der Unternehmen an billigen migrantischen Arbeitskräften allein wird sie am Ende nicht wirksam schützen. Denn die wenigsten Arbeitgeber verhalten sich loyal gegenüber ihrer Belegschaft. Wenn sie die Möglichkeit haben, Arbeiter*innen durch andere, noch schlechter bezahlte zu ersetzen, werden sie diese ergreifen ...

Der Nutzen von organisiertem Widerstand gegen Razzien und Entlassungen ist vielfältig und kommt nicht nur den unmittelbar Betroffenen zugute. Wie wir aus der Geschichte wissen, sind Organisationen und Bündnisse, die eingewanderte Arbeiter*innen sowie deren Familien und Communities unterstützen, seit jeher die Säulen von Bewegungen für einen tiefgreifenderen gesellschaftlichen Wandel.

*David Bacon ist ein US-amerikanischer Fotojournalist, Autor, politischer Aktivist und Gewerkschaftsorganisator, der sich auf Arbeitsfragen konzentriert, insbesondere auf Fragen im Zusammenhang mit der Arbeit von Einwanderern.

Trump und die Klimakrise

Wieviel kann der neue US-Präsident in vier Jahren auf der Erde zerstören?

David Williams, Januar 17, 2025*

Die Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5°C im Einklang mit dem Pariser Abkommen setzt voraus, dass die Treibhausgasemissionen bis 2025 ihren Höhepunkt erreichen.(1) Die Abkehr von fossilen Brennstoffen hängt von einer starken politischen Führung ab, die die Voraussetzungen für eine umfassende Energiewende in allen Sektoren schafft und durchsetzt. Die Dringlichkeit des Klimawandels muss in den USA nicht betont werden, wo allein im Jahr 2024 27 bestätigte Wetter- und Klimaereignisse(2) Schäden von jeweils mehr als einer Milliarde US-Dollar verursacht haben. Und doch erinnerten die im Fernsehen übertragenen Debatten zwischen den Präsidentschaftskandidat*innen im Vorfeld der US-Wahl eher an einen energiepolitischen Wettlauf nach unten – ein deutliches Zeichen für den kulturellen Wandel, (3) der sich in den letzten Jahren in Bezug auf die Klimakrise vollzogen hat.

Es war ein deutlicher Kontrast zur Biden-Harris-Kampagne im Jahr 2020, die mit der Unterstützung zahlreicher Klima- und Umweltgruppen zum Sieg geführt wurde. Biden unterzeichnete eine Anweisung für die Regierung, bis 2050 Netto-Null-Emissionen (4) zu erreichen, und schlug den *Build Back Better Act* vor, der mit rund einer halben Billion US-Dollar an emissionsreduzierenden Anreizen ausgestattet ist, wie z. B. Elektroautos, Steuererleichterungen für die Erzeugung erneuerbarer Energie und Finanzierung für Gemeinden, die von den Auswirkungen des Klimawandels besonders betroffen sind. Nach einigen Abschwächungen wurde das in *Inflation Reduction Act* (IRA) umbenannte Gesetz schließlich im August 2022 verabschiedet, nachdem die damalige Vizepräsidentin Kamala Harris im Senat die entscheidende Stimme abgegeben hatte. Der IRA ist die umfassendste Klimagesetzgebung, die jemals in den USA verabschiedet wurde, und führte zu einem sprunghaften Anstieg von Projekten (5) zur Herstellung sauberer Energie, zu einem enormen Anstieg von Investitionen in grüne Technologien und zur Schaffung von mehr als 312 000 Arbeitsplätzen (6) im Bereich der nachhaltigen Energie.

Unter der Biden-Harris-Regierung wurden die USA jedoch auch zum größten Ölproduzenten der Welt, (7) noch vor Russland und Saudi-Arabien. Von 2021 bis 2023 beliefen sich die Gewinne der Ölgiganten BP, Shell, Exxon, Chevron und TotalEnergies auf mehr als 410 Milliarden US-Dollar, (8) doppelt so viel wie in einem ähnlichen Zeitraum unter Trumps erster Amtszeit. Auch die Erdgasproduktion wurde gesteigert. Während die ge-

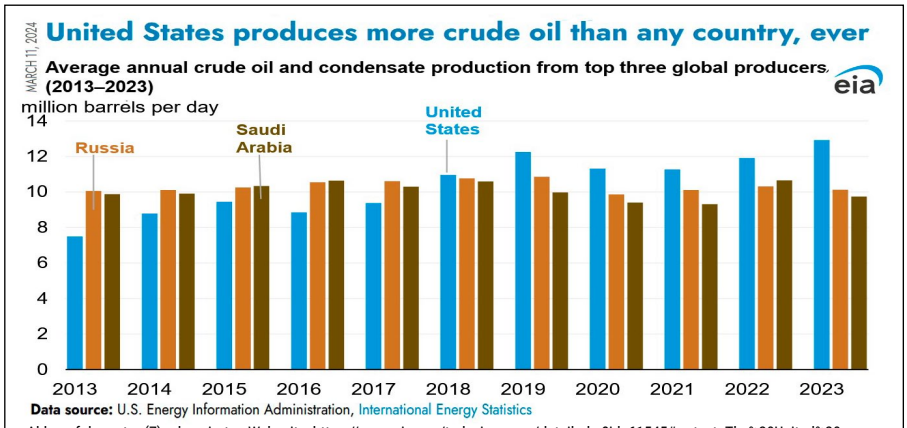


Abb. auf der unter (7) adressierten Webseite, https://www.eia.gov/todayinenergy/detail.php?id=61545#:~:text=The%20United%20States%20produced%20more,six%20years%20in%20a%20row.

David Williams leitet das Programm Internationale Klimagerechtigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Regionalbüro Vereinte Nationen und Nordamerika, New York

Die Anmerkungen (1) bis (21) werden in dieser Druckfassung weggelassen, es handelt sich durchwegs um lange Adressen von Internetseiten, die für das Textverständnis nicht unmittelbar erforderlich sind und bei Interesse besser über die Originalquelle aufgerufen werden:

https://rosalux.nyc/de/trump-und-die-klimakrise/

stiegene Energienachfrage durch externe Faktoren wie die wirtschaftliche Erholung nach der Covid-19-Pandemie und das europäische Energieembargo nach der russischen Invasion in der Ukraine verursacht wurde, war die Regierung Biden-Harris mitschuldig an der Zementierung der USA als wichtiger Anbieter fossiler Brennstoffe. Und während Biden schließlich versuchte, den Export von Erdgas zu verbieten, (9) bis eine Prüfung der Umweltauswirkungen erfolgt war, blieben die exorbitanten Gewinne der Ölmanager unangetastet.

Und doch wird es unter Donald Trump noch schlimmer werden. Zu Beginn sind Trump deutlich weniger Leitplanken aufgestellt. Es gibt eine klare republikanische Mehrheit im Senat, eine knappe Mehrheit im Repräsentantenhaus des Kongresses und einen stark konservativ geprägten Obersten Gerichtshof. Das bedeutet nicht nur, dass die Trump-Vance-Administration in der Lage sein wird, ihre haarsträubenden Wahlversprechen effektiver umzusetzen, sondern auch, dass Änderungen, die umgesetzt werden, dauerhafter und schwerer rückgängig zu machen sein könnten. (10)

In der Klimapolitik könnte es jedoch Widerstand geben

Trump versprach, den IRA abzuschaffen, und sagte: „Um die Inflation weiter zu bekämpfen, wird mein Plan den Green New Deal beenden, den ich als ‚Green New Scam' bezeichne" (11). Allerdings erhalten republikanische Wahlkreise deutlich mehr Mittel über den IRA als ihre demokratischen Pendants. Dies ist kein Zufall, sondern wurde absichtlich so gestaltet, um den IRA widerstandsfähiger gegen spätere politische Anfechtungen zu machen. Ein im August 2024 von republikanischen Abgeordneten des Repräsentantenhauses unterzeichnetes Schreiben (12) an den Sprecher Mike Johnson, in dem sie darum bitten, Elemente des IRA von jeglichen Versuchen der Aufhebung auszunehmen, ist ein erstes Anzeichen für einen möglichen Widerstand. Darüber hinaus hat die Regierung Biden seit der Wahl daran gearbeitet, den IRA rechtlich abzusichern und den Großteil der Mittel auszuzahlen. Die Infrastruktur für saubere Energie wird gebaut, und es wurden grüne Arbeitsplätze geschaffen, so dass es ungewiss ist, ob Trump in der Lage sein wird, die erforderliche Mehrheit im Repräsentantenhaus des Kongresses für eine vollständige Aufhebung des IRA zu erreichen. Wahrscheinlicher (13) ist eine teilweise Aufhebung oder die Ergreifung von Maßnahmen, die die vollständige Umsetzung des IRA verhindern, indem Steuervergünstigungen abgebaut oder einige der Darlehen und Zuschüsse zurückgehalten werden. Unklar ist auch, wie Trump wiederum Biden als Freund der fossilen Brennstoffindustrie übertrumpfen und das Wahlversprechen „Drill, Baby, Drill" (14) einlösen wird. In Trumps erster Amtszeit wurden nicht nur die Vorschriften für saubere Luft, Wasser, natürliche Lebensräume und giftige Schadstoffe (15) abgebaut, sondern auch riesige geschützte Gebiete für die Exploration und den Ausbau fossiler Brennstoffe (16) freigegeben. Wenn die vorgeschlagenen Kürzungen bei den Regierungsbehörden auf die Umweltschutzbehörde (EPA) ausgedehnt werden, könnte sich dies nachteilig auf die Umwelt- und Klimaregulierung in den USA auswirken und einen noch umfassenderen Abbau von Vorschriften ermöglichen.

Ein Schritt vor, zwei Schritte zurück

Auch wenn Trump das anders sehen mag, werden die wirtschaftlichen Aspekte der globalen Energiewende nicht im Weißen Haus entschieden. Die Durchschnittskosten für erneuerbare Energien sind bereits jetzt billiger, (17) und die Kosten werden mit zunehmenden Investitionen anderer Regierungen, insbesondere Chinas, weiter sinken. Der IRA wurde zum Teil als Versuch konzipiert, China im Wettlauf um die Umstellung auf saubere Energie zu überholen. Jetzt werden die USA zurückfallen und international an Einfluss und Kontrolle verlieren. Die von Trump vorgeschlagenen Zölle würden die USA sogar noch weiter zurückwerfen. (18)

Nicht nur die nationale Klimapolitik könnte von der zerstörerischen Kraft der Trump-Vance-Regierung betroffen sein. In Trumps erster Amtszeit hat er die USA aus dem Pariser Abkommen zurückgezogen. Dieses Mal hat Trump angedeutet, dass er die USA ganz aus dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) herausziehen würde. Das UNFCCC ist die dem Pariser Abkommen zugrundeliegende Rechtsstruktur, und ein Wiedereintritt würde eine Zweidrittelmehrheit im Senat erfordern (was bei der derzeitigen politischen Verteilung sehr unwahrscheinlich ist). Es besteht jedoch eine gewisse Rechtsunsicherheit (19) darüber, ob und wie die USA das Übereinkommen selbst verlassen könnten.

Die Wahl Trumps weniger als eine Woche vor Beginn der Klimaverhandlungen in Baku im November 2024 hat erhebliche Bedenken aufkommen lassen, wie ein sinnvolles Ergebnis erreicht werden könnte. Wie die erfahreneren Teilnehmer*innen der Klimaverhandlungen jedoch anmerkten, waren die USA noch nie eine innovative Kraft im UNFCCC-Prozess, sondern fungierten vielmehr als Blockierer und Hindernis für jegliche fortschrittliche Ergebnisse. Nichtsdestotrotz wäre es für einen multilateralen Prozess, der seine Stärke zu einem großen Teil aus seiner ganzheitlichen internationalen Beteiligung bezieht, äußerst schädlich für seine Glaubwürdigkeit, wenn der weltweit größte Ölproduzent und zweitgrößte Treibhausgasemittent genau das Übereinkommen verlassen würde, das den Klimawandel eindämmen soll.

Ist der Klimaschutz pleite?

Im Vorfeld der Klimaverhandlungen in Belém Ende des Jahres muss jedes Land der UNFCCC einen Klimaaktionsplan vorlegen, die so genannten *Nationally Determined Contributions* (NDCs). (20) In den NDCs wird dargelegt, wie jedes Land Maßnahmen zur Emissionsreduzierung ergreift, um das im Pariser Abkommen festgelegte Temperaturziel von 1,5 °C einzuhalten, und Maßnahmen zum Schutz gefährdeter Gemeinschaften vor den Auswirkungen des Klimawandels ergreift. Der Erfolg der NDCs hängt von der Klimafinanzierung ab, die von den Industriestaaten bereitgestellt werden sollte. Wenn die USA nicht zu den wichtigsten Geldgebern für die internationale Klimafinanzierung gehören, könnte dies die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen in vielen Regionen der Welt verlängern und das 1,5°C-Ziel endgültig außer Reichweite rücken.

Bei einem starken Anstieg rechtsautoritärer Regierungen besteht außerdem die Gefahr, dass der Ausstieg der USA einen Dominoeffekt auslöst, der dazu führt, dass andere Regierungen die Klimaverhandlungen verlassen. Dies war bereits letztes Jahr in Baku zu beobachten, wo die argentinische Delegation von Trumps „Lieblingspräsidenten" (21) Javier Milei zurückgerufen wurde. Es war jedoch unklar, ob der Rückzug von Dauer sein würde, da rechtspopulistische Agitatoren noch darüber nachdachten, ob sie innerhalb oder außerhalb der Klimaverhandlungen für mehr Chaos sorgen könnten.

Wie wir gelernt haben, ist es manchmal schwierig, zwischen dem, was Trump sagt, und dem, was tatsächlich passieren wird, zu unterscheiden. Nach der Amtseinführung sollten wir ein klareres Bild bekommen. Inmitten dieser beunruhigenden politischen Entwicklungen wird es an den Organisationen der Zivilgesellschaft und den Basisbewegungen liegen, Widerstand zu leisten. Ihr Erfolg hängt nicht nur von Einigkeit und Solidarität ab, sondern auch davon, wie wirksam die Lügen, die Hetze, die Absurditäten und das Widerwärtige zurückgewiesen werden können.

Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

am 5. und 6. April 2025 in Mannheim

Die Jahrestagung des Vereins wird hybrid durchgeführt. Online-Teilnehmende können an Diskussionen und Abstimmungen teilnehmen. Tagungsort ist Mannheim, Trafohaus, Keplerstr. 22, 68167 Mannheim. Information zur Unterkunft sowie der Link zur Online-Teilnahme werden nach Anmeldung zugeschickt. Anmeldungen (mit Angabe in Präsenz – mit oder ohne Übernachtung – oder online) bitte an: alfred.kuestler@politische-berichte.de.

Samstag, 5. April

13 Uhr Eröffnung, Organisatorisches

13.30 bis 15.30 Uhr:

• Nach den Wahlen zum Bundestag und in Hamburg: Verschiebungen im Gefüge der öffentlichen Meinung(en) und Wirkungen im Parteiensystem, insbesondere mit Blick auf Aufgaben und Aussichten der Partei Die Linke und Konsequenzen für die Arbeit des Vereins.

bis 16 Uhr Kaffeepause

16 bis 18 Uhr

• Nationalismus als Ideologie, Protektionismus als Strategie zur Problemlösung zu Lasten anderer. Zerstörung global wirkender Regeln und Institutionen. Rechtfertigende Theorien.

• Die Verteidigung der Institutionen und die Arbeit an Regeln globaler Zusammenarbeit als Aufgabe linker Politik sowie Vermittlung wirtschaftlicher Wirkungszusammenhänge (Theorien der regelbasierten Zusammenarbeit)

Sonntag, 6. April

9 bis 10 Uhr Vereinsangelegenheiten:

Berichte des Vorstands, Haushaltsbericht 2024 und Haushaltsbeschluss 2025, Bericht aus der Redaktion Politische Berichte (Konzept und Arbeitsorganisation).

Wahlen: Präsidium, Vorstand (Sprecherin, Sprecher, Schatzmeister, weitere Mitglieder); Kassenprüfung. *Beauftragungen* von Herausgeberschaft und Redaktion Politische Berichte.

10 bis 12 Uhr

In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie, soziale Befreiung" der Linken insbesondere hinsichtlich Projekt Solidarisches Europa:

• Sachstand Linke Politik in Institutionen der EU und in Zusammenarbeit mit Parteien und zivilgesellschaftlichen Bewegungen. Insbesondere mit Blick auf friedenspolitische Ansätze und Konzepte. (EU, USA, Uno, andere).

Brigitte Wolf, Christoph Cornides, Präsidium

Treffen: Emanzipatorische Arbeitspolitik

Das „Sprockhöveler Treffen" Emanzipatorische Arbeitspolitik wird in diesem Jahr am 22. März als Online-Treffen stattfinden. Es ist geplant, am Vormittag von 9 bis 12 Uhr und am Nachmittag von 13 bis 16 Uhr zu tagen.

• Themenschwerpunkt des Treffens sollen die Perspektiven der internationalen Handelspolitik und die Auseinandersetzung mit zu erwartenden Verwerfungen sein.

• Einen speziellen Blick wollen wir auf die Entwicklung der EU-Politik, speziell die Industriepolitik und Kohäsionspolitik werfen.

Die Tagesordng kann noch erweitert werden.
Einen Link für die Onlineteilnahme und die endgültige Tagesordnung werden frühzeitig vor der Sitzung an alle Teilnehmenden versandt.

Anmeldungen bitte an: Rolf Gehring (rolf_gehring@outlook.de) senden.

Linken Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung (ArGe)

Programmfindung zur ArGe Sommerschule 2025:
ZOOM-Beratung Donnerstag, den 6. März von 18 Uhr bis 20 Uhr.

ZOOM-Link bitte bestellen bei: Michael Juretzek, Email: michael.juretzek@nord-com.net

Berichte von der Winterschule siehe Beilage (ArGe RS 32) zu dieser Ausgabe der Politischen Berichte

Demokratie verteidigen – Redaktionsnotizen,
Red. Rosemarie Steffens, Langen, Hessen

Zentraler Wohlfahrtsverband der Roma und Sinti Deutschland (ZWRSD) gegründet

Im September 2024 wurde der Zentrale Wohlfahrtsverband der Roma und Sinti in Deutschland in Berlin von sechs Selbstorganisationen und einem Dachverband gegründet: Carmen e.V. aus NRW, Pro Sinti und Roma e.V. aus Baden-Württemberg, Roma Center e.V. aus Niedersachsen, Romani Kafava e.V. aus Hamburg, Romani-Phen e.V. aus Berlin, Romanity e.V. aus Bayern sowie der Bundes Roma Verband e.V., der Dachverband der migrantischen und neuen deutschen Roma in Deutschland. „Mit der Gründung des Wohlfahrtsverbandes schließen wir eine große Lücke in den bestehenden Strukturen der Sozialverbände. Der Zentrale Wohlfahrtsverband wird künftig die Interessen der Roma und Sinti in sozialpolitischen Belangen bundesweit vertreten," sagt Kjemal Ahmed, der zum 1. Vorsitzenden des Verbandes gewählt wurde. Der ZWRSD und der Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus weisen darauf hin, dass Roma und Sinti häufig Diskriminierung und Ausschlüsse in den bestehenden Strukturen der sozialen Arbeit und Wohlfahrtspflege erleben. Um diesen Diskriminierungsmechanismen entgegenwirken, verfolgt der Verband den Grundsatz „Nothing about us without us". Der Wohlfahrtsverband will die Expertisen in den Beratungsbereichen Wohnen, Bildung, Arbeit und Gesundheit zusammenführen, sowie gemeinsame Standards professionalisieren.

Ein weiterer Fokus liegt auf dem Aufbau weiterer Kooperationen und Netzwerke und der Stärkung der Zusammenarbeit mit den Spitzenverbänden und anderen wichtigen Akteuren im Wohlfahrtssystem um langfristig eine Mitwirkung in zentralen Bereichen wie der sozialen Arbeit, der Kindertagespflege, in Schulen und im sozialen Wohnungsbau zu erzielen. (Pressemitteilung ZWRSD vom 18.12.24)

Rechtsextremismus und Antisemitismus

Von 2019 bis 2023 seien insgesamt 13 654 Fälle von Antisemitismus laut der gerade erschienenen Studie des Bundesverbandes der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) bekannt geworden. 2 284 Fälle (17 Prozent) davon seien dem Rechtsextremismus als häufigstem politischem Hintergrund antisemitischer Vorfälle zuzuordnen. Dagegen spiele „der Antisemitismus aus dem Milieu der extremen Rechten in medial-öffentlichen Debatten eine verminderte Rolle seit dem 7. Oktober. Auch die Frage, wie sich Ak-

teur_innen der extremen Rechten zum Terrorangriff verhalten und inwiefern sie seitdem antisemitisch in Erscheinung treten, wurde bislang wenig adressiert.“ Von der extremen Rechten gehe eine besondere Gefahr für Leib und Leben für die von Antisemitismus Betroffenen aus.

In diesem Bereich seien sechs Fälle extremer Gewalt erfasst worden, darunter der Anschlag von Halle und ein schwerer Angriff auf einen jüdischen Israeli in Frankfurt am Main 2022. Unter den weiteren Vorfällen seien 34 Angriffe, 109 gezielte Sachbeschädigungen unter anderem an Gedenkstätten, 140 Bedrohungen und 1782 Fälle verletzenden Verhaltens, unter anderem durch direkte Beleidigungen, Zuschriften und Online-Kommentare.

213 Fälle waren der Studie zufolge sogenannte Massenzuschriften. Diese insbesondere online versandten antisemitischen Zuschriften erhielten vor allem Politiker, Journalisten, Vertreter jüdischer Gemeinden und Institutionen sowie andere in der Öffentlichkeit stehende Personen. Für Jüdinnen und Juden seien derartige Zuschriften häufig bedrohlich, besonders, wenn sie per Post zugestellt werden. 86 der Massenzuschriften seien direkt gegen jüdische Institutionen gerichtet gewesen. Die Studie widmet der AfD ein eigenes Kapitel. Der Autor, Julius Gruber, zeigt, dass Rechtsextremismus und Antisemitismus die Partei bereits seit der frühen Phase ihres Bestehens begleiten. 2024 wird festgestellt, dass die Partei für demokratische Akteur_innen ebenso wie für jüdisches Leben in Deutschland mittlerweile eine echte Gefahr darstellt. AfD-Funktionäre versuchten zugleich, sich durch eine selbsterklärte Israelsolidarität und mit der Thematisierung von Antisemitismus unter Migranten vom Vorwurf des Antisemitismus freizusprechen. Die Erinnerung an die Schoah als „Schuldkult“ zu diffamieren und in der Kritik stehende AfD-Mitglieder mit Juden während des Nationalsozialismus gleichzusetzen, seien dort typische Formen des Umgangs mit der NS-Vergangenheit. (RIAS-Studie zu Rechtsextremismus und Antisemitismus, 11.12.2024)

AfD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt: Auflösung der Landeszentrale für politische Bildung wegen „politischer Bevormundung“

Eine neue Einrichtung unter der Bezeichnung „Landesinstitut für Staatspolitik und politische Bildung und kulturelle Identität“ mit der Förderung der nationalen Identifikation mit Heimat, Tradition, deutscher Leitkultur und Austausch derselben mit anderen Nationen unter der Flagge „Völkerverständigung“ ist stattdessen angestrebt.

Jens-Christian Wagner auf X, Landtag von Sachsen-Anhalt, Antrag der AfD-Fraktion, Drucksache 8/5020 vom 15.1.25)

27. Januar 2025 – 80. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz

Erklärung der Internationalen Lagergemeinschaft Auschwitz:

„Bis zur Befreiung von etwa 7 000 Gefangenen, die noch am Ort des Lagers von Soldaten der Roten Armee festgehalten wurden, ermordeten die deutschen Nazis in Auschwitz etwa 1,1 Millionen Menschen, hauptsächlich Juden, aber auch Polen, Roma, sowjetische Kriegsgefangene und Menschen anderer Nationalitäten.

Für die heutige Welt ist Auschwitz ein Symbol für den Holocaust und die Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs. Im Jahr 2005 erklärten die Vereinten Nationen den 27. Januar zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust.“

Die Internetseite der Internationalen Lagergemeinschaft Auschwitz (auschwitz.org) bietet in verschiedenen Sprachen die Möglichkeit, sich über die Geschichte des ehemaligen Konzentrationslagers in Online-Lektionen (https://www.auschwitz.org/en/education/e-learning/) oder einem Podcast „Über Auschwitz“ zu informieren.

Dank der Plattform „Auschwitz. Vor Ihren Augen“ kann man von jedem Ort der Welt aus an der Online-Führung durch die Gedenkstätten teilnehmen teilnehmen. (auschwitz.org)

Protestaktion gegen „Abschiebetickets“ der AfD in Karlsruhe.

Bundesweit verteilte die AfD als Wahlkampfaktion, gegen „illegale Einwanderer“ gerichtete als Flugtickets aufgemachte Flyer. Das Abflugdatum ist auf den Tag der Bundestagswahl am 23. Februar datiert: „Von: Deutschland – Nach: Sicheres Herkunftsland“. Versehen ist der Flyer mit folgendem Hinweis: „Nur Remigration kann Deutschland noch retten“. Bereits in der Zeit des Nationalsozialismus gab es „Freifahrtkarten nach Jerusalem“. Im Kleingedruckten stand: „Hin und nicht wieder zurück“.In Karlsruhe organisierte u.a. Ahmad Hawarnah vom Integrationsausschuss der Stadt dagegen eine Kundgebung, zu der laut Veranstalter 5000 Menschen kamen. Laut Angaben der Linken tauchten die Flyer in Briefkästen von Menschen mit Migrationshintergrund auf. Die Polizei ermittelt anlässlich der Flyer wegen Verdachts der Volksverhetzung. (Migazin, 19.1.25)

Der Anschlag von Magdeburg und seine rassistische Instrumentalisierung

Henriette Quade, Magdeburg*

Am 20. Dezember raste ein Attentäter mit seinem Fahrzeug auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt. Sechs Menschen wurden getötet, fast 300 verletzt, unzählige Menschen wurden traumatisiert und sind Betroffene dieses Anschlages.
Mittlerweile ist klar: Es gab massive Defizite und Versäumnisse in der Konzeption und Umsetzung des Sicherheitskonzeptes des Magdeburger Weihnachtsmarktes. Ein Untersuchungsausschuss wird der Frage nachgehen, ob der Anschlag hätte verhindert werden können. Neben dem Sicherheitskonzept wird eine zentrale Frage sein, welche Informationen zum Tatverdächtigen an welchen staatlichen Stellen vorlagen.

Viele Hinweise, wenig Analyse.

Entgegen der reflexhaften Forderungen nach mehr Kompetenzen und Befugnissen für die Sicherheitsbehörden, mehr Datenspeicherung und leichterer Datenweitergabe zwischen Behörden hat hier nicht Datenschutz verhindert, dass die Gefährlichkeit des Attentäters verkannt wurde, sondern ein veritables Analysedefizit der Sicherheitsbehörden. Denn dem LKA als Stelle, die für das Erkennen von Gefährdungen zuständig ist, lagen zahlreiche Informationen zur Person des späteren Attentäters vor.

Wie kann es sein, dass jemand in seinen Social-media-posts in Form und Inhalt klare Hinweise auf seine Radikalisierung gibt, dass sich Hinweise auf einen Hass auf staatliche Strukturen und Akteure in den letzten zwei Jahren verdichten, dass jemand immer wieder auf Anschläge anspielt und das wahllose Töten von Menschen in den Raum stellt, dass es schließlich mehrfach für nötig gehalten wird, Gefährderansprachen durchzuführen und zugleich die Analyse des LKA permanent gleich bleibt: keine Hinweise auf Extremismus, ergo keine Hinweise auf Gefährdungen durch den späteren Attentäter?

Mein Eindruck ist, dass die Herkunft des Attentäters dabei eine entscheidende Rolle spielt. Denn offensichtlich wurde immer wieder dieselbe Schablone aufgelegt: Da es sich um einen in Saudi-Arabien geborenen Ausländer handelt, wurde die Frage nach Extremismus auf Islamismus reduziert, mangels stichhaltiger Hinwei-

* Die Autorin ist fraktionsloses Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt

se darauf verneint und damit automatisch eine Radikalisierung, eine Gefährdung und Terrorismus ausgeschlossen. Hier dürfte das analytische Kernproblem liegen, was im Untersuchungsausschuss wohl kaum adäquat bearbeitet werden wird. Denn das Problem hier scheint gerade nicht der Verstoß gegen Regeln, sondern die Anwendung der Standardkategorien der Sicherheitsbehörden.

Dieses Problem ist mit der Festnahme des Attentäters keineswegs behoben. Es dürfte weit größer und schwerwiegender sein, als in den öffentlichen und politischen Diskussionen nach dem Anschlag bisher präsent.

Herkunft sticht Fakten.

Die Postings des Attentäters geben verblüffend klar Auskunft über seine ideologischen Anknüpfungspunkte: Er war Fan der AfD, wähnte sich in einer Kampfgemeinschaft mit ihr gegen den Islam, warf Angela Merkel eine „unkontrollierte Massenmigration“ vor. Er zeigte sich als Anhänger der extrem rechten Verschwörungsideologie des „Großen Austauschs“. Sein Profil zeigt einen Radikalisierungsprozess in Worten, in Symbolen und in Tatankündigungen. Es zeigt eine ideologische Anbindung an die extreme Rechte, die weder LKA noch Verfassungsschutz erfassten.

Statt dies zu problematisieren, erklärte der Ministerpräsident Sachsen-Anhalts, Reiner Haseloff (CDU) in seiner Regierungserklärung im Januar, der Täter habe hier einen Konflikt mit seinem Herkunftsland Saudi-Arabien ausgetragen. Wie zuvor schon die CDU auf Bundesebene plädierte er weiter, der schreckliche Anschlag müsse auch dazu führen, Asyl- und Bleiberecht auf den Prüfstand zu stellen und Abschiebungen konsequenter durchzuführen.

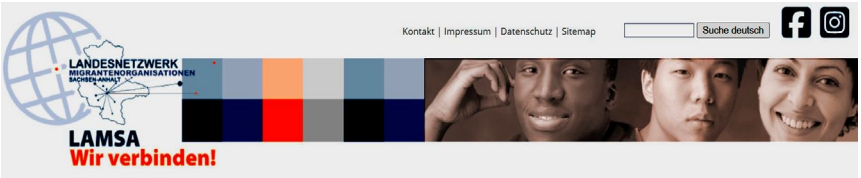
Die Annahmen darüber, was einen im Ausland geborenen Menschen zum Attentäter werden lassen könnte, sind offenkundig wirkmächtiger als die bekannten Fakten.

Rechte Instrumentalisierung und Rassismus

Das ist gleichermaßen Ergebnis und Symptom rechter und rassistischer Instrumentalisierungen und Kampagnen.

Noch während Ersthelfer*innen Verletzte versorgten, drehten Abgeordnete der AfD auf dem Weihnachtsmarkt Videos und begannen mit der Inszenierung.

Bis heute behaupten Akteure der AfD faktenwidrig, die Tat sei ein „ethnisches Problem“. Immer wieder wurde von einem islamistischen Anschlag gesprochen und der Anschlag als Begründung für rassistische Forderungen und Stigmatisierungen missbraucht.



Die Migrantenorganisationen in Sachsen-Anhalt haben sich am 15. November 2008 in Dessau-Rosslau in einem „Landesnetzwerk Migrantenorganisationen in Sachsen-Anhalt“ (LAMSA) zusammengeschlossen und am 22. März 2014 in Magdeburg einen Verein gegründet.

LAMSA e.V. vertritt die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte auf Landesebene. Es versteht sich als deren Fürsprecher und steht gegenüber der Landesregierung, allen migrationspolitisch relevanten Verbänden, Institutionen und weiteren Migrant*innenorganisationen in anderen Bundesländern als Ansprechpartner zur Verfügung. Das LAMSA möchte einen Beitrag zur nachhaltigen Förderung der Integration von Migrant*innen in Sachsen-Anhalt leisten. Derzeit sind 110 Organisationen und Einzelpersonen unterschiedlicher Herkunft, kultureller Prägung sowie religiöser Zugehörigkeit als Mitglieder im LAMSA vertreten.

Wie arbeitet LAMSA? Das Landesnetzwerk arbeitet öffentlichkeitswirksam durch Fachveranstaltungen und durch die Teilnahme an landesweit oder regional bedeutsamen Maßnahmen. Überdies trägt es seine Aktivitäten in die mediale Öffentlichkeit, um das Thema Zuwanderung und Integration der Mehrheitsgesellschaft nahezubringen. – Da der LAMSA Transparenz wichtig ist, sind wir der Initiative Transparente Zivilgesellschaft beigetreten. **https://www.lamsa.de/ueber-lamsa/was-ist-lamsa/** (Auszug)

Die Folgen sind verheerend:

Vermeintliche oder tatsächliche Migrant*innen, people of color, Asylsuchende und Geflüchtete hatten in Magdeburg nach dem Anschlag kaum Gelegenheit zu trauern und zur Ruhe zu kommen.

Die extreme Rechte mobilisierte zu Demonstrationen. Wie immer ging es dabei nicht um Trauer und Anteilnahme, sondern um Desinformation, Rassismus und Hetze. Das blieb nicht ohne Wirkung:

Menschen, die selbst zu den Ersthelfern gehörten, wurden in rassistischer Konstruktion einer Zugehörigkeit zum Täter, angegriffen und beleidigt. Menschen, die als Migrant*innen wahrgenommen werden, wurden seit dem Anschlag immer wieder zum Ziel rassistischer Angriffe. So gab es mehrere Angriffe und Beleidigungen im öffentlichen Raum, Familien mit Migrationshintergrund berichten von Drohbriefen, einer Familie wurde ein Hakenkreuz an die Wohnungstür geschmiert. In einem weiteren Fall attackierte eine Gruppe einen Mann mit Bierflaschen und Stöcken, so dass dieser schwer verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert werden musste.

Die Beratungsstellen berichten von einer Explosion der Fallzahlen und enormen Beratungsbedarf. Nicht wenige Betroffene, insbesondere aus arabischsprachigen Ländern, trauen sich gar nicht mehr aus dem Haus. Das Landesnetzwerk der Migrantenselbstorganisationen Sachsen-Anhalt, LAMSA, warnte bereits am 23.12. Menschen davor, sich in den Abendstunden alleine in Magdeburg zu bewegen. Haytham Alkadi, im letzten Jahr mit dem Integrationspreis des Landes ausgezeichnet, berichtet von einem permanenten Gefühl der Unsicherheit und von konkreten Angriffen, die ihn zum Wegziehen aus Magdeburg bewegen. LAMSA hat mittlerweile eine Spendenkampagne gestartet, um potentielle Betroffene von rassistischen Attacken mit persönlichen Taschenalarmen auszustatten.

Wussten Polizei und Innenministerium am 23.12.24 nichts zu einem Anstieg der Zahl rassistischer Übergriffe zu berichten, wurden im Januar landesweit 26 Resonanzstraftaten genannt – Beleidigung und Bedrohung aber auch Volksverhetzung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. LAMSA, u.a. Träger einer Beratungsstelle für Betroffene rassistischer Diskriminierung, berichtet von über 30 Fällen. Die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen, denn viele Betroffene zeigen Straftaten gegen sie nicht an, weil sie glauben, dass es nichts nützt oder problematische Erfahrungen mit der Polizei, wie z.B. racial Profiling, gemacht haben.

Mittlerweile gibt es Erklärungen Magdeburger Politiker*innen, die vor der Instrumentalisierung des Attentats warnen und sich besorgt über die rassistischen Angriffe zeigen. Auch der Ministerpräsident und Landespolitiker*innen warnten vor Ausländerfeindlichkeit und betonten die Angewiesenheit des Landes auf Zuwanderung.

So lange aber das Narrativ, die Motivlage des Attentäters sei in seiner Herkunft zu finden, bedient wird, die Antwort Regierender auf das Erstarken der Umsturzpartei AfD die Übernahme ihrer Themensetzung ist und Abschiebungen, Ausbürgerungen und Abschottung als Antworten auf einen Terrorakt, der eine ideologische Verortung in der extremen Rechten zeigt, verkauft werden, wird rassistische Mobilisierungen nicht der Boden entzogen. Sie werden bestätigt.

AfD: Wirtschaftspolitik im „Spannungsfeld von Freund und Feind“

Olaf Argens, Schmitten, Rosemarie Steffens, Langen

Nachdem vor allem CDU und FDP „die Wirtschaft“ ins Zentrum ihres Wahlkampfes stellen, haben wir uns genauer angeschaut, wie die AfD ihre Wirtschaftspolitik an ihren rechtsextremen Zielen ausrichtet. Als Quellen wurden das Bundestagswahlprogramm und das 2023 erschienene Buch „Politik von rechts – ein Manifest“ des EU-Abgeordneten Maximilian Krah herangezogen, der seine Darlegungen als Gegenentwurf zu „linker Dominanz“ und „Linksliberalismus“ versteht. Auch wenn die AfD im Wahlkampf in erster Linie vorhandene Ressentiments anheizt, eskaliert und mit Falschmeldungen arbeitet, bestehen keine Zweifel, dass sie auch das wirtschaftspolitische „Gegenmodell“ umsetzen will, wenn man sie lässt.

Krah beginnt seine wirtschaftspolitischen Ausführungen in der Kontinuität faschistischer Propaganda, indem er ein äußeres Bedrohungs- und Untergangsszenario ausmalt („Die fetten Jahren sind vorbei“), die politische Rechte als Retter stilisiert und ein erneutes Primat der Politik einfordert: „So führte der Wohlstand zu einer Entpolitisierung der Republik, es ging nicht mehr um Streit um die existenziellen Fragen der kollektiven politischen Existenz im Spannungsfeld von Freund und Feind, sondern um den Erhalt und Ausbau des Status quo.“[1]

Gewerkschaftliche Solidarität und Kampf um kollektive Schutzrechte werden bekämpft und ersetzt durch ein Versprechen auf Eigentum für die „vom Abstieg bedrohte Mittelschicht“. Noch vorhandener sozialstaatlicher Schutz soll massiv zurückgefahren werden. Existierende wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Ausgleichsmechanismen in der EU sollen ersetzt werden durch die Konkurrenz nationalstaatlich ausgerichteter Wirtschaftsräume. Die skizzierte Bedrohung durch eine internationale Finanzoligarchie und Plutokratie bedient antisemitische Klischees.

Repressiver Sozialhilfestaat – Ausweitung des Niedriglohnsektors

Die AfD gibt im Kapitel „Zeit für Wohlstand“ vor, den Wohlstand für alle fördern zu wollen, beginnt aber gleich mit der Drohung: „Ein selbstgewähltes Leben auf Kosten der Allgemeinheit wird nicht gefördert.“ Nur „wirklich Bedürftige“ sollen eine Leistung erhalten. Der Vorwurf der Schädigungsabsicht ist deutlich. Hunderttausende arbeitsfähige Bürgergeldempfänger will die AfD in den Arbeitsmarkt eingliedern. Zu welchen Bedingungen? Arbeitnehmerrechte, Mindestabsicherungen und Gewerkschaften kommen in diesem Programm nicht vor.

Krah sagt: „Wir machen nicht Politik für die Superreichen, aber auch nicht für Sozialhilfeempfänger, ohnehin zumeist Migranten“[2]

Staatlicher Schutz der heimattreuen Mittelschicht vor der globalen Krake

Unter der Überschrift: „Den Wirtschaftsstandort Deutschland wiederherstellen“ steht:

„Wir streben eine funktionierende Wirtschaft an, die aus eigener Kraft … investiert. Allerdings sollen „besonders dem Mittelstand neue Entfaltungsräume gesichert werden.“ Krah rechtfertigt Eingriffe in das Marktgeschehen so: „Weniger als 20 % der Bevölkerung (besitzen) mehr als 80 % des Wohlstands … weshalb der Staat auf einen Ausgleich hinwirken und etwa die Vermögensbildung der Mittelschicht fördern darf“ und: „Es gibt die Marktwirtschaft … der Unternehmer und Familien, die lokal verwurzelt sind und deren Erfolg daher auch der lokalen Gemeinschaft dient.“[3] Der völkisch-nationale Hintergrund wird deutlich, wenn Krah vor der Macht der globalen Superreichen wie Soros oder Gates warnt, deren Ziele undurchsichtig und finster blieben.[4] „Da nur der Staat Eigentum und … Würde der vielen kleinen Leute, also der Mittelschicht, vor der globalen Krake schützen kann, betont die Rechte die Rolle und den Primat des Staates auch in der Wirtschaft – gegen die häufigen Verbündeten, die Libertären, die … Partei für die privatrechtlich agierenden Usurpatoren von Staat, Selbstverwaltung und Heimat nehmen.[4]

Verträge stören bei der Befreiung der „strangulierten deutschen Wirtschaft“

„Deutschland ist als Wirtschaftsstandort unattraktiv geworden.“ Die AfD beklagt den Niedergang der deutschen Wirtschaft. Wenn sie davon spricht, die Wirtschaft deshalb von strangulierenden Vorgaben befreien zu müssen, sind internationale und EU-Verträge mit Vorschriften zur Sicherung von Menschenrechten und Umweltschutz im Herstellungs- und Lieferprozess wie Lieferkettensorgfaltsgesetz, Nachhaltigkeitsberichterstattung oder Flottengrenzwerte gemeint. Das bedeutet die Abschottung des deutschen Marktes von der globalen Welt.

Die AfD leugnet den Klimawandel. Als attraktive Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland werden, wissenschaftsfeindlich und umwelt- und gesundheitspolitisch höchst fahrlässig, die Wiederinbetriebnahme und Verlängerung der Laufzeiten der Kohlekraftwerke, Nutzung der Kern- und fossilen Energie befürwortet – Weidel polemisierte auf dem Bundesparteitag im Januar vehement gegen die Windenergie. Weiter sollen die North-Stream-Pipelines trotz internationaler Sanktionen gegen den russischen Angriffskrieg aus Gründen der eigenen Vorteilsnahme wieder in Betrieb genommen werden.

Eigentum fördern – bei richtiger Herkunft und Gesinnung

Die AfD behauptet, dass unkontrollierte Einwanderung die Wohnungsnot verursache und „ausufernde … Vorgaben zum Bau- und Mietrecht, wie das sogenannte Heizungsgesetz, die Erstellung preiswerter Wohnungen“ behindere (Kapitel: Ein Volk von Eigentümern). Die RLS entkräftet das rassistische Argument damit, dass Mangel an Wohnungen die Konkurrenzdebatten um Zugang zu bezahlbarem Wohnraum fördere. Nicht Bevorzugungen, sondern (rassistische) Benachteiligungen von Geflüchteten auf dem deutschen Wohnungsmarkt seien zubeobachten.[5]

Mit der AfD „werde der Wohnungsbau von diesen Fesseln befreit, damit sich in Zukunft wieder jeder Bürger eine (eigene) Wohnung oder ein Haus leisten kann“.[6]

„Idealerweise lebt jede Familie in Wohneigentum, verfügt über Erspartes und gewinnt so an Unabhängigkeit, Selbstbewusstsein und Resilienz gegen Krisen. Deswegen ist rechte Wohnungspolitik nicht auf den Bau von staatlichen Mietwohnungen gerichtet, auf die Schaffung von Eigentum, bevorzugt für Vater-Mutter-Kinder-Familien.“

Diese Ideologie von Wohnungseigentumsförderung hatte Hitler bereits im Programm. Nach Maßgabe der Gauheimstättenämter der NSDAP sollten unter

Die NS-Siedlung „Sonnenwinkel“ in Pullach,1935 von Hitler beauftragt. Zu jedem Ein- oder Zweifamilienhaus im Stil von Goethes Gartenhaus in Weimar gehörten große Nutzgärten, die nach biologisch-dynamischen Vorgaben zu bewirtschaften waren. Die Vergabe war an Ehe und Kindereichtum gebunden, **(Ausstellung „Trügerische Idylle“, Pullacher Geschichtsforum 2019. http://geschichtsforum-pullach.de/?page_id=1040)**

den Bewerbern nur „Frontkämpfer und Kämpfer für die nationale Erhebung“ … und „kinderreiche Familien, soweit rassisch wertvoll“, ausgewählt werden.[7]

Austritt aus dem Euro-System

Im Wahlprogramm finden sich folgende Forderungen und Absichtserklärungen: Austritt aus dem Euro-System, keine Schuldenaufnahme durch die EU, keine deutsche Haftung für ausländische Banken, kein Besteuerungsrecht durch die EU, Beendigung des Target 2-Risikos[8], Rückführung des im Ausland gelagerten Staatsgoldes.

Die programmatische Konzeption des Austritts aus dem Euro knüpft an die Eurokritik in der Gründungsphase der AfD an. Der damalige Vorsitzende Lucke hatte damals den Euro-Austritt der südeuropäischen Staaten gefordert, damit sie über die Abwertung ihrer Währungen wieder wettbewerbsfähig werden. Aktuelle Umfragen von Meinungsforschungsinstituten verzeichnen noch immer hohe Werte für die Rückkehr zur DM, obwohl entsprechende Forderungen mittlerweile von Ökonomen und Interessenvertretern der Wirtschaft nicht mehr erhoben werden. Ein Austritt würde nämlich die Exportstärke der nationalen Wirtschaft im Zuge der Unterbewertung der Währung beseitigen. Mit der Austrittsforderung versucht die AfD bei passenden Gelegenheiten an Ressentiments gegenüber ost- und südeuropäischen Ländern anzuknüpfen, um vorhandene Stimmungen chauvinistisch zu eskalieren, Gleichwohl würde es zu kurz greifen, wenn der Eurokritik nur eine propagandistische Rolle beigemessen würde, die keinen realen Kern hat. Die völlige Verkennung der positiven Wirkung des EU-Binnenmarktes für alle Beteiligten und der Einbindung der nationalen Wirtschaft in globale Zusammenhänge ist ohne das geforderte Primat der Politik nicht zu verstehen. Die geforderte „Politisierung“ im „Spannungsfeld von Freund und Feind“ bedeutet: Zerstörung der Institutionen der EU, die Ausgleich und Integration auf tendenziell gleichberechtigter Basis vorsehen, und ihre Ersetzung durch hegemoniale Mächte, der sich andere unterzuordnen haben. Diese auf Dominanz und Konkurrenz ausgerichtete Politik würden im Übrigen auch anderen rechtsextremen Kräften in der EU Anknüpfungspunkte liefern.

1 M. Krah, Politik von rechts – ein Manifest, S.131; **2** Krah., S.158; **3** Krah, S. 135/136; **4** Krah, S.133; **5** Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studien 11/24; **6** Krah, S.132; **7** Große Reichsausstellung Schaffendes Volk, 1937 im nationalsozialistischen Düsseldorf. www.schaffendesvolk1937.de; **8** Target 2 bezeichnet das Zahlungsverkehrssystem, das den Transfer von Zentralbankgeld der EZB und den im Euro-Raum angeschlossenen Banken reguliert. Als risikobehaftet bewertet die AfD Forderungen der Deutschen Bundesbank gegenüber der EZB.

DOK Rechte Kräfte in der EU

Red. Michael Juretzek, Bremen

Schwedendemokraten treiben Regierung

SCHWEDEN. Mit dem Tidö-Abkommen versicherte sich die Minderheitsregierung der Unterstützung durch die Schwedendemokraten (SD). Migration und Kriminalität waren ihre Hauptwahlkampfthemen. Die Regierung plant eine Verschärfung der Anforderungen zum Erwerb der Staatsbürgerschaft. Voraussetzung der Antragstellung soll eine achtjährige Aufenthaltsdauer werden, vorher fünf Jahre. Antragsteller müssen eine „ehrenhafte und ordentliche Lebensweise“ nachweisen. Ein noch nicht abbezahlter Kredit zum Beispiel könnte laut Regierungsvorschlag dabei schon zur Ablehnung reichen. Eine von SD geforderte „Treueerklärung gegenüber der Nation“ wurde nicht aufgenommen. Justizminister Strömmer kündigte Ende Januar an, dass er keine absoluten Hindernisse sehe, Straftäter zukünftig in ausländischen Gefängnissen unterzubringen. „Ausländer mit Ausweisungsanordnung wären möglicherweise besonders geeignet, aber es gibt keinen Grund, dies nur auf nichtschwedische Staatsbürger zu beschränken“, erklärte Sonderermittler Wahlstedt. (euractiv.de 15.1., 30.1.25)

FPÖ – inside

ÖSTERREICH. Französische Journalisten des Senders France Televisions dokumentierten in einem Video Aussagen von FPÖ-Abgeordneten auf einem privaten Treffen. „Die ganze Europäische Gemeinschaft ist so ein Wahnsinn“, so Abgeordneter Stefan, „Überwachungsmaßnahmen, die Beschneidung der Meinungsfreiheit … eigentlich müssten wir eh austreten“. Die in Koalitionsgesprächen mit der FPÖ befindliche ÖVP nannte Abgeordneter Tschank eine Partei im „jämmerlichen Zustand …, machtgeil“. Sie gehöre „auf die Oppositionsbank geschickt“. (euractiv.de 16.1.25)

Verfassungsänderung?

SLOWAKEI. Ministerpräsident Fico kündigte einen offiziellen Vorschlag zur Verfassungsänderung an, der im März im Parlament eingebracht werden soll. Er sieht vor, den bisher in der Verfassung stehenden Grundsatz, dass „rechtsverbindliche Handlungen der Europäischen Gemeinschaft Vorrang“ vor nationalen Gesetzen haben, eingeschränkt wird. Er soll mit dem Zusatz versehen werden: „Dies gilt nicht, wenn diese rechtsverbindlichen Handlungen im Widerspruch zur Verfassung der Slowakischen Republik stehen.“ Ähnliche Formulierungen sollen bezüglich anderer internationaler Verträge und Abkommen eingefügt werden. Weiterer Änderungen sind die Definition der Ehe als einzigartige Verbindung von Mann und Frau und ein Adoptionsverbot für homosexuelle Paaren. Fico befindet sich jedoch in einer schwierigen Lage. Seitdem ihm drei Abgeordnete der Koalitionspartei SNS und zwei vom Koalitionspartner Hlas-SD „vorläufig“ die Zustimmung zu seiner Politik verweigern, hat er keine Parlamentsmehrheit mehr. Ende Januar waren 150 000 Demonstrierende in mehreren Städten unter dem Motto „Die Slowakei ist Europa“ auf der Straße, um gegen die EU-feindliche Außenpolitik der Regierung zu protestieren. (euractiv.de 28.1.25)

Kulturkampf

SLOWAKEI. Die Kulturministerin Martina Simkovicova wechselte zum dritten Mal in sechs Monaten den Direktor der Nationalgalerie aus. Dies ist ein weiterer Schritt zur Ausrichtung der slowakischen Kulturlandschaft. Zuvor wurden schon die Leitungen des Nationaltheaters, des Literaturzentrums und des Nationalmuseums ausgewechselt. Auf einer Pressekonferenz erklärte eine Personalvertreterin der Galerie: „Wir sind nicht länger bereit, in einem Umfeld zu arbeiten, in dem Gesetze verletzt werden, in dem öffentliche Gelder fragwürdig verwaltet werden und in dem erfahrene Experten Opfer der gezielten Entscheidungen des Kulturministeriums werden.“ Mehr als hundert Mitarbeiter reichten aus Protest ihre Kündigung ein. Hinsichtlich von Bedenken gegenüber der Sicherheit ihrer Leihgaben beendeten drei ausländische Museen ihre bisherige Zusammenarbeit mit der Nationalgalerie. Zuvor hatten 411 Organisationen einen offenen Brief unterzeichnet, in der sie die „Aggressivität und emotionale Explosivität“ der Regierungstätigkeit verurteilten. „Die groben und abfälligen verbalen Angriffe von Regierungsbeamten auf den zivilen Sektor“ erinnere sie an „die früheren totalitären Regime“. (euractiv.de 29./30.1.25)

Antisemitischer Präsidentschaftskandidat

POLEN. Grzegorz Braun ist Europaabgeordneter. Er ist fraktionslos, während seine bisherigen Parteikollegen aus der Konfederacja den Patrioten für Europa und den Europäern Souveräner Staaten angehören. Als überzeugter Monarchist führt er die Bewegung Konföderation der Polnischen Krone an. Bekannt wurde er, als er 2024 aus Protest gegen die Feier jüdischer Feiertage die Chanukka-Kerzen im polnischen Parlament mit einem Feuerlöscher malträtierte. Braun gab jetzt bekannt, dass er als Kandidat zu den Präsidentschaftswahlen am 18. Mai antreten werde. (euractiv.de 17.1.25)

Kritik an Draghi-Bericht: Zum Verhältnis von Sozialinvestitionen und Wettbewerbsfähigkeit

Michael Juretzek, Bremen. Die Politik- und Sozialwissenschaftler David Bokhorst und Anton Hemerijk setzen sich kritisch mit dem wirkmächtigen Draghi-Bericht zur Zukunftsfähigkeit der EU auseinander. Der Bericht sieht das europäische Wirtschaftswachstumsmodell der EU aufgrund der weltwirtschaftlichen Veränderungen unter Druck. Im Verhältnis von Wirtschaftswachstum und Sozialpolitik plädiert er für die „Bewahrung“ des europäischen Sozialmodells. Das halten die beiden Wissenschaftler für „unnötig defensiv“. Sie fordern einen robusten Wohlfahrtsstaat, der wirtschaftlichen Wohlstand, Produktivität und Beschäftigung unterstützt. Sie kritisieren, dass der Bericht zwar ein Schrumpfen der Zahl der Arbeitskräfte im erwerbsfähigen Alter um 25 bis 30 Millionen in den kommenden Jahren prognostiziert, aber keine Lösung anbietet. Sie sehen ein enormes ungenutztes Potenzial zur Verbesserung des wirtschaftlichen Fortschritts und des sozialen Wohlergehens in der EU. „Während der Arbeitskräftemangel immer ausgeprägter wird, sind rund 21% der Arbeitskräfte in Europa nach wie vor nicht erwerbstätig“, und verweisen auf Schätzungen der Kommission, dass 17 Millionen Frauen, 13 Millionen ältere Menschen oder 11 Millionen gering qualifizierte in den Arbeitsmarkt eintreten würden, wenn alle Mitgliedstaaten mit den Spitzenreitern Europas in der Sozialpolitik gleichzögen. In ihrem Vergleich der Mitgliedstaaten „schneiden die großen Wohlfahrtsausgaben in Europa beim Pro-Kopf-Wachstum besser ab und bei Wettbewerbsindikatoren, gerade weil sie Produktivität und Beschäftigung fördern“. Sie machen auf einen wichtigen Zusammenhang aufmerksam. Obwohl z.B. Italien mit 33% des Bruttoinlandsproduktes für Sozialausgaben (soziale Sicherung, Gesundheit und Bildung) vor den Niederlanden mit 31% und Dänemark mit 32% rangiert, liegt es bei der Produktivität (BIP/Person) um ein Viertel niedriger. „Länder mit hoher Beschäftigung und hoher Wettbewerbsfähigkeit, wie Dänemark oder die Niederlande, geben etwa zu gleichen Teilen ihre Sozialausgaben für junge Menschen (z.B. Bildung und Kinderbetreuung), die Arbeiterklasse (z.B. Sozialschutz) und ältere Menschen (z.B. Rentenausgaben und Langzeitpflege) aus. In Griechenland oder Italien werden etwa zwei Drittel aller Sozialausgaben für ältere Menschen aufgewendet, so dass wenig Spielraum für Investitionen in Kinder, die Unterstützung von Doppelverdienerfamilien oder die Unterstützung von Arbeitslosen bleibt.“ Nicht die Höhe der Ausgaben, sondern ihre Zusammensetzung ist maßgebend. Bei ihren Untersuchungen landen die Wissenschaftler bei einem Wohlfahrtsmodell, das für hohe Beschäftigung und Produktivität sorgt, indem es gezielte Investitionen in die Jugend und die Unterstützung von Doppel- und Alleinverdienerfamilien tätigt.

Dieses Modell halten sie auch erfolgreicher bei der Reduzierung von Kinder- und Altersarmut. Dabei beziehen sie sich auf sogenannte Lebensverlaufsmultiplikatoren: „Der Zyklus beginnt mit frühzeitigen Investitionen in Kinder durch hochwertige frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung, was sich in einem besseren Bildungsniveau niederschlägt. Dies wiederum schlägt sich mittelfristig in einer höheren und produktiveren Beschäftigung nieder. In dem Maße, in dem die Erwerbsbeteiligung durch Maßnahmen der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben gefördert wird, einschließlich erschwinglicher Kinderbetreuung und großzügiger Elternurlaube, verringert sich das geschlechtsspezifische Gefälle bei Löhnen und Beschäftigung, da Doppelverdienerhaushalte einen besseren Schutz vor Kinderarmut bieten. Investitionen in einen aktiven und gesunden Lebensstil, ein besserer Zugang zu Weiterbildung und flexiblere Rentenoptionen ermöglichen es älteren Menschen, länger zu arbeiten.“ Bokhorst/Hemerijk entwerfen statt der Bewahrung des europäischen Sozialmodells eine Transformation hin zu gezielten lebensbiographisch wirksamen sozialen Investitionen.

In einem weiteren weitreichenden Punkt des Draghi-Berichtes sind die beiden anderer Meinung. Der Bericht hält die bisherige Arbeitsweise der EU bei der politischen Koordinierung von Haushalts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik für zu bürokratisch und ineffektiv. Sie müsse reduziert werden auf Haushaltsregeln. Das halten Bokhost/Hemerijk für einen schwerwiegenden Fehler. Nach ihrer Einschätzung hat sich die bisherige ganzheitliche, koordinierte Arbeitsweise „zu einem Instrument des sozialen Lernens entwickelt“, das durch Begleitung und Überwachung der Reformprioritäten die politische Eigenverantwortung der Mitglieder fördert. Dieser durch Vergleich und Diskurs unterschiedlicher Strategien und Ansätze soziale Lernprozess dürfe nicht unterbrochen werden.

Alle Zitate: https://www.socialeurope.eu/why-social-investment-holds-the-key-to-delivering-on-the-draghi-report

Mehr als eine Million Unterschriften

Am 29. Januar meldete die europäische Bürgerinitiative „My Voice-My Choice“ 1.075.666 UnterzeichnerInnen. Sie fordert von der EU finanzielle Unterstützung für alle Mitgliedstaaten, die sich bereit erklären, den Frauen, die keinen Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen haben, eine Behandlung zu gewährleisten. In 17 Mitgliedstaaten ist die Mindestquote an Unterstützung erreicht – 7 wären notwendig gewesen. Am erfolgreichsten ist die Sammlung bisher in Slowenien, Kroatien, Finnland und Frankreich verlaufen. In der BRD kamen 163.540 Unterschriften zusammen. Die Initiative will bis zum 24. April 1,2 Millionen Stimmen zusammen haben, um die erforderlichen eine Million nicht durch ungültige Stimmen zu gefährden.

Zum Unterzeichnen: https://www.myvoice-mychoice.org/de

THE LEFT – Aktuelles, 20.1.2025

„Die Abgeordneten der Linken betonten, dass sich viele der Maßnahmen der neuen [US]-Regierung angesichts des Einflusses von US-Konzernen in Europa nachteilig auf die Arbeitnehmerrechte auf dieser Seite des Atlantiks auswirken werden, während Trumps Hetze gegen Flüchtlinge und Migranten rechtsextreme Kräfte in der EU weiter dazu inspirieren wird, ihre Angriffe auf Menschen, die hier Zuflucht suchen, zu verstärken.“ Der Ko-Vorsitzende der EU-Fraktion, Martin Schirdewan: „Die Linke ist bereit, den Kampf gegen das kommende Regime und seine Verbündeten in Europa für die nächsten vier Jahre und darüber hinaus aufzunehmen.“

https://left.eu/defending-workers-rights-against-trump/

EWSA – Grundrecht Wohnen

In seiner Stellungnahme „Sozialer Wohnungsbau in der EU – menschenwürdiger, nachhaltiger und erschwinglicher Wohnraum“ weist der EWSA auf das Marktversagen bei der Wohnversorgung hin. Dagegen müsse durch bessere Rahmenbedingungen sowie durch Einführung eines Grundrechts auf Wohnen, ausreichende Finanzierung, „Housing First“ für Obdachlose sowie einen stärkeren Fokus auf die Nachhaltigkeit und die Bedürfnisse junger Menschen vorgegangen werden.

https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/opinions/social-housing-eu-decent-sustainable-and-affordable

Demonstration vor dem Europäischen Parlament für mehr Demokratie am Arbeitsplatz[1]

EU-Parlament stimmt für Ausweitung der Rechte der Europäischen Betriebsräte

Michael Juretzek, Bremen. Am 19. Dezember 2024 stimmte das Europäische Parlament über die Änderung der seit 2009 geltenden EU-Richtlinie über die Einsetzung und Arbeitsweise Europäischer Betriebsräte ab. Mit einer Zustimmung von 300 Abgeordneten gegenüber 254 Nein-Stimmen und 21 Enthaltungen wurde der vom Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten eingebrachte Radtke-Bericht angenommen. Der große Anteil von 44% ablehnenden Abgeordneten dokumentiert die neue Zusammensetzung des Parlaments und eine Gefahr für die von der EU beeinflussten Rechte der Beschäftigten.

Die neugegründeten Rechtsfraktionen Patrioten für Europa (PfE) und die von der AfD angeführte Europa der souveränen Nationen (ESN) stimmten fast geschlossen (65 von 67 und 18 von 21) dagegen. Völkisches Denken verbietet den freien Willen. Der Freiwillige Zusammenschluss in Gewerkschaften und die Sammlung von Belegschaften um ihre Interessenvertreter schade der nationalen Einheit, besonders länderübergreifend. Die Europäischen Konservativen und Reformer und die Fraktion der Europäischen Volkspartei stimmten mehrheitlich mit Nein.

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) begrüßte die Parlamentsentscheidung als „einen weiteren Schritt näher an ein stärkeres Mitspracherecht“ der Arbeitnehmer in multinationalen Unternehmen. Die stellvertretende Generalsekretärin Isabelle Schömann: „Der Zugang zur Justiz und wirksame Durchsetzung der Rechte der Europäischen Betriebsräte auf rechtzeitige Information, sinnvolle Konsultationen und Zugang zu Gewerkschaftskompetenz waren die Achillesferse der aktuellen EBR-Richtlinie. Dieses Mandat ist ein klarer Schritt, um diese Versäumnisse anzugehen.“ Und zum Abstimmungsverhalten von PfE und ESN: „Der Versuch der Rechtsextremen, diesen Fortschritt zum Entgleisen zu bringen, unterstreicht eine Wahrheit: Sie sind die Feinde der Arbeiter. Ihr Handeln steht im Einklang mit den Interessen der Unternehmen gegen Fairness und Gerechtigkeit für die Arbeitskräfte Europas.“[1]

In ihrer Pressemitteilung gibt die Kommission bekannt, dass es bereits rund 1000 länderübergreifende Gremien gibt, die 11,3 Millionen Arbeitskräfte vertreten, „jedoch verfügen weniger als ein Drittel der 4000 Unternehmen, die unter die Richtlinie fallen, über einen EBR“[2].

Februar 2024 legt die Kommission einen Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie zum Europäischen Betriebsrat (EBR) vor:

- Gleiches Recht, in allen multinationalen Unternehmen die Einrichtung eines EBR zu beantragen, „so dass zusätzlich 5,4 Millionen Beschäftigte in 320 multinationalen Unternehmen … die Einrichtung eines EBR beantragen können“.
- Genaue Definition länderübergreifender Angelegenheiten, über die der EBR unterrichtet und angehört werden muss.
- Verpflichtende, begründete Antwort auf EBR-Stellungnahmen, bevor eine Entscheidung in einem strittigen Fall durch die Unternehmensleitung getroffen wird.
- Auflistung der dem EBR zur Verfügung stehenden finanziellen und materiellen Mittel (Experten, Rechtskosten, Schulungen) zur Wahrnehmung seiner Aufgaben.
- Rechtsmittel: Aufforderung der Mitgliedstaaten, gerichtliche und Verwaltungsverfahren durch den EBR zu gewährleisten und wirksame, abschreckende und verhältnismäßige Sanktionen zur Durchsetzung der Richtlinie einzuführen.
- „Ausgewogenes Geschlechterverhältnis“ in Gremien über Verhandlungen zu einer EBR-Vereinbarung.[2]

Der EGB begrüßte den Kommissionsvorschlag ausdrücklich, besonders, dass der „Zugang zum Recht“ verbessert wurde und die Prozesskosten „in den Kostenkatalog der von der Geschäftsführung zu tragenden Kosten aufgenommen“[3] wurde. Auch das jährlich zweimalige Zusammentreffen des EBR wurde positiv aufgenommen.

Bei den Maßnahmen bei Verstößen gegen die Richtlinie fordert der EGB finanzielle Sanktionen in Höhe von 2% des weltweiten Jahresumsatzes gegen das Unternehmen. Ebenso einen Unterlassungsanspruch, um mit einstweiligen Verfügungen gegen angekündigte Maßnahmen „die gewünschte abschreckende Wirkung“ zu entfalten. Die vorgesehene Möglichkeit, einen gewerkschaftlichen Sachverständigen in Streitfragen hinzuzuziehen, will der EGB in eine „Soll-Bestimmung“ umwandeln. Der EBR sollte „auch über die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in den Unterauftragsketten“ der Unternehmen informiert werden. Abschließend fordert er die automatische Übernahme der Richtlinienänderungen für alle EBR-Vereinbarungen, statt Neuverhandlungen von 750 bisherigen Übereinkünften.

Das Plenum des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) schloss sich im Mai 2024 im Wesentlichen den EGB-Forderungen an. Im Anhang seiner Stellungnahme dokumentiert er den abgelehnten Antrag der Arbeitgebergruppe im EWSA. Darin äußert sie, dass die überarbeitete Richtlinie den EBR in „schlecht funktionierende und beschwerliche Quellen für Streitigkeiten und Rechtsunsicherheit verwandeln“ wird. Sie ist für Beibehaltung der alten Fassung. Hinzuziehung zusätzlicher Experten müsse von der Unternehmensleitung genehmigt werden. Sie „bedauert den Ansatz der Kommission, ein gerichtliches Eingreifen zu fördern“. Allerdings begrüßt sie die Ansicht der Kommission, „dass EBR keine Mitentscheidungsgremien sind und keine Verzögerungen bei der Entscheidungsfindung von Unternehmen verursachen sollten“. EBR sollten nicht „in einen überregulierten, auf einem stark legalistischen Ansatz beruhenden Rahmen umgewandelt werden“.[4]

Unterstützung bekamen diese Positionen von der für die spanische VOX in der Fraktion Patrioten für Europa tätige Abgeordnete M. de la Pisa Carrion. Im zuständigen Ausschuss für Beschäftigung übernahm sie in über 40 Änderungsanträgen teilweise wortwörtlich die Formulierungen aus dem EWSA-Minderheitenvotum.

Sowohl die Ausschussmehrheit wie auch das Parlament folgten nicht in diese regressive Richtung und positionierten sich durch Annahme des Radtke-Berichts im Trialog mit Kommission und EU-Rat für mehr EBR-Rechte.

1 https://etuc.org/en/pressrelease/ewcs-parliament-backs-stronger-voice-workers-multinationals (Auch Foto) **2** https://employment-social-affairs.ec.europa.eu/news/commission-proposes-improve-european-works-councils-strengthen-transnational-social-dialogue-2024-02-22_de **3** https://www.etuc.org/en/document/democracy-work-matters-european-works-council-directive-delivers-workers; **4** https://www.eesc.europa.eu/en/our-work/opinions-information-reports/opinions/revision-european-works-council-directive;